56. JAHRGANG · NUMMER 3/4 · 25. AUGUST 2015 · EUR 3,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE GRIECHISCHE REGIERUNG BEUGT SICH DEM DIKTAT AUS BRÜSSEL:

Die Troika ist zurück in Athen – mit mehr Vollmachten als je zuvor

Als rücksichtslosen Klassenkampf gegen die arbeitenden und erwerbslosen Menschen führten die Vertreter der Troika die fünfmonatigen Verhandlungen mit der griechischen Regierung. Zum ersten Mal in der Eurozone hatte eine Bevölkerung die historisch gewachsenen Parteien abgestraft und mit SYRIZA einer alternativen, linken Sammlungsbewegung/Partei zur Regierungsmehrheit verholfen. Die weigerte sich zunächst, die in Brüssel präsentierten Sparvorgaben wie ihre Vorgängerregierungen widerstandslos abzusegnen. Damit wurde die linke griechische Regierung zu einem Hoffnungsträger in ganz Europa – nicht nur für die linken Parteien und sozialen Bewegungen, sondern auch für Teile der Gewerkschaften. Selbst die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften mussten in einer Erklärung feststellen, *»dass die Wahl von SYRIZA keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa darstelle«*.

Am 14. März 20015 schrieben wir in der Arbeiterpolitik: *„Die Konstrukteure und Nutznießer der Austeritätspolitik – in Griechenland als auch in Europa – werden alles daran setzen, dem griechischen linken Aufbruch ein Ende zu bereiten, bevor er in Spanien, Portugal, Italien oder anderen Staaten der EU Nachahmung findet.“* Diesem Ziel sind sie einen entscheidenden Schritt näher gekommen. *„Die ‚Vereinbarung‘ zwischen der griechischen Regierung und der Euro-Gruppe vom 12. Juli 2015 markiert zweifellos eine Niederlage nicht nur für SYRIZA, sondern für die Linke und die beherrschten Klassen in ganz Europa.«* (Thomas Sablowski, jw vom 18.07.2015) Treibende Kraft hinter der Unnachgiebigkeit in den Verhandlungen war die Bundesregierung, sekundiert insbesondere durch die Regierungen in Finnland und den baltischen Staaten. Bevor wir die Ereignisse der letzten Monate nachzeichnen und auf deren politische Konsequenzen eingehen, wollen wir in aller Kürze die bisher getroffenen Vereinbarungen bewerten.

Die Erklärung des EURO-Gipfels: Fortsetzung der Kürzungsdiktate unter Preisgabe der staatlichen Souveränität

Was in Brüssel am 12. Juli verabschiedet wurde, war zunächst eine gemeinsame Erklärung der Staatschefs, zu deren Umsetzung sich die griechische Regierung mit Tsipras' Unterschrift verpflichtet hatte. Die Erklärung fällt weit hinter die Angebote zurück, die der Euro-Gipfel vor dem Referendum unterbreitet hatte. Sie zementiert nicht nur die den Vorgängerregierungen auferlegten Kürzungsdiktate, son-

dern weitet sie noch aus und verpflichtet die griechische Regierung und das Parlament auch formell, der Einschränkung ihrer Souveränität zuzustimmen. Die wichtigsten Punkte sind u.a.:

– die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel, Gastronomie, Tourismus etc.;
– eine Reform des Rentensystem, die auf eine weitere Senkung der Renten hinauslaufen; eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und die Abschaffung zahlreicher Bestimmungen zur Frühverrentung;
– eine tiefgreifende Überprüfung und Modernisierung für Tarifverhandlungen und Arbeitskampfmaßnahmen, d.h. die Beseitigung der Tarifautonomie muss beibehalten und das Arbeits- und Streikrecht weiter eingeschränkt werden;
– eine grundlegende Revision der Verfahren und Regelungen für das Zivilrechtssystem, d.h. beispielsweise, dass die Banken zukünftig verschuldete Kreditnehmer leichter aus ihren nicht abbezahlten Eigentumswohnungen räumen lassen können;
– die Schaffung eines Fonds, dem das zu privatisierende öffentliche Eigentum übertragen wird (dieser Fonds würde in Griechenland eingerichtet und von den griechischen Behörden unter Aufsicht der maßgeblichen europäischen Organe und Einrichtungen verwaltet werden);
– die griechische Regierung muss die Institutionen zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird.

Zusammengefasst: das neoliberale Versuchslabor in Griechenland soll weiter betrieben werden. Es diente schon in den letzten Jahren zahlreichen Regierungen in der Eurozone als Vorlage für den sozialen Kahlschlag im eigenen Land. Die bisherige Senkung der Löhne und der sozialen Leistungen in Griechenland wird nicht nur zementiert, sondern soll noch verschärft werden. Die Begehrlichkeiten werden deutlich in den medial ausgeschlachteten Hinweisen auf den wesentlich niedrigen Lebensstandard in anderen osteuropäischen EU-Ländern. Die europäische Agenda zur Senkung der Löhne und Sozialausgaben im Interesse der globalen Wettbewerbsfähigkeit wird weiter vorangetrieben. Zum Vorbild und Maßstab werden zunehmend die neoliberalen Regierungen (die Musterschüler) aus den baltischen Staaten ernannt.

Referendum bestätigt Linksruck der griechischen Parlamentswahl: Überraschend große Mehrheit für OXI

Alle Versuche der griechischen Regierung sich in den Verhandlungen mit der Troika wenigstens einen minimalen finanziellen Spielraum zur Beseitigung der schlimmsten sozialen Missstände zu erstreiten, schlugen fehl. Dabei handelte es sich um kleinste, vorsichtige Schritte, beispielsweise zur Wiederherstellung einer Gesundheitsversorgung auch für die über drei Millionen Menschen ohne Krankenversicherung. Lediglich 200 Millionen Euro waren im Haushalt für die ersten Notmaßnahmen vorgesehen. Als die griechische Seite feststellen musste, dass sie die ablehnende Front in Brüssel nicht aufbrechen konnte und innerhalb der Euro-Gruppe isoliert blieb, trat die Regierung Tsipras die Flucht nach vorne an. Nach Erhalt eines letzten, ultimativen Angebots Ende Juni setzte sie für den 5. Juli eine Volksbefragung an. Von der ungeheuren Dynamik, die sie damit ausgelöst hatte, wurde sie offensichtlich selbst überrascht.

Wahlkampf in Griechenland unter dem Druck von Bankenschließung und Medienhetze

Der vorläufige Abbruch der Verhandlungen und die Ansetzung des Referendums kamen für die Sachwalter der Austeritätspolitik überraschend. Entsprechend fielen die Reaktionen der Troika aus, besonders heftig bei den machtbewussten und selbstgerechten »Oberlehrern« aus Deutschland. Mit der Ansetzung des Referendums wären durch die griechische Regierung alle Brücken abgebrochen, so der Tenor aus CDU/CSU und SPD. Was folgte war ein regelrechter Propagandafeldzug in der Hoffnung, die linke Regierung durch des Wählers Stimme zur Räson oder zu Fall bringen zu können. Denn nach Umfragen ist die überwiegende Mehrheit der griechischen Bevölkerung für einen Verbleib in der Eurozone. Ein OXI (Nein) bei der Volksabstimmung würde direkt zum Austritt aus der Eurozone führen und das Land in den endgültigen wirtschaftlichen Ruin treiben, lautete der neue Schlachtruf.

Die Berichterstattung in den deutschen Medien vermittelt ein schwaches Abbild davon, wie die mediale Auseinandersetzung in Griechenland geführt wurde. Print- und Fernsehmedien befinden sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den Händen privater, steinreicher Unternehmerfamilien, die das wirtschaftliche Leben in Griechenland beherrschen. Die Warteschlangen von bedürftigen RentenerInnen vor leeren Bankautomaten sollten die Angst vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch verstärken, der mit einem OXI (zu deutsch nein) fast zwangsläufig verbunden wäre. Die Regierung wurde als eine Bande verantwortungsloser Politiker dargestellt, die um ihrer ideologischen Überzeugung willen, die Zukunft Griechenlands opfern würden. Zugleich mobilisierten die Vertreter der alten Politik ihre verbliebenen Anhänger zu Kundgebungen in der Hoffnung auf Zulauf durch verängstigte Bürger. Die starke Polarisierung der griechischen Gesellschaft wurde in und durch den Wahlkampf weiter

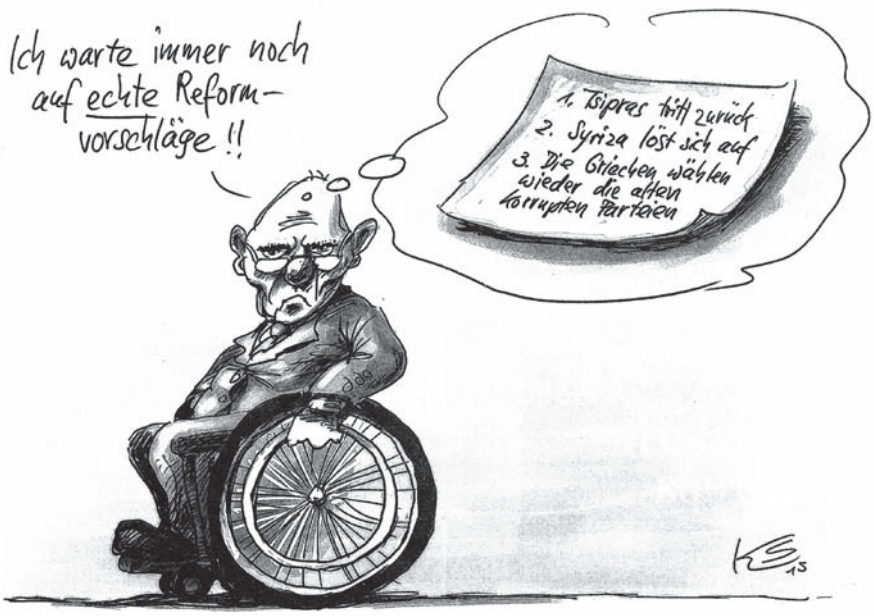
INHALT · Heft Nr. 3/4 · 25. August 2015 · Jg. 56

Um den Euro (und das Kapital) zu retten, wird die griechische Bevölkerung geopfert 7
Von PAME lernen heißt siegen lernen? 11
Die KKE in der selbstgewählten Isolation 13
Arbeitskampf der GDL durch Schlichtung beigelegt 15
Interview mit einem Lokführer 16
Demonstration gegen Einschränkung des Streikrechts 18
Daimler Bremen: Bekommen die Abgemahnten gewerkschaftlichen Rechtsschutz? 19
Tarifkonflikt bei der Post: mit Niederlage von ver.di 21
Die Weltkriege als Epochenscheide – eine Einordnung 28
»Die Wahrheit in den Tatsachen suchen« 32

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • Kto 410 077 205 • BLZ 200 100 20
IBAN: DE 28200100200410077205 • BIC: PBNKDEFF
Zuschriften an: »GFSA e.V. • Postfach 106426 • D-20043 Hamburg«
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

vorangetrieben. Auf den »proeuropäischen« Kundgebungen fanden sich zusammen: die radikalisierten Neoliberalen aus PASOK und Potami und die reaktionären Nationalisten der ND. Die Regierungsparteien führten ihre OXI-Kampagne also nicht nur gegen die finanziellen und wirtschaftlichen Erpressungsmethoden der Gläubiger, sondern zugleich gegen die griechischen Medienkonzerne und die veröffentlichte Meinung. Die sagten ein Kopf an Kopf Rennen voraus und sahen zum Schluss sogar das Ja-Lager vorn – in, wie sich inzwischen herausstellte, manipulierten Umfrageergebnissen.



Die zwei Tage vor der Wahl stattfindenden Kundgebungen verdeutlichten nochmals die politische Polarisierung innerhalb der griechischen Gesellschaft. Bis zu 100.000 Anhänger (der Spiegel meldete 20.000) konnten die »Pro-Europäer« mobilisieren; an die 300.000 Menschen (Spiegel: 25.000) versammelten sich vor dem Parlament in Athen, um ihr OXI zu bekräftigen. Das Ergebnis der Volksbefragung fiel dementsprechend deutlich aus. Über 61 Prozent sprachen sich gegen das aus Brüssel vorgelegte »Angebot« aus.

Die griechische Zeitung „Kathimerini", in ihrer Funktion vergleichbar mit der deutschen FAZ, schrieb am 9. Juli 2015 zum Ausgang des Referendums: *»Darüber hinaus hat das Referendum ein zutiefst gefährliches Verhalten der Wählerschaft aufgedeckt, die sich entlang von Klassenzugehörigkeit ausgedrückt hat. Solch eine Spaltung zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden hat man nicht mehr seit den Zeiten von Andreas Papandreou gesehen, als die Unterprivilegierten begannen die gesellschaftliche Stufenleiter mit geliehenem Geld hinaufzuklettern. Die Massendemonstrationen der ›Ja‹- und ›Nein‹-Lager* […] *haben auch dazu beigetragen eine Auseinandersetzung auf die Straße zu bringen, die auf das Parlament oder vielleicht auf die Talkshows im TV beschränkt gehören. Das war ein politisches Verbrechen.* […] *Das Problem ist viel größer als das Euro-Drachme-Dilemma. Denn was auf dem Spiel steht, ist, dass Griechen einander nicht mehr ausstehen können.* […] *Der einzige Weg um drohende innere Unruhen zu vermeiden ist, dass Alexis Tsipras, der Ministerpräsident einer linken Partei, eine Abmachung unterzeichnet, die Griechenland in der Eurozone hält.«*

Stathis Kouvelakis, Mitglied im Parteivorstand von SYRIZA und führendes Mitglied der Linken Plattform bestätigt, was bei den bürgerlichen Kommentatoren solche Ängste hervorrief. *»Selbst Kommentatoren, die eher im Mainstream angesiedelt sind, mussten anerkennen, dass diese Abstimmung in ihrer Trennung nach Klassen einzigartig für die griechische Geschichte war. In den Arbeitervierteln gab es 70 Prozent und mehr für ein „Nein", in den Reichenvierteln 70 Prozent und mehr für ein „Ja". Die hysterische Gegenkampagne der herrschenden Kräfte und die dramatische, konkrete Situation, verursacht durch Bankenschließungen und Einschränkungen der Bargeldabhebungen, ließen in den unteren Klassen sehr schnell die Erkenntnis erwachsen, dass das „Ja"-Lager all das verkörperte, was sie hassen. Die Tatsache, dass das „Ja"-Lager eine Reihe verhasster Politiker, Experten, Geschäfts- und Medienleute für seine Kampagne mobilisiert hat, tat sein Übriges um diese Klassenreaktion zu entflammen. Die zweite Sache, die ebenso beeindruckend ist, ist die Radikalisierung der Jugend. Zum ersten Mal seit Beginn der Krise hat die Jugend als Masse vereint Stellung bezogen. 85 Prozent der 18-24-jährigen stimmten für „Nein", was zeigt, dass diese Generation, die vom Memorandum komplett geopfert wurde, sich über die Zukunft, die sie erwartet, durchaus im Klaren ist und eine sehr klare Einstellung zu Europa hat.«*

Vom NEIN der Bevölkerung zum JA ihrer Regierung

Es war neben Angst vor der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung zugleich der Druck aus der Eurogruppe, der die griechische Regierung veranlasste, den Rückzug einzuleiten. Schon unmittelbar nach der Ankündigung des Referendums hatte Bundesfinanzminister Schäuble erklärt, das bisherige »Angebot« sei vom Tisch, eine Einigung nur noch unter verschärften Auflagen vorstellbar. Die Refinanzierung der griechischen Banken wurde weiter gedeckelt (siehe auch Kasten »Finanzielle Strangulierung«). Die Botschaft: Wir können euch in die finanzielle Pleite und den wirtschaftlichen Ruin treiben.

Zugleich musste die griechische Regierung feststellen, dass es ihr nicht gelungen war, einen Keil in die Front der Eurogruppe zu treiben. Die Hoffnungen auf eine Unterstützung durch die französische und italienische Regierung erfüllten sich nicht. Die griechische Seite blieb im institutionellen Rahmen isoliert. Zugleich hatte Tsipras immer wieder betont, eine Lösung in Konfrontation mit der EU oder gar ein Austritt aus der Eurozone kämen für ihn nicht in Frage. Damit waren alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft.

Unmittelbar nach dem Referendum trat die Regierung den Rückzug an und lud am 6. Juli die Vorsitzenden aller griechischen Parteien ein, um eine gemeinsame Erklärung für die Verhandlungen in Brüssel zu verabschieden. Die KKE hat selbstverständlich nicht zugestimmt, die Goldene Morgenröte war nicht eingeladen. Mit der gemeinsamen Erklärung wurde die Verhandlungsposition der griechischen Regierung nicht gestärkt, sondern weiter untergraben. *»Klar ist jedenfalls, dass die Regierung diese Initiative ergriffen hat, um die Dynamik aufzuhalten, die mit dem Referendum aufgekommen war. Darum wurde eine komplett neue Agenda festlegt. Die neue Agenda, die natürlich in Grundzügen bereits existierte, beinhaltete, dass Griechenland in jedem Fall in der Eurozone bleiben müsste. Der Punkt in dem gemeinsamen Papier, der am meisten betont wurde, war derjenige, dass das Referendum kein Mandat für einen Bruch, sondern ein Mandat für eine bessere Verhandlungsposition sei.«* (Stathis Kouvelakis).

Demütigung und Kapitulation der griechischen Regierung

Die gemeinsame Erklärung bildete die Grundlage für den Einigungsvorschlag, der den Vertretern der Troika in Brüssel übermittelt wurde. Er war verbunden mit Bitte um ein dreijähriges »Hilfsprogramm« in Höhe von 82 bis 86 Milliarden aus dem Euro-Rettungsfond ESM. Der Einigungsvorschlag aus Athen entsprach im Wesentlichen dem letzten Angebot aus Brüssel vor der Ausrufung des Referendums. Kommissionspräsident Juncker sowie die Präsidenten Hollande (Frankreich) und Renzi (Italien) sahen darin eine Grundlage zur Einigung; auch der IWF signalisierte Zustimmung – nicht so die Bundesregierung. Unterstützt durch die Regierungen vor allem aus Finnland, den Niederlanden und den baltischen Staaten, wischte Bundesfinanzminister Schäuble das Angebot aus Athen vom Tisch. Er verlangte nunmehr die bedingungslose Kapitulation der griechischen Regierung, wie sie in der abgeschlossenen Erklärung vom 12. Juli 2015 auch zum Ausdruck kommt.

Finanzielle Strangulierung

Schon seit dem 11. Februar akzeptiert die EZB griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten bei der Refinanzierung der Banken. Dadurch hat sie den griechischen Banken den Geldhahn halb zugedreht. Seitdem sind sie auf die Emergency Liquidity Assistance (ELA) der griechischen Notenbank angewiesen, die ihre einzige verbliebene Refinanzierungsquelle ist und für die höhere Zinsen fällig sind als für die reguläre Refinanzierung durch die EZB. Die ELA ist von der Genehmigung der EZB abhängig. Die finanzielle Strangulierung der griechischen Banken trug maßgeblich dazu bei, dass Athen das Abkommen vom 20. Februar mit den Gläubigern unterzeichnete, in dem es sich unter anderem verpflichtete, keine finanzwirksamen Maßnahmen ohne Absprache mit den Gläubigern zu ergreifen. Die EZB hat die Strangulierung der griechischen Banken weiter vorangetrieben, indem sie der griechischen Notenbank die ELA mehrfach nicht in der beantragten Höhe, sondern nur in einem geringeren Umfang bewilligt hat. Dadurch wurde der Druck auf die griechische Regierung so stark erhöht, dass diese am 22. Juni schließlich einwilligte, Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen und andere von den Gläubigern geforderte Maßnahmen durchzuführen, was zu einer Zerreißprobe für Syriza führte. Als die Gläubiger die Zugeständnisse dennoch nicht akzeptierten, sondern ganz offenbar auf ihren Sturz setzten, ging die Regierung mit der Ankündigung des Referendums noch mal in die Offensive. Die EZB reagierte darauf am 28. Juni mit der Entscheidung, die ELA nunmehr auf dem bisherigen Niveau zu deckeln. Die Auszehrung der griechischen Banken hatte bereits den Punkt erreicht, an dem ihre zeitweilige Schließung, die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und die Deckelung der Barabhebungen an den Geldautomaten erzwungen wurden. Unmittelbar nach dem Referendum erhöhte die EZB die Hürde für die ELA abermals, indem sie von den griechischen Geldhäusern noch höhere Sicherheiten forderte. Dadurch konnten die Banken weiterhin nicht geöffnet werden, und es entstanden enorme volkswirtschaftliche Schäden, die dazu führten, dass nun der Kreditbedarf des Landes umso größer ist. Die EZB hat also ihre Funktion als lender of last resort gegenüber den griechischen Banken nicht erfüllt, sondern vielmehr ganz bewusst eine neue Banken- und Wirtschaftskrise herbeigeführt. Schäuble tat das Seine, indem er nochmals höhere Forderungen formulierte und offen den Grexit forderte, falls es keine Bereitschaft gebe, diese Forderungen zu akzeptieren. Unter diesem Druck kapitulierte die Regierung schließlich und unterzeichnete die »Vereinbarung« vom 12. Juli, die sie selbst für schlecht hält.

(Thomas Sablowski, jw vom 16.07.2015)

Pyrrhussieg der deutschen Bundesregierung?

Mit der Unterwerfung Griechenlands unter ein noch schärferes Spardiktat als bisher und die Ablehnung eines Schuldenschnitts für Griechenland hat sich die deutsche Position in den Verhandlungen der EU- und Eurozone-Institutionen durchgesetzt. Unterstützung hatte Deutschland vor allem in den sogenannten »Nordländern« Niederlande, Finnland, den ehemaligen Ostblockstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Slowakei). Frankreich und Italien waren tendenziell eher dagegen.

Um die Zustimmung der wichtigsten Südländer Frankreich und Italien zu bekommen, deren Regierungen die deutsche Sparpolitik eigentlich ablehnen, musste Schäuble die Drohkulisse eines »Grexit auf Zeit« aufbauen, also mit dem Rauswurf Griechenlands aus dem Euro drohen. Mal abgesehen davon, dass ein solcher Rauswurf alle vermutlich noch teurer gekommen wäre, hätte das bedeutet, dass Deutschland in Zukunft allen »Haushaltssündern« mit dem Rauswurf drohen könnte. Damit wäre das Ende der »gemeinsamen« Währungszone eingeläutet. So konnte vor allem der französische Präsident Hollande als Retter und Wahrer der Eurozone auftreten, aber nur um den Preis, dass er das deutsche Diktat gegenüber Griechenland akzeptierte.

Entsprechend wird Hollande in Frankreich von links wie rechts scharf kritisiert, dass er sich Deutschland unterworfen habe. Ein zweites Mal wird er das sich nicht leisten können. Schon kommen Vorschläge seitens der französischen Regierung eine gemeinsame Finanzpolitik der Eurozone einzurichten, um Deutschland einzuhegen. Deutschland konnte sich diesmal durchsetzen, aber um den Preis, dass der Widerstand gegen seine Vormachtstellung zunehmen wird.

Deutschland und die Eurozone haben sich mit der Brüsseler Abmachung lediglich Zeit erkauft. Die Probleme der Staatsverschuldung und des unzureichenden Wirtschaftswachstums sind ungelöst und werden bei nächster Gelegenheit wieder aufbrechen. Dies vermutlich stärker als bei Griechenland, wenn z.B. Frankreich oder Italien oder Spanien Probleme bekommen (siehe Artikel »Um den Euro (und das Kapital) zu retten, wird die griechische Bevölkerung geopfert«).

International wurde das Brüsseler Diktat auch in der liberalen und linksliberalen Presse kritisiert. Eine der schärfsten Kritiken kam aus den USA, vom Nobelpreisträger Krugman der von einem »Putsch« gegenüber Griechenland sprach und bei der Forderungsliste der Eurogruppe von einem »Irrwitz« nannte: »[…] *Diese Liste der Eurogruppe ist ein WAHNSINN. Der Hashtag »ThisIsACoup« (dies ist ein Putsch) ist korrekt. Dies überschreitet die Grenzen der Strenge und es wird die Rachsucht, die vollständige Vernichtung der nationalen Souveränität und mit keinerlei Hoffnung auf eine Linderung klar.* […] *Wer vermag erneut den guten Vorsätzen Deutschlands zu vertrauen? Auf eine gewisse Weise ist die Wirtschaft fast sekundär geworden. Jedoch selbst so haben wir klar zu sein:* […] *Was wir in den beiden letzten Wochen erfuhren, ist, dass die Mitgliedschaft in der Eurozone bedeutet, dass die Gläubiger Deine Wirtschaft zerstören können, wenn Du nicht exakt ihrer Linie folgst.* […] *Es erscheint mehr denn je als wahr, dass die strenge Austerität ohne Reduzierung der Verschuldung eine zum Scheitern verurteilte Politik ist – unabhängig davon, wie sehr ein Land bereit ist, sie zu ertragen. Und das bedeutet wiederum, dass selbst eine vollständige griechische Kapitulation eine Sackgasse wäre.* […] *Die europäische Unternehmung – eine Unternehmung, die ich immer hervorhob und unterstützte – hat einen hässlichen, vielleicht tödlichen Schlag erhalten. Und was auch immer Sie über die SYRIZA*

»Von Berlin bis Athen, streiken für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen«. Eine Delegation aus Griechenland besucht die streikenden Beschäftigten an der Berliner Charité. Die Solidarität, das Wissen um die gemeinsamen Klasseninteressen, wächst mit den eigenen Arbeitskampferfahrungen.

oder Griechenland denken mögen, sind nicht die Griechen daran schuld.« (http://www.griechenland-blog.gr/2015/07/krugman-zu-griechenland-das-ist-ein-putsch/2135528/)

Sachlich ist ihm durchaus recht zu geben, doch muss man die Kritik aus den USA richtig einordnen. Die US-Administration hat nämlich das geopolitische Interesse, dass ein Nato-Mitgliedsland an der »Südflanke« nicht instabil wird und ins Chaos absinkt. Das hätte Folgen für die übrigen Balkanländer, brächte möglicherweise Russland ins Spiel und würde ein Überschwappen des Staatenzerfalls und der Bürgerkriege in Nordafrika und dem Nahen Osten auf Europa begünstigen. Aus dieser Sicht müsse Griechenland von der EU unterstützt und nicht stranguliert werden. Zum anderen stehen natürlich auch die USA vor dem Problem, dass weltweit Kapital vernichtet werden muss. Nur soll das nicht bei ihnen geschehen, sondern möglichst woanders. Deshalb tönt vor allem aus den USA und vom IWF am lautesten der Ruf nach einem Schuldenschnitt für Griechenland durch die europäischen Gläubiger.

Griechenlands neue innenpolitische Konstellation

Die mit der Wahl der Linksregierung verbundenen Hoffnungen der griechischen Bevölkerung auf eine Beendigung oder Abmilderung der Memoranden wurden am 12. Juli unter dem Diktat von Brüssel begraben. Gescheitert ist damit der Versuch, sich mit Hilfe parlamentarischer Wahlen, die am 25. Januar SYRIZA in die Regierungsverantwortung trugen, vom Joch aus Brüssel zu befreien. Mit ihren verbalradikalen Ankündigungen in den ersten Regierungswochen, mit der über fünf Monate andauernden Weigerung, die verlangten Auflagen zu unterzeichnen, und mit der Abhaltung des Referendums schien die Regierung auf einem guten Weg zu sein. Doch unmittelbar nach dem Referendum leitete Ministerpräsident Tsipras die oben beschriebene Kehrtwende ein.

Am 15. Juli ließ die Regierung das Parlament über das erste Maßnahmenpaket abstimmen. 39 von 149 Abgeordneten aus der SYRIZA-Fraktion verweigerten ihre Zustimmung. Die Regierungskoalition verfügt somit über keine eigene parlamentarische Mehrheit mehr, um die Kürzungsauflagen durchzusetzen. Sie war und wird weiterhin auf die Stimmen der Opposition aus ND, PASOK und Potami angewiesen sein – also auf die Unterstützung der Kräfte, die das verhasste, alte System verkörpern. Die Regierungsmitglieder und Minister, die den Kürzungsmaßnahmen ihre Zustimmung versagten, wurden von Regierungschef Tsipras entlassen. Die FAZ kommentierte am 23. Juli 2015: *»Ministerpräsident Tsipras hat damit in einer Woche mehr umstrittene Projekte durch das Parlament gebracht als alle seine Vorgänger. Zum einen hat er damit die Vorleistungen (»prior actions«) aus dem Abschlussdokument des EU-Gipfels vom 12. Juli erfüllt, so dass Verhandlungen über ein drittes Hilfsprogramm beginnen können. Zum anderen hat Tsipras die Rebellion der Parteilinken, die sich im Wesentlichen aus Kommunisten zusammensetzt, abblitzen lassen, so dass sie die Reformpolitik nicht gefährden.«*

Wir stehen nach dem 12. Juli also vor einer völlig neuen innenpolitischen Kräftekonstellation. Die Regierung, dem Diktat der Troika unterworfen und angewiesen auf die Stimmen der rechten Opposition, besitzt keinen eigenständigen Gestaltungsspielraum mehr. Die von internen Kritikern gesäuberte Koalitionsregierung fungiert – zwar nicht formell, aber de facto – im Stil einer technokratischen Allparteienregierung zur Durchsetzung eines von außen verordneten Programms. Im Oktober 2014 schrieb Gregor Kritidis: *»Die parlamentarische Demokratie ist in Griechenland nur noch eine Attrappe, hinter der sich ein postdemokratischer autoritärer Maßnahmestaat formiert hat.«* Der autoritäre Maßnahmestaat hat sich zunächst durchgesetzt – gegen die anfängliche Weigerung der Regierung Tsipras, die bei den Wahlen gescheiterte Politik ihrer Vorgängerregierungen fortzusetzen und gegen die Aufbruchsstimmung der letzten fünf Monate.

Dem ersten Schritt der Regierung – der Unterzeichnung einer Vereinbarung, an deren Erfolg er selbst nicht glaube, so Tsipras – werden zwangsläufig weitere Schritte folgen müssen. Die Regierung muss nicht nur die in Gesetzesform gegossenen Brüsseler Auflagen vom Parlament absegnen lassen. Sie wird auch gezwungen sein, die Kürzungsauflagen mit Hilfe der staatlichen Repressionsmittel gegen den Widerstand der Betroffenen durchzusetzen. Das wurde bereits drei Tage nach Unterzeichnung des neuen Memorandums sichtbar. Gegen die Proteste am 15. Juli vor dem Parlament wurden die berüchtigten Sondereinheiten der Polizei eingesetzt. Dabei wurde auch der Vorsitzende der

Athener Gewerkschaft Buch und Papier festgenommen. Die Gewerkschaft wehrt sich seit langem gegen eine völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten, wie sie in den Abmachungen festgeschrieben wurde.

Die Auseinandersetzungen mit den AktivistInnen aus den Initiativen des Widerstandes und der sozialen Selbsthilfe sowie aus den Gewerkschaften werden an Schärfe zunehmen, wenn die Auswirkungen der Kürzungsbeschlüsse spürbar und die Privatisierungen umgesetzt werden. Der Charakter der Partei, die bisher den Anspruch hatte, die Interessen der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften auf der parlamentarischen Ebene zu repräsentieren, wird sich dann in sein Gegenteil verkehren.

In Deutschland haben wir die Integration linker Parteien und Bewegungen als einen langsamen Prozess kennengelernt, in dem schrittweise Grundsatzpositionen und Ziele verwässert und aufgegeben wurden. In Griechenland ließ die Schärfe der gesellschaftlichen Widersprüche als auch die Zuspitzung in den Verhandlungen mit der Troika einen allmählichen Prozess nicht zu. Die Einbindung von SYRIZA, ihre Vereinnahmung konnte sich nur vollziehen durch die plötzliche Kehrtwende um 180 Grad, die von dem engen Führungszirkel um Tsipras eingeleitet wurde. Damit führt er die Partei in die Fußstapfen der PASOK. Aus deren Reihen stammt ja schon ein Teil der Funktionäre und Parlamentarier, die sich nach dem Niedergang der traditionellen griechischen Sozialdemokratie über SYRIZA ihre Privilegien und Parlamentssitze sichern wollten.

Vor der Spaltung von SYRIZA?

In SYRIZA löste die Vereinbarung einen Sturm der Entrüstung und Kritik aus. Sie umfasst nicht nur die Linke Plattform, die auf dem letzten Parteitag ein Drittel der Delegierten stellte, sondern breite Teile der Mitgliedschaft. Von den 201 Mitgliedern des Parteivorstandes sprachen sich 108 gegen eine Unterschrift unter das Diktat aus. In den regionalen Parteigliederungen war die Ablehnung noch eindeutiger. Die Jugendorganisation rief, wie der Gewerkschaftsbund ADEDY, zu Protestkundgebungen gegen die Kürzungsbeschlüsse auf. *»Die Putzfrauen des Finanzministeriums, das kämpferische Symbol von Tsipras' Wahlkampf im Januar, haben sich gegen den Premier gestellt, der für ihre Wiedereinstellung kämpfte. ›Wir haben nicht unerbittlich zweiundzwanzig Monate bei Wind und Wetter für weitere Sparmemoranden gekämpft‹, erklären die Damen in einem offenen Brief, den sie ausgerechnet auf der Internetpodium ISKRA, dem Sprachrohr der Linken Plattform des SYRIZA, platzierten. In den SYRIZA-Parteiorganen haben die Parteijugend sowie die Kommunistische Strömung bereits offen die Ablösung von Parteichef Tsipras verlangt.«* (Wassilis Aswestopoulos auf Telepolis, 26.7.2015)

Es ist nicht erkennbar, dass sich die politischen Differenzen in SYRIZA überbrücken lassen. Damit scheint die Spaltung der Partei nur noch eine Frage nach dem Zeitpunkt und den Umständen der organisatorischen Trennung zu sein. Momentan bereiten sich die beiden Flügel darauf vor und sammeln ihre Anhänger. Der enge Führungszirkel um Tsipras und die sozialdemokratische Parteirechte haben mit der Entlassung der kritischen Regierungsmitglieder den ersten Schritt getan. Sie können auf die Mehrheit der Parlamentsfraktion bauen. Die Linke Plattform repräsentiert mit ihrer Kritik offensichtlich die mehrheitliche Stimmung der Parteimitglieder. Sie fordert die sofortige Einberufung eines Parteitages. Den möchte Tsipras möglichst nach hinten schieben – auf einen Zeitpunkt nach der parlamentarischen Verabschiedung aller Kürzungspakete und nach dem Abschluss der Verhandlungen mit der Troika. Der Parteitag soll die Verhandlungen nicht stören und keinen Einfluss auf dessen Ergebnis nehmen können. Der Parteikongress hätte dann nur die Alternative, entweder die geschaffenen Tatsachen nachträglich abzunicken oder folgenlos seiner Empörung darüber Ausdruck zu verleihen. Das ist der Gruppe um Tsipras in der Zwischenzeit gelungen. Es fand sich keine Mehrheit im Zentralkomitee für einen Parteitag vor Mitte September.

Über den Ausgang der Fraktionsauseinandersetzungen zu spekulieren, erübrigt sich angesichts der sich ständig verändernden Situation. Die griechische Gesetzgebung räumt allerdings dem Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten weitreichende Vollmachten im Falle von Neuwahlen zu, die innerhalb von 18 Monaten nach dem letzten Urnengang stattfinden. In diesem Fall darf er die Kandidatenliste ohne Konsultation des Parteikongresses festlegen. Tsipras könnte also, nach der Säuberung der Regierung, sich auch der linken Kritiker in einer zukünftigen Parlamentsfraktion entledigen.

Wahrscheinliche Neuwahlen im Herbst

»Neuwahlen, welche den dritten Urnengang der Griechen in nur einem Jahr bedeuten, werden von Tsipras für den 13. oder 20. September vorhergesagt. Die Nea Dimokratia als größte Oppositionspartei rüstet sich bereits. Interimspräsident Vangelis Meimarakis soll auf unbestimmte Zeit Parteiführer bleiben. Angesichts drohender Wahlen möchten die Konservativen nicht mitten im Wahlkampf einen internen Wahlkampf der Partei durchführen.« (Wassilis Aswestopoulos auf Telepolis, 26.7.2015)

Trotz des eindeutigen »NEIN« bei der Volksabstimmung sind die Sympathiewerte von Tsipras und SYRIZA nach dem 12. Juli nicht gesunken, sondern vorerst noch gestiegen. SYRIZA stünde bei Neuwahlen, laut erster Meinungsumfragen, vor dem Gewinn der absoluten parlamentarischen Mehrheit. Sie gilt als einzige Partei, der noch zugetraut wird, mit dem alten »Klientelsystem« aufräumen zu können. Auch drückt sich darin eine bis vor kurzem weit verbreitete Stimmung aus, die sich eine Beendigung der

Memoranden ohne Bruch mit der Euro-Zone, also ohne Grexit wünscht. Dem Regierungschef Tsipras wird zu Gute gehalten, dass er sich nicht freiwillig ergeben, sondern gegen die Diktate aus Brüssel gekämpft hat. Doch dieser Ruf wird mit der Zeit verblassen, vor allem wenn die verheerenden Auswirkungen der verabschiedeten und noch zu beschließenden Gesetze sichtbar werden. Ein wesentlicher Grund für Ministerpräsident Tsipras, auf baldige Neuwahlen zu setzen. Danach könnte er mit einer gestärkten und von Kritikern gereinigten SYRIZA-Fraktion weitermachen oder notfalls weitere Partner (Potami, PASOK oder ND) in sein Kabinett holen.

In diese Richtung versuchen die bürgerlichen Kommentatoren aus Griechenland und Deutschland die Regierung zu drängen. Tsipras soll sich vom linken Flügel seiner Partei trennen und mit den proeuropäischen Kräften gemeinsam die notwendigen »Reformen« umsetzen. Darauf zielen auch die Kriminalisierungsversuche der SYRIZA-Vertreter, die sich dem neuen Memorandum verweigerten. Die linke Plattform soll isoliert und ausgeschaltet werden, damit sie keinen politischen Einfluss auf den gewerkschaftlichen und sozialen Widerstand gewinnt, der bei den bevorstehenden Kürzungen und Privatisierungen zunehmen wird.

Auch wenn in den anstehenden Neuwahlen SYRIZA zunächst als Regierungspartei bestätigt werden sollte, ihr Scheitern scheint – angesichts des akzeptierten Diktats – vorprogrammiert. *„Und wenn diese Politik nun weiter fortgesetzt und immer weiterer sozialer Kahlschlag betrieben wird: Mit welchen Folgen rechnen Sie dann? Athanassios Giannis: Das Gesundheitssystem – und vielleicht auch die Gesellschaft als solche – würde komplett kollabieren, das wäre ein Akt der Barbarei. Die politische und soziale Situation würde sich in einer sowieso instabilen Region in Südosteuropa in kaum vorstellbarer Art und Weise weiter zuspitzen. Einer der ‚Gewinner' hiervon steht dabei heute bereits fest. Das wäre die Nazipartei in Griechenland."* (Telepolis, 28.7.2015)

Athanassios Giannis (Chemiker und Arzt, z.Zt. Professor an der Universität in Leipzig) teilt mit dieser Einschätzung die Befürchtung vieler, auch bürgerlicher Kommentatoren. Nach Jahrzehnten der Erfahrung mit ND und PASOK wird es kein Zurück zu den verhassten alten Systemparteien geben. Wenn auch eine linke Regierung die Hoffnung ihrer Anhänger und Wähler enttäuscht, liegt die Versuchung nahe, es doch mit den Vertretern der extremen Rechten zu versuchen. Die »Goldene Morgenröte« – oder eventuell eine neue, reaktionäre und rechtsnationalistische Partei, die aus der gescheiterten ND hervorgeht – würde davon profitieren. Eine andere Möglichkeit der reaktionären und autoritären Krisenlösung wäre der Ruf nach einer starken, über den Parteien stehenden Regierung aus Technokraten. Sie bräuchte, im Gegensatz zu den Parteien, keinerlei Rücksicht mehr nehmen auf mögliche Anhänger und Wähler.

Es wird einige Zeit brauchen, um die enttäuschten Hoffnungen zu verarbeiten und Schlussfolgerungen aus der Niederlage zu ziehen – nicht nur in Griechenland, sondern in den sozialen Bewegungen und auf der Linken in ganz Europa. Die Angriffe auf die griechische Bevölkerung werden sich mit der Umsetzung des Memorandums intensivieren. Damit das Feld nicht der faschistischen Morgenröte und anderen reaktionären Kräften überlassen bleibt, wird entscheidend sein: erstens, welche Kraft der außerparlamentarische Widerstand aufbringen kann, und zweitens, ob es gelingt, eine neue, alternative Kraft zu schaffen, die politischen Einfluss in diesem Widerstand gewinnen kann. Es gibt viele Träger für eine solche Alternative – neben der linken Plattform in SYRIZA noch zahlreiche Gruppen aus der außerparlamentarischen und linksradikalen Bewegung als auch kritische Kräfte, die sich dem Kurs der KKE widersetzen und aus der Partei gedrängt wurden.

Die Strukturen der Selbsthilfe, die Nachbarschaftsorganisationen als auch die Basisgewerkschaften haben sich immer als überparteilich begriffen und eine kritische Distanz gegenüber SYRIZA gewahrt, auch wenn zahlreiche AktivistInnen dort politisch organisiert waren. Das verschafft ihnen die nötige Unabhängigkeit für den außerparlamentarischen Widerstand gegen die Regierung.

8.8.2015 ■

■ GRIECHENLAND VOR EINEM NEUEN „HILFSPAKET"

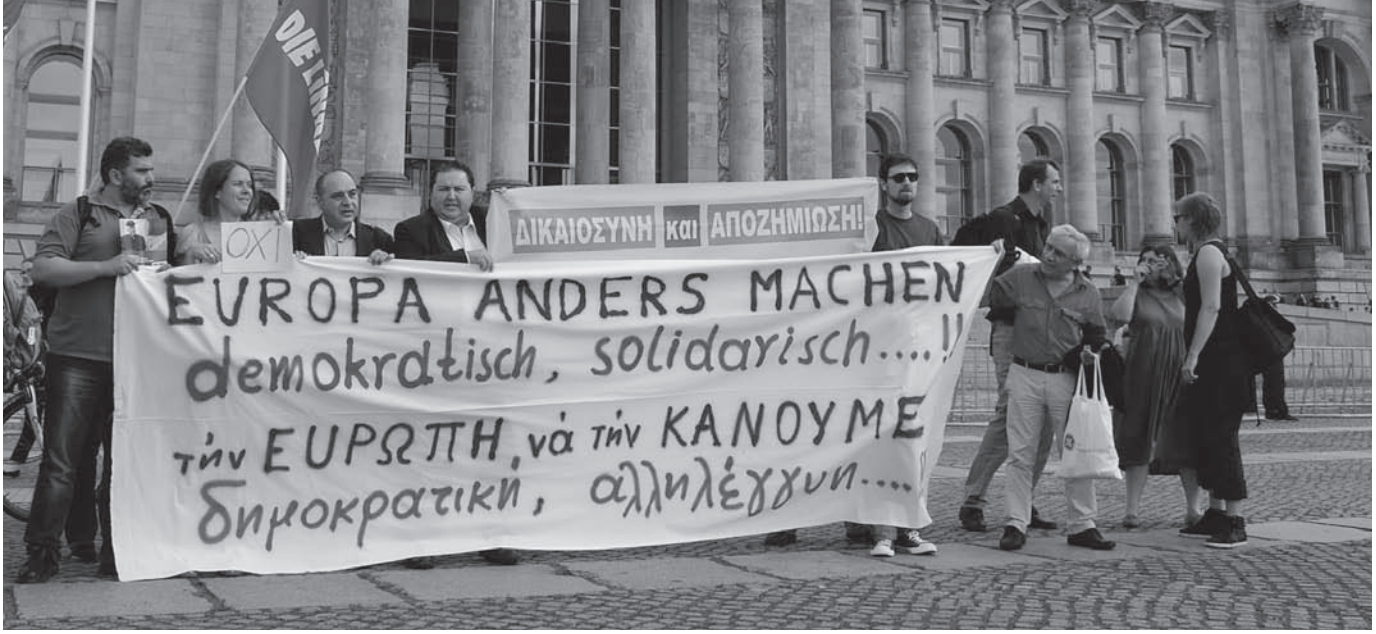
Um den Euro (und das Kapital) zu retten, wird die griechische Bevölkerung geopfert

Nach der großen Mehrheit für das »Nein« beim Referendum am 4. Juli und der danach trotzdem erfolgten Kapitulation der griechischen Regierung wird jetzt ein neues »Hilfspaket« geschnürt, das es Griechenland ermöglichen soll seine Gläubiger weiterhin zu bedienen. Einher geht dieses Hilfspaket mit drastisch verschärften Sparauflagen (siehe den vorigen Artikel »Die Troika ist zurück in Athen – mit mehr Vollmachten als je zuvor"). Kann damit das »Problem Griechenland« gelöst werden?

Das zunächst ins Auge springende Problem sind die griechischen Staatsschulden. *»Dass Griechenland seine Kredite nicht bedienen kann, war allen klar – außer natürlich den Euro-Rettern , die aus politischen Gründen an dem Märchen festhalten, alles würde bezahlt. Dass das eine Illusion ist, stellte gerade der Internationale Währungsfonds fest.«* (H. Steltzner, FAZ, 7.7.2015) Aus diesem Grund bestand die griechische Regierung auf einem Schuldenschnitt als Vorbedingung für eine Vereinbarung mit den Gläubigern (Eurogruppe, EZB, IWF). Und genau diesen Schuldenschnitt wollten diese nicht akzeptieren. Warum stemmen sich alle Euroländer außer Griechenland so vehement gegen diesen anscheinend unvermeidbaren Schritt?

Woher kommen die griechischen Staatsschulden?

Die gängige Aussage dazu formulierte z.B. Schäuble: »*Das Problem ist,* […] *dass Griechenland seit Langem über seine Verhältnisse gelebt hat* […]« (Interview des Deutschlandfunks am 16.2.15). Damit will er wie viele andere auch ausdrücken, dass Griechenland vor 2008 Schulden gemacht habe, um Ausgaben zu finanzieren, die es sich eigentlich nicht leisten konnte. Häufig werden dabei aufgezählt: aufgeblähter öffentlicher Sektor, Lohnsteigerungen, großer Rüstungshaushalt usw. Dazu komme noch, dass die wohlhabenden Griechen keine Steuern bezahlten, es keine ordentliche Steuerverwaltung gebe etc.



Die Delegation aus Griechenland vor dem Reichstag, als noch die Hoffnungen auf einen Kompromiss in Brüssel überwogen. Europa anders machen, das können nur die arbeitenden Menschen, indem sie den Klassenkampf von unten aufnehmen – gegen die herrschende Klassen im eigenen Land.

Das stimmt auch alles. Und trotzdem ist es bestenfalls nur die halbe Wahrheit. Denn die griechischen Ausgaben »über ihre Verhältnisse« waren die Einnahmen der anderen. Das heißt vor allem: deutsche, französische und andere EU-Konzerne lieferten die Waren, die mit den Krediten bezahlt wurden. Ein bekanntes Beispiel sind die Rüstungsimporte Griechenlands. *»Deutschland liefert zirka 15 Prozent seiner Rüstungsexporte nach Griechenland, Frankreich rund 10 Prozent.«* (http://www.heise.de/tp/ artikel/45/45039/2.html; entnommen 7.7.15) Anders gesagt: Der Exportüberschuss z.B. Deutschlands spiegelte sich im griechischen Importüberschuss. Dieser Importüberschuss musste natürlich finanziert werden, wobei vor allem französische und deutsche Banken als Kreditgeber auftraten.

Dieser »Defizitkreislauf« (z.B. deutsche Unternehmen exportieren Waren, deren Kauf von deutschen Banken mit Krediten finanziert wird) war kennzeichnend nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Südeuropa bis zum Ausbruch der Krise 2008. Griechenland ist nur das Land, das als erstes bei diesem Kreislauf bankrott ging.

Natürlich kann man sagen, »die Griechen« bzw. die anderen Länder mit Importüberschüssen hätten sich nicht verschulden müssen. Dann hätte es aber auch keine deutschen Exportüberschüsse und kein deutsches Wirtschaftswachstum gegeben.

Griechenland kann man in gewisser Hinsicht mit denjenigen US-amerikanischen Hauskäufern bis 2008 vergleichen, die eigentlich gar kein ausreichendes Einkommen hatten, von den Banken aber die Kredite förmlich nachgeworfen bekamen, damit sie sich doch ein Haus kauften. Als dieser »Defizitkreislauf« zusammenbrach, weitete sich das zur sogenannten Weltfinanzkrise 2008/09 aus. Die hochverschuldeten Hausbesitzer konnten ihre Hypotheken nicht mehr bedienen, und die Kreditgeber gingen reihenweise pleite bzw. mussten vom Staat gerettet werden.

Der tiefere Grund ist in beiden Fällen, dass es immer mehr Kapital in den Händen von Anlegern gibt, das sich nicht mehr in der sogenannten »Realwirtschaft« (also der Industrie vor allem) gewinnbringend anlegen lässt. Deshalb suchte und sucht dieses Kapital verzweifelt Anlegemöglichkeiten und fand/findet sie in immer riskanteren Geschäften, seien es Hypotheken für arme Hauskäufer oder Kredite für Staaten mit eigentlich untragbaren Importüberschüssen.

Es handelt sich also um ein Systemproblem.

Die griechische Krise ist die Fortsetzung der Weltfinanzkrise von 2008/09

Als im Gefolge der amerikanischen Immobilienkrise sich die Finanzkrise weltweit ausbreitete und viele Banken akut vom Zusammenbruch bedroht waren bzw. zusammenbrachen (am bekanntesten: Lehman Brothers), drohte diese Krise in eine allgemeine Weltwirtschaftskrise überzugehen, in der den Bankzusammenbrüchen die Zusammenbrüche von Industrie- und anderen Unternehmen folgen würden, mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend als Begleiterscheinungen wie in der Weltwirtschaftskrise nach 1929. Um diese allgemeine Systemkrise zu verhindern, traten die Zentralbanken und die Regierungen aller Industrieländer auf den Plan, mit »Rettungspaketen« und Konjunkturprogrammen in Billionenhöhe. Praktisch nahmen sie die *privaten* Schulden, die »faul« geworden waren, in ihre eigenen – *staatlichen* – Bücher. Es ging darum, die für eine kapitalistische Krise typische massenhafte Vernichtung von Kapital (Abschreiben von Krediten, Kursabstürze, Unternehmensschließungen usw.) zu verhindern. Das gelang zwar, aber nur um den Preis einer nun gigantisch angewachsenen Staatsverschuldung.

Bei der ganzen »Rettungspolitik« – sei es die Rettung von Banken, Industrieunternehmen oder Staaten – geht es im Kern darum, die anstehende massenhafte Kapitalvernichtung im jeweiligen eigenen Land zu verhindern bzw. dafür zu sorgen, dass sie anderswo passiert. Das ist der eigentliche Grund dafür, dass der nötige Schuldenschnitt für Griechenland verweigert wird, denn dann wären die Kredite – die ja Kapital darstellen, solange sie sich verzinsen – vernichtet.

Mit Griechenland geschah 2010 im Grunde genau dasselbe wie 2008 mit den Hausbesitzern in den USA. Es war zahlungsunfähig und konnte seine Schulden an die privaten Banken nicht mehr bedienen. Auch jetzt wurde alles getan, um eine Kapitalvernichtung zu verhindern, d.h. zu verhindern, dass vor allem französische und deutsche Banken ihre Milliardenkredite abschreiben mussten. Sie hätten dadurch Schwierigkeiten bekommen, ihre Funktion für die kapitalistische Wirtschaft weiter auszuüben, nämlich Kredite zur Verfügung zu stellen. Also wurden die berühmten »Rettungspakete« geschnürt, mit denen die Kredite der privaten Banken an Griechenland zurückgezahlt wurden.

Aber anders als den amerikanischen Hausbesitzern, denen man das Haus wegnahm und es zwangsversteigerte, konnte man Griechenland schlecht verpfänden oder es versteigern, wenn auch die »Bild« das direkt forderte: »*Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleitegriechen!*« (27.10.2010). Also wurden dem griechischen Staat die »Rettungspakete« für die Banken in Rechnung gestellt, er wurde seine Schulden also nicht los, sondern hatte sie jetzt einfach nur woanders: bei der EZB, dem IWF, dem ESM. Und obwohl der Staat eigentlich bankrott war, wurde er gezwungen, diese Kredite weiter zu bedienen. Begleitend dazu gab es dann die Spardiktate, mit denen u.a. die Löhne gesenkt, das Gesundheitswesen ruiniert, die Renten gekürzt wurden. Dadurch sanken natürlich die eh schon zu niedrigen Steuereinnahmen, die Wirtschaftsleistung ging um 25 Prozent zurück, so dass nicht nur die Schulden nicht sanken, sondern immer weiter stiegen. So konnten auch die Altschulden kaum getilgt, sondern lediglich durch neue Schulden abgelöst werden (die sogenannten »Hilfsprogramme«). Natürlich wurden die Vermögenden nicht angefasst, sind diese doch in der Gedankenwelt der bürgerlichen Ökonomen die »Leistungsträger«, die den Wirtschaftsaufschwung bewerkstelligen sollen. Getroffen waren vor allem die Mittel- und Unterschichten. Die haben jetzt auch mit »Nein« gestimmt.

Der Euro wackelt

Die griechische Krise ist eine Krise des Euro und der EU. Beide zusammen sind ein Ausdruck der fortdauernden Wirtschaftskrise seit 2008. Diese wurde »überwunden« durch die staatliche Übernahme der Bankschulden und die Politik der Zentralbanken in allen Industrieländern, die mit Aufkäufen von Staatsanleihen und mit Niedrigstzinskrediten die Finanzmärkte mit Geld überschwemmten. Zum einen hat sich damit das Verschuldungsproblem nur auf die öffentlichen Haushalte verlagert, zum anderen führt die Geldschwemme der Zentralbanken kaum dazu, dass die Industrieunternehmen Kredite aufnehmen um neue Investitionen zu tätigen, weil diese nicht profitabel sind. Beispielsweise liegen in der Region Europa/Nordafrika bei Großunternehmen 800 Milliarden Euro auf der hohen Kante. In den USA verfügt alleine Apple über Barreserven von 140 Milliarden Dollar. Darüber hinaus bilden sich Blasen an den Finanz- und Immobilienmärkten, weil das viele Geld ja irgendwo angelegt werden muss (Inflation der Sachwerte).

Die Reaktion auf die Staatsschuldenexplosion in der EU ist die sogenannte »Austeritätspolitik«, also der Versuch, durch Einsparungen diese Schuldenlast zu verringern. Die Reaktion auf die zu geringen Profitmöglichkeiten im Unternehmenssektor sind u.a. die Steuererleichterungen für die Unternehmen. So werden die öffentlichen Haushalte von der Einnahmen- wie Ausgabenseite unter Druck gesetzt, was sich im immer weiter gehenden Abbau der Sozialleistungen (von Land zu Land unterschiedlich heftig), in Privatisierungen öffentlichen Eigentums usw. niederschlägt. Andererseits nehmen die prekären und Niedriglohnjobs im Privatsektor immer mehr zu.

Sowohl die EU wie die Eurozone sind aber nicht krisenfest. Deren Existenzgrundlage ist die, dass im Gegenzug gegen die Aufgabe von Teilen der Souveränität und Selbstständigkeit der einzelnen Nationalstaaten es den Unternehmen und der Bevölkerung immer besser geht. Vor allem ist dies das Versprechen des deutschen Kapitals, dessen Existenzgrundlage der Binnenmarkt in der EU und die gemeinsame Währung des Euros ist. Merkel hat dies begriffen und ausgesprochen: *»Scheitert der Euro, scheitert Europa.«*

Aber sowohl der Euro wie die EU sind rückholbar, da es sich nicht um einen Bundesstaat wie die USA handelt, sondern um ein Staatenbündnis von immer noch mehr oder weniger souveränen Nationalstaaten. Können die EU bzw. die Eurozone und kann insbesondere Deutschland nicht ein weiteres Wachstum und Wohlergehen der Mitgliedsländer sichern, fliegt als erstes die Eurozone auseinander. Und da die Wirtschaftskrise nicht überwunden ist und in absehbarer Zeit nicht überwunden werden kann, kann genau diese Perspektive von Euro und EU nicht mehr garantiert werden.

Das griechische »Nein« am 5. Juli ist der erste deutliche Ausruf einer Bevölkerung, dass die Vertragsgrundlage für den Euro entfallen ist. Daran ändert auch die Kapitulation der griechischen Regierung nichts.

Griechische Staatsschulden: Wiedervorlage in drei Jahren

Die jetzt gefundene »Lösung«, Griechenland weiter solvent zu halten, indem über 80 Milliarden Dollar über drei Jahre für die Bedienung der griechischen Schulden aufgebracht werden, ist nur der Versuch, Zeit zu gewinnen. Denn letztlich handelt es sich um nicht viel mehr als um einen Bilanztrick: Die EU-Institutionen stellen Euro zur Verfügung, damit die Schulden Griechenlands – die überwiegend von den EU-Institutionen gehalten werden – bezahlt werden können. In der Zwischenzeit wird Griechenland restlos zugrunde gespart und was an Staatsbetrieben einigermaßen profitabel ist, soll privatisiert werden. Wie der griechische Staat auf diese Weise die sogenannte »Schuldentragfähigkeit« erreichen soll, weiß kein Mensch. Der einzige Effekt ist, dass die Schulden der EU-Institutionen jetzt noch nicht abgeschrieben, also noch nicht vernichtet sind.

Der Moment der Wahrheit kommt also spätestens in drei Jahren; vermutlich schon früher, denn dass die griechische Bevölkerung die Verelendungspolitik widerstandslos ertragen wird, ist nicht zu erwarten.

■ EIN BLICK IN DIE GESCHICHTE:

Warum gerade Griechenland?

Griechenland war seit der Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich 1830 immer abhängig. Genauer: Die herrschenden Klassen brauchten für ihre Herrschaft immer eine ausländische Schutzmacht. Ökonomisch war Griechenland immer schwach, erlebte nie eine durchgreifende Industrialisierung und entwickelte nie einen »modernen« Staat mitteleuropäischer Prägung mit einer effizienten Verwaltung. Prägend blieb die ganze Zeit vor allem das **Klientelsystem**, in dem der jeweils in ein Amt Gewählte als Dank für seine Wahl seine Schützlinge (»Klientel«) mit Wohltaten versorgte, z.B. mit einem Arbeitsplatz in der Verwaltung. Nur einmal entstand so etwas wie ein moderner Staat: Als die Widerstandsbewegung im 2. Weltkrieg gegen die deutsche Besatzung klientelfreie Strukturen und eine moderne Verwaltung in den befreiten Gebieten einführte (vgl. dazu Heinz A. Richter in der FAZ vom 6.7.15). Dieser Ansatz eines modernen Staates wurde aber im Bürgerkrieg blutig niedergeschlagen, bezeichnenderweise unter Führung Großbritanniens und der USA. Wenn jetzt also immer wieder von Politikern verschiedenster Parteien auf das griechische Klientelsystem verwiesen wird als Grund für die griechische »Reformunfähigkeit«, so ist dies reine Heu-

chelei angesichts der Massaker an der griechischen Widerstandsbewegung im Dienste des »freien Westens«.

Lange Zeit war Großbritannien die Schutzmacht für die Herrschenden Griechenlands, da Großbritannien an der Sicherung des Seewegs nach Indien durch das Mittelmeer und den Suezkanal gelegen war. Während des Bürgerkriegs zwischen der Widerstandsbewegung gegen die Nazibesatzung und den alten herrschenden Klassen nach dem 2. Weltkrieg konnte Großbritannien seine Weltmachtrolle finanziell nicht mehr durchhalten. So übernahmen 1948 die USA die Finanzierung der herrschenden Klassen und sorgten dafür, dass Griechenland 1952 in die NATO aufgenommen wurde zur Sicherung der Südflanke gegen das sozialistische Lager. Als 1967 das Militär putschte, um die aufkommende politische Unruhe zu ersticken, wusste jeder, dass die USA dahinter steckten. Nach dem Ende der Militärdiktatur 1974 brauchte die herrschende Klasse eine neue Perspektive, die sie in der EU fand, d.h. bei Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. 1981 wurde Griechenland in die EU aufgenommen und kam damit in den Genuss umfangreicher EU-Förderungen (z. B. Strukturfonds), also von Geldern, mit denen die herrschende Klasse wunderbar »Politik« machen konnte. Zwischen 1982 und 1988 betrugen beispielsweise die EU-Zuschüsse drei Prozent des Bruttosozialprodukts! Im Windschatten dieser öffentlichen Gelder eroberten vor allem deutsche und französische Konzerne den griechischen Markt (Siemens, Carrefour z.B.).

Die seit der EU-Mitgliedschaft einsetzende Deindustrialisierung der ohnehin nicht besonders entwickelten griechischen Industrie konnte gewissermaßen durch die EU-Gelder kompensiert werden. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers verstärkte sich dieser Trend noch, denn auf einmal waren die Nachbarländer Bulgarien, Albanien, Rumänien für die griechischen Unternehmer wegen ihrer niedrigen Löhne attraktiver, so dass viele dorthin abwanderten.

Die herrschende Klasse brauchte nun eine neue Perspektive, wenn sie weiter herrschen wollte. Gern ergriff sie die Gelegenheit, aus geopolitischen Gründen in den Euro aufgenommen zu werden. Der griechische Staat konnte sich nun mit zinsgünstigen Krediten in Euro verschulden und die Parteien konnten sich so die Gefolgschaft der Menschen erkaufen. Zinsgünstig waren die Kredite deshalb, weil nun die Banken glaubten, die ganze Eurozone bürge für die Kredite und nicht nur der schwache griechische Staat. Der griechischen Industrie gab der Beitritt zur Eurozone aber den Rest, da sie jetzt nicht mehr konkurrenzfähig war, weil sie den Vorteil der billigen Drachme verloren hatte.

Der griechische Staat und die griechische Wirtschaft hängen also seit 1981 völlig am Tropf der EU bzw. der Eurozone: einmal durch die Zuschüsse, zum anderen wegen der niedrigen Zinsen. Das hat sich mit der Krise 2008/09 und dem faktischen Bankrott 2010 nicht geändert; geändert hat sich nur, dass jetzt die Gläubiger (also der IWF und die EU-Institutionen) den griechischen Staat unter ihre direkte Verwaltung gestellt haben.

Allein schon aus diesem Grund ist es illusionär, dass griechische Unternehmen mit der Absenkung der Löhne und der Zerschlagung des Sozialstaats wieder konkurrenzfähig werden könnten. Das ist ja die zynische Logik, die hinter den Spardiktaten steckt: Kosten senken, damit man wieder auf dem Weltmarkt was verkaufen kann. Es gibt aber so gut wie keine griechischen Unternehmen mehr, die überhaupt in nennenswertem Umfang exportieren könnten! Deshalb läuft die Sparpolitik in Griechenland allein auf eine reine, perspektivlose Verelendungspolitik hinaus.

8.8.2015 ■

Zur Diskussion:

Liebe Freunde,
mein Verständnis der ökonomischen Vorgänge im Fall Griechenlands ist, grob gesagt, das Folgende:

Die griechische Bourgeoisie hat über viele Jahre – und insbesondere seit Einführung des Euro als Währung – mit Hilfe ihrer politischen Parteien und Regierungen den griechischen Staat bis aufs Hemd ausgeplündert und Schulden auf Teufel komm raus gemacht. Jetzt, wo sie dafür gerade stehen müsste, ist sie vollständig abgetaucht. Ihre politischen Repräsentanten (vor allem ND und Pasok) wurden bei den letzten Wahlen von der Bevölkerung abgestraft und sie werden wohl auch bei einer künftigen Wahl keinen Fuß auf den Boden bekommen. Die griechischen Oligarchen haben ihre Profite ins Ausland gebracht – und wie stets auch dort investiert – und wurden und werden von den europäischen Regierungen geschützt vor den Ansprüchen des griechischen Staats (wie aus dem Varoufakis-Interview im Stern hervorgeht). Die europäischen Regierungen verstecken sich ihrerseits hinter den "Institutionen". Gegenüber der griechischen Bevölkerung geht es vor allem darum, dass nicht die Verursacher der Schuldenkrise, die Oligarchen und ihre Regierungen bzw. Parteien, als diejenigen sichtbar werden, die für ihre vormaligen Raubzüge jetzt die Bevölkerung bluten lassen. Stattdessen wird jetzt die Syriza-geführte Regierung benutzt und von den "Institutionen" gesteuert, hinter denen die herrschenden Klassen aller Euro-Länder stehen. Das schließt Meinungsverschiedenheiten über Regelungen im Detail, wie sie zwischen den Euro-Regierungen und den USA bzw. dem IWF deutlich wurden, nicht aus. Für mich ist es eine durchaus neue Erfahrung zu erleben, wie die herrschende Klasse eines Landes – wie im Fall Griechenlands – sich so völlig aus der sicht- und wahrnehmbaren Politik ausblenden kann; wie sie in einer absolut dramatischen Krisensituation, die sich wahrscheinlich über viele Jahre weiter entwickeln wird, plötzlich unsichtbar werden kann und dennoch über die in ihrer Hand befindlichen Medien und die ausländischen Regierungen weiter Einfluss nimmt.

Wenn man sich einmal vorstellt, was passieren würde, wenn die alten politischen Eliten die Maßnahmen durchsetzen würden, wie es jetzt Syriza tut, würde das wahrscheinlich zu Aufständen führen, weil sie als Profiteure des Massenelends leicht erkennbar wären. Aber so sind es in der Propaganda dann Merkel und Schäuble, die doch nur die Helfershelfer der griechischen herrschenden Klassen sind, und andere – wie die französische oder die italienische, spanische etc. Regierungen – verstecken sich hinter scheinbaren Widersprüchen (Nordstaaten gegen Südstaaten).

Ich finde, diesen Aspekt der Krise sollten wir im Hinblick auf die ökonomische Seite in den Vordergrund unserer Kommentierung stellen.

A.D. ■

Zur Diskussion: Von PAME lernen heißt siegen lernen?

Die Situation in Griechenland, die Politik der dortigen Kommunistischen Partei (KKE) und der von ihr geführten „Militanten Arbeiterfront“ (PAME) spielen eine wichtige Rolle in der innerparteilichen Diskussion der DKP. Die Mehrheit mit dem Parteivorsitzenden Patrick Köberle wirft der Parteiminderheit einen reformistischen Kurs vor, eine Anpassung an die Linkspartei und das Verlassen marxistischer Grundsätze. Die KKE erscheint im Gegensatz hierzu als eine Partei, die revolutionären Prinzipien treu bleibt und dennoch eine Massenbasis hat. „Kämpfen lernen mit der griechischen Gewerkschaftsfront“ titelt die DKP-nahe Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) in ihrer Zeitschrift „Positionen“ und Patrick Köberle will in einer Erklärung den Unterschied zu Syriza hervorheben: „Da hilft keine Politik des kleineren Übels, da helfen nur revolutionäre Kleinarbeit und Klassenkampf. Dafür stehen die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der PAME und die KKE.“

Für Menschen, die die Politik der KKE in Griechenland selbst erlebt haben, sind solche Einschätzungen befremdlich. Zu Zeiten der Regierung Samaras sahen viele kämpferische Gewerkschafter_innen die KKE sogar als bremsende Kraft. In vielen gewerkschaftlichen Strukturen hatte die Opposition gegen die Spardiktate die Mehrheit. Dies konnte aber nicht in praktische Politik umgesetzt werden, da sich die PAME einer gemeinsamen Führung verweigerte. Diese Einheiten waren somit zur Passivität verurteilt. PAME und KKE beteiligen sich nach Beginn der Schuldenkrise kaum an den real stattfindenden Klassenkämpfen. Sie stehen naserümpfend daneben, bemängeln – oft zu Recht – das mangelnde Bewusstsein der Kämpfe, verfügen aber über keine Taktik, um ausgehend von diesen Kämpfen das Klassenbewusstsein zu entwickeln. Sie separieren sich vielmehr von den Kämpfenden.

Der Bruch mit dem Kapitalismus und die „Erringung der Volksmacht“ sind die einzigen Antworten der KKE auf die Krise. Alles, was dahinter zurückbleibt, wird strikt abgelehnt. Da die KKE dieses Ziel unter den gegebenen Kräfteverhältnisses aber auch nicht erreichen kann, beschränkt sie sich auf die Propaganda. Zu dieser Propaganda gehören auch separate Veranstaltungen bei Streiks und Protestdemonstrationen. Diese sind zwar oft größer als die des offiziellen Gewerkschaftsbundes, allerdings sind sie nur bedingt Ausdruck einer sozialen Bewegung. Mobilisiert wird eher ein Milieu, das der Partei traditionell verbunden ist, von außen aber auch als eine Art Wagenburg wahrgenommen wird; eine Wagenburg, aus der heraus nicht auf andere zugegangen wird und die es neuen Kräften aber auch schwer macht, sich dort zu integrieren. Mit dieser Politik zieht die Partei nicht nur eine Grenze zu den Führungen anderer Organisationen, sondern auch zu deren Mitgliedern und Wählern, für die eine Parteinahme für Syriza oder die Beteiligung an Protesten der erste Schritt einer möglichen Radikalisierung bedeutet. Viele Mitglieder der KKE und der PAME genießen allerdings in ihren Betrieben und Stadtteilen ein hohes Ansehen und arbeiten oft sehr pragmatisch an den vorhandenen Problemen mit solange nicht Parteidirektiven in ihre Arbeit eingreifen. Letzteres geschieht allerdings immer stärker.

Nach dem Wahlsieg von Syriza im Januar setzte sich die sektiererische Politik der KKE fort. Die neue Regierung wurde sofort zum Gegner erklärt und sollte auf der Stelle alle Wahlversprechen umsetzen. Eine Unterstützung der Regierung in den Verhandlungen mit den Gläubigern kam nicht in Frage, da die KKE ja solche Verhandlungen ablehnt. Im Referendum vom 6. Juli zur Frage der Zustimmung oder Ablehnung des von den Gläubigern vorgelegten Spardiktats propagierte die KKE den Boykott. Doch hier verweigerten sich große Teile ihrer Basis gegen die Parteiführung und stimmten mit „Nein“. Das Ergebnis des Referendums brachte nämlich die Klassenspaltung der griechischen Gesellschaft zum Ausdruck. In den Stadtteilen und Orten mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut war die Ablehnung des Spardiktats der Gläubiger besonders hoch, auch in solchen, die als Hochburgen der KKE gelten. Die Partei isolierte sich mit diesem Verhalten noch stärker von den Teilen der unteren Schichten, die die Spardiktate ablehnen, aber noch nicht mit dem Kapitalismus brechen wollen.

Nachdem die Regierung gegenüber den Erpressungen durch die Gläubiger nachgegeben hatte, hätte die Partei die Chance, neue Kräfte zu gewinnen. Doch scheint sie auch jetzt ihrer Linie treu zu bleiben: Gemeinsame Aktionen mit anderen linken Organisationen oder Enttäuschten aus dem Syriza-Lager werden abgelehnt, diesen vielmehr vorgeworfen, mit ihrer Ablehnung des Brüsseler Memorandums nichts anderes zu verfolgen als die Integration der Enttäuschten in das herrschende System. Auch wenn das „Nein“ von 61 Prozent der Bevölkerung die Kräfteverhältnisse zwischen Regierung und Gläubigern nicht auf Dauer zu ändern vermochte, so hat sich in der OXI-Kampagne eine Zusammenarbeit verschiedener linker Initiativen herausgebildet, die für künftige Kämpfe eine große Rolle spielen kann.

Diejenigen in der DKP, die für den revolutionären Charakter ihrer Partei eintreten, setzen offensichtlich auf die KKE als Mittel in der innerparteilichen Diskussion. Sie tun dies aber praktisch ohne Kenntnis der griechischen Verhältnisse. Für die Auseinandersetzung mit reformistischen Positionen ist die Berufung auf die KKE nicht hilfreich.

R.D. ■

Demonstrationszug der PAME

Gegen Spardiktate und Nationalismus

Reisetagebuch:
Dritte Solidaritätsreise nach Griechenland, Herbst 2014

Aus dem Inhalt

Gedenken an Pavlos Fysass

Besuch im Arbeitslosenzentrum Perama

Solidarity4all

Besuch beim Flüchtlingsnetzwerk Diktio

Antifaschistische Koordination

Der Sieg der kämpfenden Putzfrauen

Besuch bei Basisgewerkschaften

Treffen mit den Metro-GewerkschafterInnen

Gespräch mit Vivi von der Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten im Athener Krankenhaus Evangislos

Empfang bei der PAME

Die Gruppierung „Kommunisten-Arbeiterkampf“

Die Reise nach Livadia, Agios Nikolaos und Distomo

Selbstverwaltung bei VIO.ME

Solidarische Klinik in Thessaloniki

ERT-open in Thessaloniki

SOS Chalkidiki

Die Broschüre (72 Seiten) **ist für 3,– Euro** (zzgl. Versandkosten) **über die Redaktionsadresse zu beziehen**

Aus dem Vorwort der Broschüre

Während sich in Mittel- und Nordeuropa die politischen Kräfteverhältnisse nach rechts verschieben, gab es in Griechenland einen kräftigen Linksruck. Dies ist in erster Linie den zahlreichen Initiativen der Selbsthilfe und den Aktivitäten der Basisgewerkschaften zu verdanken. Ohne die gelebte Solidarität, beispielsweise in den sozialen Gesundheitszentren, ohne die vielfältigen Formen des Widerstandes wären sicherlich mehr verarmte und enttäuschte WählerInnen den faschistischen Demagogen auf den Leim gegangen. SYRIZA verdankt seinen Wahlerfolg wesentlich dem unermüdlichen Einsatz der unzähligen AktivistInnen aus dem sozialen und politischen Widerstand im ganzen Lande. Einige von ihnen durften wir während unserer Solidaritätsbesuche kennen lernen.

Über ihr Engagement und ihre Projekte wollen wir mit diesem Reisebericht informieren.

Mit der Bildung der neuen Regierung werden die vielfältigen Initiativen der sozialen Selbst- und Nachbarschaftshilfe und des politischen Widerstandes nicht überflüssig. Ganz im Gegenteil – ihre Möglichkeiten der politischen und außerparlamentarischen Mobilisierung entscheiden mit darüber, ob SYRIZA dem Druck seiner äußeren und inneren Feinde standhalten kann. Dieser Druck ist enorm, wie die Reaktionen auf die ersten Beschlüsse der neuen Regierung zeigen. Die EU-Administration in Brüssel und die große Koalition in Berlin beharren auf der Erfüllung der Abmachungen, die man der alten Samaras-Regierung so reibungslos diktieren konnte.

Die herrschende Klasse in Griechenland, an deren Spitze ein gutes Dutzend Familien stehen (Reedereien und Bauunternehmen), kontrolliert über ihre privaten Medien nicht nur die Presselandschaft. Ihre engen Beziehungen in den Staatsapparat – in Justiz, Polizei, Militär, Geheimdienst, als auch in die Steuerbehörden – wird sie nutzen, um ihre bisherigen Privilegien zu sichern. Bisher waren diese Familien entweder von Steuerzahlungen befreit, wie beispielsweise die Reeder, oder sie blieben von der Steuerfahndung verschont. Die Privilegien, die Steuerhinterziehung und die Korruption will die neue Regierung bekämpfen. Die griechische Oligarchie wird alles daran setzen, eine Regierung, die ihre Macht beschneidet, möglichst rasch zu beseitigen.

Im Rahmen der Troika gehören vor allem die Bundesregierung und die Mainstream-Medien in Deutschland zu den Scharfmachern im Kampf gegen den Regierungswechsel in Griechenland. Mit dieser Broschüre wollen wir der Desinformation und Hetze der Medien und den Erpressungsversuchen der Bundesregierung entgegentreten. Denn, ob dieser erste hoffnungsvolle Aufbruch seit Jahrzehnten Erfolg haben wird, entscheidet sich nicht allein in Griechenland, sondern auch bei uns in Deutschland.

Zur Diskussion: Die KKE in der selbstgewählten Isolation

Die Anhänger der KKE fühlen sich jetzt bestätigt, nach der Kapitulation von Tsipras in Brüssel. Hatten wir nicht immer recht in der Einschätzung von SYRIZA als sozialdemokratische Variante zur Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus? Tatsächlich wurde die Kritik an SYRIZA in vielen Punkten bestätigt, damit aber noch lange nicht der Kurs der KKE im Konkreten. Die Frage, warum in einer solch tiefgreifenden Krise, wie sie die griechische Gesellschaft durchlebt, nicht die Kommunistische Partei ihren Einfluss ausbauen und stärken konnte, wird oft gar nicht gestellt oder nicht plausibel beantwortet.

Die ideologische, theoretische und politische Kritik an Reformismus und Sozialdemokratismus ist nur die eine, die negative Seite einer revolutionären Aufgabenstellung. Die andere Seite besteht im Zurückdrängen und letztendlich in der Überwindung des Reformismus in der Praxis, in den aktuellen sozialen und politischen Kämpfen. Und hier hat die KKE völlig versagt. Das liegt meines Erachtens am Fehlen einer Strategie und Taktik der Einheitsfront.

Die Integration der Arbeiterklasse ist nicht das Werk sozialdemokratischer und reformistischer Kräfte; deren Existenz ist vielmehr Ausdruck für die Integrationsfähigkeit des Kapitalismus. Insofern spiegelt der Reformismus, ob in den Gewerkschaften oder in Gestalt sozialdemokratischer Parteien, die Hoffnung der Mehrheit der Lohnabhängigen wider, ihre materiellen Interessen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung wahren zu können. Der Reformismus lässt sich also nicht allein durch Propaganda, durch seine Entlarvung überwinden. Der in der Krise steckende Kapitalismus selbst entzieht dem Reformismus die materielle Grundlage, weil zunehmend an die Stelle des sozialen Kompromisses das einseitige Diktat des Kapitals tritt, die Beseitigung bisheriger sozialer Standards und demokratischer Rechte. Angesichts dieser Tatsachen verliert der Reformismus an Bindungskraft, zersetzt sich – aber nicht als plötzlicher Akt, sondern als ein langsam in verschiedenen Etappen sich vollziehender Prozess. An dessen Ende steht nicht automatisch die Hinwendung der Massen zur revolutionären Alternative, es kann auch mit einer tiefgreifenden Niederlage der Arbeiterbewegung, in einer reaktionären oder konterrevolutionären Lösung enden.

Die Politik der KKE, wie ich sie bei mehreren Solidaritätsreisen nach Griechenland kennen gelernt habe, weist für mich viele Parallelen mit den Fehlern der KPD in den Jahren 1928-33 auf. Damals war der Verzicht auf eine Taktik der Einheitsfront mit einer der Gründe, dass der Reformismus nicht revolutionär überwunden werden konnte. Nicht die herrschende Klasse sowie die reaktionären und faschistischen Kräfte wurden durch die KP-Führung zum Hauptfeind erklärt, sondern die Sozialdemokratie als letzte Stütze des Systems. Mit der Schaffung eigener revolutionärer Gewerkschaftsorganisationen (RGO) überließ die KPD die Gewerkschaften völlig dem Einfluss der sozialdemokratischen Führungen. Sie trennte sich auch organisatorisch von den noch sozialdemokratisch beeinflussten Teilen der Lohnabhängigen und trieb sie damit umso fester in die Hände ihrer reformistischen Führer oder in die Resignation. Der Einbruch der NSDAP in das proletarische Wahlmilieu hatte viel zu tun mit: 1. dem fehlenden Willen und der Unfähigkeit der sozialdemokratischen Führung, den zunehmenden sozialen und politischen Angriffen des Kapitals entgegenzutreten; 2. der Selbstisolierung der KPD und deren Orientierung auf die Sozialdemokratie als Hauptfeind. Am Ende stand nicht der revolutionäre Aufschwung, wie von der KPD immer wieder verkündet, sondern die Vernichtung der Arbeiterbewegung, ihres revolutionären und reformistischen Flügels, und die Beseitigung der bürgerlich parlamentarischen Demokratie.

Die Gewerkschaftsfrage

Im September 2014, während unseres letzten Solidaritätsbesuches, fragte ich den für internationale Beziehungen zuständigen Sekretär, warum denn die PAME bei den Demonstrationen anlässlich der »Generalstreiks« immer zu getrennten Routen und Kundgebungen aufrufe, und bekam folgende Antwort: »Die ideologische Klarheit müsse auch organisatorisch zum Ausdruck kommen.« Die Antwort ist für mich charakteristisch für die sektiererische Politik der KKE in den letzten Jahren.

Die Gewerkschaften sind in Griechenland traditionell auf betrieblicher Ebene organisiert. Die Betriebsgewerkschaften sind auf nationaler Ebene Mitglied in den beiden Dachverbänden – ADEDY für öffentlicher Dienst und GSEE für die Privatwirtschaft. 1991 beschloss die KKE, die von ihr dominierten Gewerkschaften in einem eigenen Verband, der Allgemeinen Kämpferischen Arbeiterfront (PAME), zusammenzufassen. Die in der PAME organisierten Gewerkschaften blieben zwar Teil der beiden Dachverbände, nehmen aber nicht an deren Aktivitäten teil und agieren nach außen unabhängig. Die PAME organisiert vor allem in den traditionellen Kernbereichen der Lohnabhängigen (in Häfen, in der Stahl-, Bau- und Textilindustrie) zahlreiche kämpferische KollegInnen. Diese Tatsache wird auch von vielen scharfen Kritikern der KKE-Politik nicht bestritten. Allerdings sind diese Industriebereiche besonders hart von der Wirtschaftskrise getroffen und liegen am Boden. Der wirtschaftliche Niedergang hat den Gewerkschaften die Grundlagen für ihr Kerngeschäft entzogen. Freie Tarifverhandlungen gibt es seit Jahren nicht mehr. Insofern kann auch die PAME keine tarifpolitischen Erfolge vorweisen und ist dem gewerkschaftlichen Niedergang in gleicher Weise unterworfen wie alle anderen Gewerkschaften auch.

Der Abwehrkampf hat sich von der tariflichen auf die politische Ebene verschoben und fand seinen Ausdruck in den zahlreichen »Generalstreiks« der letzten Jahre. Es waren zumeist durch die gewerkschaftlichen Dachverbände ausgerufene, eintägige, demonstrative Arbeitsniederlegungen. Sie waren nie gedacht als Kraftprobe mit der Regierung sondern dienten zum Dampf ablassen für die unzufriedenen Mitglieder. Bei unseren Besuchen wurden wir immer wieder konfrontiert mit der Kritik, Ablehnung und Wut der einfachen Beschäftigten auf die gewerkschaftlichen Dachverbände, denen man ihre Kumpanei mit den Regierungsparteien ND und PASOK vorhielt. Tatsächlich wurde die Mehrheit der Vorstandsmitglieder in den beiden Dachverbänden von Funktionären aus der PASOK und ND gestellt. Statt diese weit verbreitete Stimmung gegen die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre aufzugreifen und ihr gemeinsam mit anderen linken Kräften eine politische Richtung zu geben, separierte sich die PAME mit eigenen Demonstrationszügen und Kundgebungen. Sie konnte so keinen Einfluss auf die unzufriedenen Gewerkschaftsmitglieder außerhalb der eigenen Reihen (PAME) gewinnen.

Anlässlich des durch die Lehrergewerkschaft OLME durchgeführten einwöchigen Streiks an den Schulen im Sommer 2013 gab es innerhalb der Gewerkschaften die Bestrebung, die Arbeitsniederlegung unbefristet fortzusetzen und in einen längeren Generalstreik münden zu lassen. Vor allem Gewerkschaftsdelegierte, die dem linken Flügel von

SYRIZA oder der ANTARSIA angehörten, brachten entsprechende Anträge ein. Funktionäre der PAME, die in den Führungsgremien der Branchengewerkschaften und der Dachverbände vertreten waren, traten auf die Bremse. Sie blockten die Initiative ab, gemeinsam mit den Delegierten von PASOK und ND.

Es hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Chancen gegeben, um die Widersprüche in den Gewerkschaften als auch zwischen Gewerkschaften und Regierung zuzuspitzen. Die KKE hat diese Möglichkeiten nicht nutzen können. Sie ist teilweise sogar entsprechenden Initiativen entgegengetreten, weil sie sich hätte einordnen müssen in ein Bündnis linker Kräfte. Dies widerspricht ihrem Führungsanspruch, dem sie offensichtlich in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht gerecht werden kann. Sie beschränkt sich auf die propagandistische Entlarvung des Reformismus und das eigenständige Auftreten ihrer Gewerkschaftsorganisation, der PAME. Nur in diesem engen Korsett ist sie bereit den gewerkschaftlichen Kampf aufzunehmen.

Zerfall der PASOK und Aufstieg von SYRIZA – die KKE steht daneben

Die Krise, die seit 2010 die griechische Gesellschaft fest im Griff hat, führte auch zu einer Krise der alten, das parlamentarische System repräsentierenden bürgerlichen Parteien. Die Anhänger und Wähler der griechischen Sozialdemokratie kehrten ihr massenweise den Rücken und gingen nach links. SYRIZA war auf parlamentarischer Ebene der große Gewinner des Niedergangs der PASOK. Die Masse der Bevölkerung verband damit die Hoffnung, dass SYRIZA ihre Interessen ohne den radikalen Bruch mit der Euro-Zone und den kapitalistischen Verhältnissen erfolgreich vertreten könne.

Statt am vorhandenen Bewusstsein anzuknüpfen, um im gemeinsamen Kampf die Grenzen und Beschränktheit sozialdemokratischer Vorstellungen sichtbar zu machen, lehnt die KKE-Führung jegliche Zusammenarbeit mit SYRIZA ab. Sie ist nicht in der Lage, die Taktik der Einheitsfront, die Zusammenarbeit mit reformistischen Organisationen als Mittel zu betrachten, um deren Einfluss auf die Lohnabhängigen zu beschneiden oder zu brechen. *»Unsere Partei hat die antikapitalistische-antimonopolistische Linie des Kampfes verfolgt, die Linie der Konzentration und Vorbereitung der Arbeiter- und Volksmassen für den Sturz des Kapitalismus, für die Erringung der Arbeiter- und Volksmacht, den Sozialismus. Die KKE lehnt die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Partei SYRIZA und jegliche Beteiligung an einer Regierung der bürgerlichen Systemverwaltung ab.«* Sie beschränkte sich auf die Entlarvung von SYRIZA als neue sozialdemokratische Variante. Dabei wurden alle Widersprüche innerhalb von SYRIZA ausgeblendet. *»Die Differenzierungen seitens einiger Abgeordneter von SYRIZA sind nicht substantiell. Beleg für das Ausmaß des Täuschungsmanövers ist die Tatsache, dass die Funktionäre der sogenannten »Linken Plattform« unverfroren erklärten, dass sie zwar den Gesetzesentwurf ablehnen, unterstützen aber voll und ganz die Regierung und den Premierminister, die dieses Gesetz eingebracht haben!«*

SYRIZA aber stellt keine einheitliche Partei dar. Es gibt neben dem Mehrheitsflügel, der aus der eurokommunistischen Tradition kommt, zahlreiche Kräfte aus dem linkssozialistischen und kommunistischen Spektrum, die sich in dieser Sammlungsbewegung zusammengefunden haben. Viele Stellungnahmen der linken Plattform zeugen von mehr marxistischem Verständnis für eine kommunistische Praxis, als die offiziellen Verlautbarungen der KKE.

Das wurde während des Referendums erneut sichtbar. Es polarisierte die griechische Gesellschaft so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr und führte auch wieder zu einer nicht erwarteten Mobilisierung der Memorandums-Gegner. Statt diese Entwicklung zu fördern, um danach die Regierung mit dem eindeutigen OXI unter Druck zu setzen, separierte sich die KKE erneut. Sie verteilte ihre eigenen Stimmzettel mit folgendem Inhalt: *„Nein zum Vorschlag der EU-EZB-IWF. Nein zum Vorschlag der Regierung* (die hatte ein Nein zu dem Angebot der Troika empfohlen). *Loslösung von der EU mit dem Volk an der Macht.«* Nach eigenen Angaben folgten 6 Prozent der Wähler (die Stammwählerschaft) der Empfehlung der Partei; sie votierten per Stimmzettel für die Loslösung von der EU und die Errichtung der Volksmacht. Von der *„Konzentration und Vorbereitung der Arbeiter- und Volksmassen für den Sturz des Kapitalismus“* ist in der Praxis nichts zu sehen, sie verbleibt auf der Ebene von Parteierklärungen und Stimmzetteln.

Mit einer Taktik der Einheitsfront hätte die KKE nicht nur den eigenen Einfluss verbreitern können, sondern auch den linken Flügel in SYRIZA gestärkt. Diese Einschätzung muss eine Hypothese bleiben, solange sie nicht durch einen Kurswechsel der KKE in der Praxis bestätigt wird. Danach sieht es leider nicht aus. Im September 2014 erzählte mir ein Genosse, der wegen seiner kritischen Haltung aus der KKE ausgeschlossen wurde, dass schon seit langem Lenins Broschüre »Der Linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus« aus den Schulungen und Parteibibliotheken verbannt wurde. Sie sei nicht mehr zeitgemäß. Der bequeme Dogmatismus, die Alterskrankheit der KKE, hat offensichtlich den linken Radikalismus ersetzt. *A.B.* ■

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein ***Zustand****, der hergestellt werden soll, ein* ***Ideal****, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die* ***wirkliche*** *Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“* (K. Marx, Deutsche Ideologie, MEW 3, 35).

»Die Krise ermöglicht und gebietet den Einsatz der Gewerkschaften im politischen Machtkampf gegen das Kapital und seine Staatsmacht. Erst dann werden sich die Gewerkschaften zu ihrer vollen Kraft erheben. Und nur so können sie allein ihre Existenz als Organisation retten. Diesem Einsatz stemmen sich die Gewerkschaftsspitzen entgegen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen ihn erzwingen, indem sie die Führer, die sich ihm entgegenstellen, unter Druck setzen; wenn sie dem Willen der Mitglieder nicht nachgeben, sie beseitigen und aus ihrer Mitte sich revolutionäre Führungen schaffen.
Indem die Gewerkschaftsmitglieder die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zurückführen, indem sie ihren tatsächlichen Einsatz im politischen Massen- und Machtkampf erzwingen, schaffen sie zugleich die Voraussetzungen, um die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung wiederherzustellen, um die revolutionäre Liquidierung der RGO-Politik ihrerseits zu erleichtern. Die Wurzel der RGO-Politik der KPD ist der Verzicht der Gewerkschaften auf den Kampf, die reformistische Lähmung der Gewerkschaften. Brecht diese Lähmung, und der RGO-Politik, die eine Verwirrung revolutionärer Arbeiter ist, ist der Boden entzogen und auch die Voraussetzung geschaffen, damit die Gewerkschaften als Ganzes wieder kampffähig gemacht werden. Alle Kritik gegen die RGO, die nicht begleitet ist vom Kampf gegen die reformistische Lähmung der Gewerkschaften, ist wert- und wirkungslos.«

(AUGUST THALHEIMER)

Arbeitskampf der GDL durch Schlichtung beigelegt

Am 10. Mai endete der bisher längste Arbeitskampf bei der DB AG. Der Bahnvorstand und die GDL-Führung hatten sich auf ein Schlichtungsverfahren geeinigt; zu Schlichtern ernannt wurden Matthias Platzek (für die Bahn) und Bodo Ramelow (für die GDL). Die für die Bundesrepublik erstaunliche Härte der Auseinandersetzung lässt sich nur erklären aus der politischen Bedeutung, die den Streiks der GDL seit 2007 zukommt. Bevor wir mit folgenden Interview auf die Ergebnisse der Schlichtung zu sprechen kommen, wollen wir mit einem kurzen Rückblick noch einmal unterstreichen, weshalb der Arbeitskampf mit so harten Bandagen von Seiten der DB AG geführt wurde.

Die GDL und das Gesetz zur Tarifeinheit

Im Herbst 2007 sah sich der GDL-Vorstand gezwungen, die bisherige Tarifgemeinschaft mit der Transnet und der GDBA – heute vereint in der EVG – aufzukündigen. Deren Tarifpolitik ordnete sich widerstandslos den Privatisierungs- und Einsparplänen der DB AG unter. Besonders hart betroffen davon waren das Zugpersonal und insbesondere die Lokführer, deren Arbeitsbedingungen immer unerträglicher geworden waren. Die GDL sah sich gezwungen, die bisherige Tarifgemeinschaft aufzukündigen, wollte sie nicht angesichts dieser Zumutung für ihre Mitglieder in der völligen Bedeutungslosigkeit versinken. Sie trat folgerichtig in den Arbeitskampf mit der Forderung nach einem eigenständigen Tarifvertrag für das Fahrpersonal. Der Streik für eine angemessene Lohnerhöhung und für die Verbesserung der Schicht- und Arbeitsbedingungen wurde zu einer politischen Auseinandersetzung, wie sie die Bundesrepublik seit 1990 noch nicht erlebt hatte.

Die GDL konnte den Arbeitskampf 2007 mit einem Teilerfolg beenden. Neben den tariflichen Kompromissen bei Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte sie das Recht für einen eigenständigen Tarifvertrag für die Lokführer durchsetzen können. Das übrige Fahrpersonal blieb allerdings auf der Strecke. Es fiel nicht unter den Tarifvertrag.

Der Versuch der Lokführer und des Fahrpersonals, sich mit Hilfe der GDL aus der Gängelung des Bahnvorstandes und seiner Co-Manager von Transnet zu lösen, rief eine breite Front von Gegenkräften auf den Plan. Zu ihnen gehörten der Bahnvorstand, die Bundesregierung, aber auch zahlreiche Spitzenfunktionäre aus den DGB-Gewerkschaften. „Wer die Axt anlegt an die Tarifeinheit in Unternehmen, der legt die Axt an den sozialen Frieden im Betrieb“, erklärte im Oktober 2007 der damalige DGB-Vorsitzende Sommer auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall.

Seit 2007 werden die Versuche vorangetrieben, der GDL und anderen kleineren bzw. Spartengewerkschaft das Streikrecht zu nehmen. Mit ihnen sah sich seither die GDL auf tariflicher und politischer Ebene ständig konfrontiert. Im Herbst 2010 gründeten der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bundesverband der Arbeitgeberverbände die Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit. „Darüber hinaus dient die Tarifeinheit einer wichtigen Funktion der Koalitionsfreiheit und des Tarifvertragssystems, nämlich die Arbeitsbeziehungen zu befrieden“ (aus der gemeinsamen Stellungnahme von DGB und BDA zu Gesetzesinitiative).

Ver.di zog sich zwar infolge der massiven Kritik unter den eigenen Funktionären und aus der Mitgliedschaft aus dieser Initiative zurück, die anderen beteiligten DGB-Gewerkschaften – insbesondere die IGBCE und die IGM – verfolgten die Pläne weiter und hatten Erfolg. In ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten CDU und SPD ein Tarifeinheitsgesetz in dieser Legislativperiode auf den Weg zu bringen.

Die GDL versuchte in der Tarifrunde 2014, der Verabschiedung des Gesetzes zur Tarifeinheit, sprich: zur Einschränkung des Streikrechtes, zuvorzukommen. Sie wollte ihre Anerkennung als Tarif- und Sozialpartner durch den Bahnvorstand sichern, bevor die Einschränkung des Streikrechts Gesetzeskraft erlangte. Diesmal sollte auch das übrige Fahrpersonal in den Vertrag eingebunden werden. Der Bahnvorstand versuchte, mit seiner Verweigerungs- und Hinhaltetaktik der GDL einen Vertrag aufzuzwingen, der den Inhalt der Gesetzesvorlage zur Tarifeinheit für die Bahn praktisch vorwegnahm. Darauf wollte und konnte sich die GDL nicht einlassen. Was ist nun das Ergebnis des Schlichtungsverfahrens?

Interview mit einem Lokführer

Frage: Ihr habt ja mittlerweile eine Reihe von befristeten Arbeitsniederlegungen in dieser Tarifrunde hinter euch. Wie war die Stimmung unter den KollegInnen? Gab es auch Kritik an der Arbeitskampfführung und den Streikunterbrechungen?

Es waren insgesamt 416 Stunden Streik im Güterverkehr und 355 Stunden Streik im Personenverkehr der DB, wo wir als KollegInnen an Stärke gewonnen haben. Denn es waren nicht nur Lokführer, sondern auch Zugbegleiter, Zuggastronomen, Lokrangierführer, Disponenten und Trainer, die sich an den Streiks beteiligt haben. In gemeinsamen Streiklokalen hat sich dadurch auch ein intensiver Erfahrungsaustausch der KollegInnen über die einzelnen DB Unternehmen hinweg entwickelt. Damit entstand auch eine eigene Position der KollegInnen zum Streikfortgang. In mehreren Resolutionen haben allein in Berlin hunderte Streikende einen unbefristeten Streik gegen das DB Management von der zentralen GDL Streikleitung gefordert. Die Streikabbrüche wurden also nicht lautlos hingenommen.

Eine Tarifrunde gewinnt man nicht allein durch Arbeitsniederlegungen. Wichtig ist auch die gesellschaftliche Stimmung. Wie lief die Öffentlichkeitsarbeit, um zum Beispiel die Unterstützung der Fahrgäste zu gewinnen?

Es waren zum Anfang nur einzelne Interviews in der Presse, später waren es sogar Live-Schaltungen im Fernsehen, wo wir unsere Position auch als Streikende in die Öffentlichkeit tragen konnten. Tägliche Aktionen an den Bahnhöfen half zudem, mit den Fahrgästen ins Gespräch zu kommen. Es gab und gibt immer einen wesentlichen Unterschied zwischen der veröffentlichten Meinung und der öffentlichen Meinung der Fahrgäste. Wir haben das Gespräch mit den Fahrgästen nicht gescheut, sondern gesucht, um unsere Position gegenüber der Medienpolitik der Deutschen Bahn überhaupt darstellen zu können. Mehrere Auflagen einer Streikzeitung von unterstützenden Kräften haben uns ebenfalls dabei geholfen. Wichtig war auch, dass wir mit KollegInnen anderer Gewerkschaftern, inkl. EVG, gut vernetzt waren, um so unsere Position als KollegInnen und GewerkschafterInnen der GDL ins Land zu verbreiten.

Auf der hohen Funktionärsebene ist das Verhältnis zwischen GDL und EVG ein feindseliges. Wie sieht es an der Basis aus? Wie haben sich die KollegInnen, die bei der EVG organisiert sind, im Streik verhalten?

Es war und ist zumeist ein solidarisches Verhältnis zwischen den GDL- und EVG-KollegInnen vor Ort während der Streiks. Viele EVG-KollegInnen, auch außerhalb des Zugpersonals, hätten sich zu gerne an den Streiks der GDL beteiligt, denn sie, wir alle, haben die gleichen Arbeitsbedingungen gegen die wir uns zur Wehr setzen wollen. Mit so manchen EVG-KollegInnen ist das Verhältnis enger und solidarischer als zu manch einem Funktionär der GDL.

Ihr seid mit der Forderung nach 5 Prozent mehr Lohn, einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung und einer Verringerung der unzumutbaren Überstunden angetreten. Was ist bei den materiellen Tariffordernungen herausgekommen und wie beurteilst du das Ergebnis?

Es ist wohl ein Novum in der Gewerkschaftsgeschichte, dass die GDL mit einer Forderung von 5% mehr Lohn angetreten ist, aber letztendlich 5,1% mehr Lohn von der DB erhalten hat. Damit hat sich die DB jedoch von den wesentlichen Forderungen nach weniger Arbeitsbelastung beim Zugpersonal freigekauft. Zunächst sollen wir jetzt die Möglichkeit erhalten unsere Überstunden abzubauen, wozu befristet 300 zusätzliche Lokführer eingestellt werden sollen. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Allein bei der Berliner S-Bahn bräuchten wir zusätzlich 200 Lokführer, um die Überstunden abzubauen. Im Jahr 2018 wird dann die Arbeitszeit um 1 Stunde abgesenkt. Das kann man nicht das Ergebnis nennen, für das viele KollegInnen gestreikt haben. Vielmehr war es wieder einmal der Kampf um die gewerkschaftspolitische Anerkennung der GDL bei der DB, mit dem drohenden Tarifeinheitsgesetz im Nacken.

Wurden die Zugbegleiter in den Tarifvertrag aufgenommen? Wie beurteilst du das Ergebnis auf politischer Ebene? Konnte die GDL ihre Funktion als eigenständiger Tarifpartner sichern?

Es ist schon traurig, wenn eine Gewerkschaft hierzulande um den Vertretungsanspruch ihrer Mitglieder im Betrieb kämpfen und streiken muss. Die Zugbegleiter und das gesamte Zugpersonal, welches sich in der GDL organisiert hat, werden nun auch von der GDL tarifpolitisch vertreten. Die Tarifverträge sind nun nicht der Renner, aber der gewerkschaftspolitische Wille der KollegInnen, sich von ihrer Gewerkschaft auch tarifpolitisch vertreten zu lassen, ist nun durchgesetzt worden. Das ist ein Sieg für ein Grundrecht. Damit zeigt sich auch, dass von unserer politischen Gegenseite alles infrage gestellt wird, was laut dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, übrigens auch für Beamte, in diesem Land eigentlich Grundrechte sind. Das Recht zu streiken gehört allen KollegInnen in diesem Land! Doch dieses Recht wird wohl auch weiter von der Regierung und von den Unternehmen und Konzernen mit Füssen getreten. Daher wird der Kampf um das Recht auf Streik weitergehen müssen.

Das materielle Ergebnis sollte nicht der einzige Maßstab für Erfolg oder Misserfolg eines Tarifkampfes sein. Für mindestens genauso wichtig halte ich die politischen Erfahrungen, welche die Beteiligten sammeln konnten und welche Schlüsse sie daraus für die Zukunft ziehen. Was hat sich im Bewusstsein der KollegInnen durch die vielen Streiks seit 2007 verändert?

Die KollegInnen sind in ihrer Mehrheit emanzipierter geworden, wenn es um den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen geht. Sie lassen sich nicht mehr so schnell die Butter vom Brot nehmen. Auch nicht von den Funktionären in den Gewerkschaften. In mehreren Streikversammlungen, die es 2007 so noch nicht gab, haben sie ihre Meinung und ihre Position unter den Streikenden gestärkt. Wesentlich selbstbewusster treten sie jetzt gegenüber Funktionären und Vorgesetzten auf. Sie wissen, dass sie mit ihren Sorgen und Belangen nicht allein sind und selber ihre Grenzen festlegen. Das Motto der letzten Streiktage – »Durchziehen« – sagt deutlich aus, dass ein unbefristeter Streik gegen das Management und gegen die Regierung möglich ist, wenn wir es als KollegInnen in der Gemeinschaft als Gewerkschaft wollen. Auch wenn wir nicht alle materiellen Forderungen erreicht haben, so haben wir dennoch an Streikerfahrung, Stärke und Selbstbewusstsein gewonnen!

Was hat sich in der GDL verändert, deren Führungspersonal ja überwiegend aus dem konservativen Lager, aus CDU oder gar FDP, kommt?

Wir wurden im Streik 2007 erstmals gefordert. Einige von uns blieben gewerkschaftlich aktiv und haben sich auch politisch engagiert. Wir haben begonnen, Treffen, Veranstaltungen und beispielsweise Sommerfeste zu organisieren, damit wir uns aus den verschiedenen Bereichen bei der Bahn besser kennenlernen und austauschen können. Die Probleme, die alle Beschäftigten der Bahn haben, kön-

nen nur gemeinsam gelöst werden. Aus den GDL-Gremien hatten wir nur wenig oder gar keine Unterstützung. Nach dem Tarifabschluss sollte wieder Ruhe einkehren in der GDL.

Unsere Aktivitäten haben sich gelohnt. So gab es während des letzten Streiks ein gemeinsames Streiklokal für alle KollegInnen in Berlin, nicht wie früher, wo sich jede Ortsgruppe getrennt getroffen hat. Auch in vielen Ortsgruppen gab es Veränderungen. So wurden passive Vorstandsmitglieder, die eigene Aktivitäten von KollegInnen nicht gern sahen und nicht unterstützt, sondern behindert haben, bei den letzten Vorstandswahlen nicht mehr gewählt. Sie wurden durch aktive und kämpferische Mitglieder ersetzt.

Die GDL-Führung hat erkannt, dass sie von der CDU/FDP keine Rückendeckung erhält, wenn es in einer Auseinandersetzung um politische Fragen wie die Tarifeinheit geht. So sind führende GDL-Funktionäre unausgesprochene Bündnisse mit linken Organisationen eingegangen, die sie selber 2007 noch als Teufelszeug beschimpft haben. Ein Beispiel ist die Streikzeitung während der letzten Arbeitsniederlegungen. Eigentlich eine gute Sache, weil der GDL-Vorstand keine vernünftige Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat. Leider beschränkten sich die linken Macher der Streikzeitung auf ihren Kontakt mit der Führung, die Basis und die Streikaktivisten kamen dort nicht zu Wort, wurden nicht einbezogen. Diese Linken fühlten sich durch die Zusammenarbeit mit den GDL-Instanzen mit den Arbeitern verbunden, was dadurch noch lange nicht der Fall war und ist. Die GDL-Führung hat dies zu nutzen versucht, um die wachsende kämpferische und eigenständige Haltung unter ihren Mitgliedern einzufangen.

Dass nun die Lokführer, wie auch die Piloten und/oder Ärzte als bisher noch relativ gut bezahlte »Mittelschicht« unter den Beschäftigten in diesem Land zur Ader gelassen werden sollen, ist das Ziel der Regierung mit ihrem Tarifeinheitsgesetz. Die GDL hat sich dem anfänglich kämpferisch entgegengestellt. Als sie jedoch ihren Deal einer tarifpolitischen Anerkennung innerhalb des DB-Konzerns machen konnte, haben es die Verhandlungsführer genutzt, um nun wieder Sozialpartner der DB zu werden.

Die Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte durch die Bundesregierung und der Angriff auf die »Mittelschicht« in den Betrieben ist damit weder bekämpft noch ausgeräumt worden. Diesen Kampf müssen wir nun in unseren Betrieben als Gewerkschaftsaktivisten selber angehen. Wir werden uns aus der Notwendigkeit heraus, wirkungsvoll für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen, von der Führung der GDL abkapseln. Denn die KollegInnen wollen keine Sozialpartnerschaft mit den Unternehmen, sondern ein entscheidendes Mitspracherecht in ihrer Gewerkschaft und im Betrieb, wenn es um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen geht.

5.8.2015 ■☻

Bisher in der Arbeiterpolitik erschienene Artikel zur Bahn und zur Tarifeinheit:

Wenn zwei sich streiten … /Arbeitskampf bei der Reichsbahn (ex-DDR 1991), **5/1991**

Die Bahnreform bedroht die Arbeitsplätze Tausender Eisenbahner/Erster Widerstand gegen die Bahnreformpläne, **5/1993**

Privatisierungen und Kapitalinteressen/Wohin fährt die Bahn?, **Sonderausgabe zu Bahn, Post und Öffentlicher Dienst, 22. Februar 2003**

Hammer oder Amboss sein … /Eisenbahner auf dem Weg zur Schlachtbank, **3/2006**

Vom Arbeitskampf zur politischen Kraftprobe/Streiks der Lokführer und des Fahrpersonals/GDL contra Transnet/Tarifkonflikt und Bahnprivatisierung/Vor 85 Jahren: Zum Streik der Eisenbahner 1922 (mit Hinweis auf Broschüre von Paul Frölich) und weitere Artikel zum Thema, **4/2007**

Nach der Privatisierung der britischen Eisenbahn/Brief aus England, **1/2008**

Die Tarifauseinandersetzung zwischen der GDL und der Deutschen Bahn AG/Wir haben gewonnen, aber nur an Erfahrung – Stellungnahme eines GDL-Kollegen/Haben wir gelernt? – Leserbrief aus Leipzig, **2/2008**

Die Legende von der Interessenvertretung der Eisenbahnbeschäftigten/Transnet, **3/2008**

Gewerkschaften und Unternehmer sind sich einig/Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts (»Tarifeinheit«), **4/2010**

Taktik der Bahnunternehmer. Aufspalten, isolieren und ins Leere laufen lassen, Gesetzesinitiative zur »Tarifeinheit« begraben – Kurs der Kooperation wird fortgesetzt, **3/2011**

Arbeitskampf der GDL wird zur Kraftprobe um das Streikrecht **4/2014**

KollegInnen der GDL auf der Demonstration in Frankfurt /Main, 18.4.2015 »Ein Streikrecht für uns alle! Kein Tarifdiktat über uns alle!«

■ FRANKFURT AM MAIN

Demonstration gegen die Einschränkung des Streikrechts

Zwei Demonstrationen trafen sich am 18. April 2015 in Frankfurt am Main: eine bundesweite gegen die Bedrohung des Streikrechts durch das sogenannte Tarifeinheitsgesetz der CDU/SPD/CSU-Koalition und eine von vielen europäischen Kundgebungen (in 750 Städten, davon 230 in Deutschland) gegen das EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP. Beide umfassten nach Veranstalterangaben jeweils etwa 1000 Menschen, was in beiden Fällen wohl deutlich übertrieben war. Dafür stimmte die Planung: Nach Abschluss der Auftaktkundgebung des Aktionsbündnisses »Hände weg vom Streikrecht – Für volle Aktionsfreiheit der Gewerkschaften!« am Kaisersack beim Hauptbahnhof marschierten die TeilnehmerInnen durch die Innenstadt zu der Mainbrücke »Eiserner Steg« und vereinten sich dort mit den gegen TTIP Protestierenden. Anschließend nahmen sie dort eine gemeinsame Abschlusskundgebung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL), Norbert Quitter, und dem Hamburger Arbeitsrechtler Rolf Geffken vor.

Der Gesetzentwurf sieht bekanntlich vor, eine Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip einzuführen. Zur Anwendung käme dann nur noch der Tarifvertrag der Gewerkschaft, die im jeweiligen Betrieb die meisten Mitglieder hat. Die kleineren Gewerkschaften – gemeint zunächst GDL, Cockpit, UFO, MB – haben damit Streikverbot. Das Streikrecht ist jedoch nicht teilbar, die drohende Einschränkung ist eine vorgezogene Notstandsmaßnahme gegen uns alle.

»Die beste Verteidigung des Streikrechts ist der Streik!«

Quitter ging ausführlich auf den Stand der Tarifverhandlungen, die Verschleppungstaktik der Deutschen Bahn (DB), die offensichtlich mit der Verabschiedung des Gesetzesvorhabens kalkuliere, und auf den zu diesem Zeitpunkt angekündigten erneuten, nunmehr siebten Streik der GDL in dieser Auseinandersetzung ein. Der Bahn gehe es nicht um Konfliktvermeidung zum Wohle ihrer Kunden und »Mitarbeiter«, sondern darum, die Auseinandersetzung zu Lasten der Bahnbeschäftigten und der kampfbereiten Gewerkschaft zu verschärfen. Ziel sei es, die Gewerkschaft solange vorzuführen, bis das Tarifeinheitsgesetz in Kraft sei, um es dann mit ganzer Härte auf das Zugpersonal und die GDL anzuwenden. Quitter forderte die Verteidigung des Streikrechts als eines Grundrechts, das alle Lohnabhängigen angehe, die Solidarität der Gewerkschaften und speziell die Unterstützung der Anliegen der um eine bessere Eingruppierung und Bezahlung streikenden ErzieherInnen. Bei den TeilnehmerInnen der Kundgebung, von denen viele mit Fahnen von ver.di, NGG, GEW, GDL, FAU, aber auch von IG Metall und IGBCE gekommen waren, kam das gut an.

Geffken, einer der 34 UnterzeichnerInnen des Juristenaufrufes gegen das Tarifeinheitsgesetz, nahm eine grundsätzliche Bewertung vor. Das Vorhaben der Regierungskoalition sei verfassungswidrig. Das Streikrecht sei im Grundgesetz verankert (Artikel 9, Absatz 3: »*Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereine zu bilden, ist für jedermann und alle Berufe gewährleistet.*«). Auch internationale Vereinbarungen wie die Europäische Sozialcharta und die Europäische Menschenrechtskonvention erkennen das an. Es werde jedoch nicht reichen, sich auf eine Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht zu verlassen (bedrohte Gewerkschaften wie GDL, Cockpit und Marburger Bund wollen eine Klage einreichen, falls und sobald das Gesetz in Kraft tritt). Vielmehr müsse man das in die eigenen Hände nehmen. Die beste Verteidigung des Streikrechts, so Geffken, sei der Streik.

Die Bundesverbände der gegen das Gesetzesvorhaben opponierenden Gewerkschaften, ver.di, GEW, NGG, sammeln seit Monaten Unterschriften im Internet gegen den Gesetzentwurf, der am 4. Mai Thema einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales sein wird. 80000 Unterschriften (Stand 22.4.2015) sollen inzwischen eingegangen sein, gemessen an der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nicht gerade viel. Zur Teilnahme an der Kundgebung, geschweige denn zu eigenen Aktivitäten, haben sie nicht aufgerufen. Zwar gab es Beschlüsse einzelner Gliederungen, z. B. des ver.di-Landesbezirksvorstandes von Nordrhein-Westfalen, den ver.di-Bundesvorstand aufzufordern, Demonstrationen zu organisieren, doch dieser lehnte ab mit der Begründung, man befürchte eine zu schwache Teilnahme und würde dem – papierenen – Protest damit einen Rückschlag versetzen. In Wahrheit dürfte dabei eine Rolle gespielt haben, dass Bsirske und seine Vorstandskollegen sich nicht mit DGB, IG Metall und den anderen überwerfen wollten, die den Gesetzentwurf unterstützen. Schon 2012 hatte es ja eine Einigung von DGB und BDA (Arbeitgeberverbände) gegeben, eine gesetzliche Regelung der »Tarifeinheit« zu fordern. Nur durch internen Protest aus Mitgliedschaft und Untergliederungen sah sich der ver.di-Bundesvorstand schließlich gezwungen, davon Abstand zu nehmen. Bei dieser Haltung ist er dann immerhin geblieben. Es ist aber nicht überraschend, dass er sich kein Bein ausreißt, um den Protest in die Betriebe und auf die Straße zu bringen.

Die vier DGB-Gewerkschaften, die den Gesetzentwurf unterstützen, und der Dachverband selbst haben also leichtes Spiel. Just am Tag der Demonstration in Frankfurt verkündeten die Vorsitzenden von IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG zusammen mit DGB-Chef Rainer Hoffmann ein »Kooperationsabkommen« zur Abgrenzung ihrer Organisationsbereiche und zur Regelung daraus resultierender Konflikte. Interessant war, wer nicht dabei war: ver.di, GEW, NGG, GdP. Mit der großen, breit aufgestellten Gewerkschaft ver.di haben alle vier Kooperierenden viele Überschneidungs- und Konfliktfelder. Schon bisher gibt es dafür Regeln unter dem Dach des DGB. Aber politische Differenzen scheinen mehr denn je den Umgang miteinander zu bestimmen. Die IG Metall hat unter dem Vorsitz von Dieter Wetzel mittlerweile einen Rechtsruck vollzogen, der die einstmals als kämpferisch geltende Gewerkschaft (man erinnere sich

an die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche 1984) mehr und mehr ins Fahrwasser des strikten Comanagements gezogen hat – eine Entwicklung, die an das erinnert, was sich in der IGBCE vor mehr als vierzig Jahren vollzogen hat.

Wenn aber die Gewerkschaftsvorstände selbst nicht zur Demonstration aufrufen, müssen die Umstände schon sehr spezifisch sein, eine starke Stimmung und Wut vorhanden sein, damit die Mitgliederbasis massenhaft einem Demonstrationsaufruf Folge leistet, wenn er denn von anderer Seite kommt. Dies ist nicht der Fall, offenbar wird der Anschlag auf das Streikrecht in weiten Teilen der Mitgliedschaft nicht als konkrete Bedrohung wahrgenommen.

Aufgerufen hat seit Monaten nur ein kleines Bündnis von linken GewerkschaftsaktivistInnen und ihren nur in einschlägigen Kreisen bekannten Organisationen: das Aktionsbündnis »Hände weg vom Streikrecht – Für volle Aktionsfreiheit der Gewerkschaften!«, dem z.B. die »Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken«, die »ver.di-Linke NRW«, die FAU, das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften, das »Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di«, die »Neue Antikapitalistische Organisation« angehören, um nur einige zu nennen. Solche Versuche sollten nicht kleingeredet werden, aber das wird so nicht reichen. Wesentlicher ist, was aus den Lokführer- und Pilotenstreiks u. a. wird, die derzeit die belebenden Kraftreserven von Abwehraktionen darstellen, und wie die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht begleitet werden können, die von GDL, DBB, Cockpit, Marburger Bund u. a. vorbereitet werden.

Weitere Bedrohungen

Es wird bei dem jetzigen Entwurf des Tarifeinheitsgesetzes nicht bleiben, sollte dieser umgesetzt werden. Aus dem Wirtschaftsflügel der CDU im Bundestag liegt schon ein neuer Plan vor. Demnach will man sich nicht damit begnügen, dass kleinere Gewerkschaften im Betrieb den von der größeren Organisation ausgehandelten Tarifvertrag akzeptieren muss, sondern weiter gehen und schon Streiks verbieten, die nach der künftigen Rechtslage keine Aussicht haben, ein Ergebnis zu erzielen. Und wenn man schon dabei ist, soll auch das Streikrecht für bestimmte Berufsgruppen, nämlich die in der Daseinsvorsorge wie Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft, Versorgung mit Energie und Wasser, Feuerwehr, Erziehungswesen, medizinische Versorgung, Geldverkehr, generell eingeschränkt werden. Für diese sollen »spezifische Verfahrensanforderungen« vorgeschrieben werden, z.B. Ankündigungspflicht von vier Tagen, Aufrechterhaltung von »Notdienstarbeiten«, obligatorisches Schlichtungsverfahren nach Scheitern von Tarifverhandlungen und eine Urabstimmung mit einem Quorum von 50 Prozent.

In dem Papier heißt es wörtlich: »*Die Unzulässigkeit von Arbeitskampfmaßnahmen zur Durchsetzung eines nicht anwendbaren Tarifvertrags sollte im Gesetz selbst geregelt werden – und nicht in der Begründung versteckt werden. Alles andere wäre eine Mogelpackung.*« Das ist eine klare Kampfansage. Sie trifft auf völlig unzureichend vorbereitete DGB-Gewerkschaften.

22.4.2015 ■

■ DAIMLER, WERK BREMEN

Bekommen die Abgemahnten gewerkschaftlichen Rechtsschutz?

Wir berichteten in der Arbeiterpolitik 1/2 vom 14. März 2015 über die Folgen einer spontanen Arbeitsniederlegung bei Daimler Bremen im November 2014 (www.arbeiterpolitik.de). Während einer Nachtschicht hatten ca. 1300 Kollegen die Arbeit niedergelegt und vom BR und der GL Auskunft verlangt über bevorstehende Sonderschichten und Ausgliederungen aus der Logistik-Abteilung an Subunternehmen. Diese spontane Aktion war nicht die erste in diesem Werk, sie wurde aber von der Werksleitung mit einer verschärften und konfliktsteigernden Reaktion beantwortet: Abmahnungen für 761 Kollegen. Dazu wurde der BR-Vorsitzende Michael Peters vom Weser-Kurier (21.April 2015) interviewt, er sagte: »Wir haben zusammen mit der IG Metall den Arbeitgeber aufgefordert, die Abmahnungen zurückzunehmen. Die Werkleitung lehnt Gespräche darüber strikt ab. Wir bleiben aber dabei: Die Informationsveranstaltungen sind wichtig und berechtigt.« Frage: Steht der BR denn geschlossen hinter den Protesten? Peters: »Selbstverständlich. Genauso wie die IG Metall«

Allein, bisher blieb es von dieser Seite bei unverbindlichen Aussagen für die Presse. Innerhalb der IG Metall wurde die Frage der Rechtmäßigkeit von spontanen Zusammenkünften im Werk nicht angeschnitten, geschweige denn die politischen Folgen für die Aktionsfähigkeit für die – besser: für alle Gewerkschaften – IG Metall. Sollte der Unternehmer seine Auffassung beibehalten dürfen, die Abmahnungen nicht zurücknehmen, bahnt sich hier ein Grundsatzkonflikt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften an. Da die IG Metall die von Abmahnungen betroffenen Kollegen bisher im Regen stehen läßt und keinen Rechtsschutz gewährt, haben inzwischen 33 Kollegen Klage gegen ihren Unternehmer auf Rücknahme der kollektiven Abmahnungen eingereicht. Dazu gab es inzwischen einen Gütetermin vor dem Bremer Arbeitsgericht (10. Juli), der scheiterte. Die von den Abgemahnten engagierten vier Rechtsanwälte Hopmann, Niemerg, Heinecke und Platow verstehen den Konflikt ebenfalls als einen grundsätzlichen, der weit über die IG Metall hinausgeht und das Arbeitskampfrecht in der BRD als in dieser Frage völlig realitätsfernes offenlegt. Die eigentliche Verhandlung soll in Bremen am 16. Februar 2016 sein, evtl. eher. Sie wollen deshalb zusammen mit den Klägern notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen, dort seien die Aussichten gut, dem deutschen Recht Beine zu machen und es an die betriebliche Realität in Europa anzupassen.

Dieser in jeder Beziehung zu unterstützende Weg ist der Weg durch die Gerichtssäle. Es fehlt noch die solide Basis dafür, das ist der Weg durch die Betriebe und die Gewerkschaften. Noch überwiegt Passivität in dieser Frage. Aber vielleicht ringen sich doch noch einige Metaller dazu durch, zunächst den am 18. Oktober beginnenden Gewerkschaftstag der IG Metall dazu zu nutzen, den formal-juristischen Argumenten der Vorstandsetagen mit aller Deutlichkeit entgegenzutreten. Ein kleiner Anfang ist gemacht: Auf labournet findet sich ein Offener Brief an die IG Metall, der um Unterzeichnung wirbt:

8. Juli 2015

Offener Brief an den Bundesvorstand der IG Metall in Frankfurt und den Ortsvorstand in Bremen

Mehr als 760 Abmahnungen im Werk Daimler-Bremen!

Kein Rechtsschutz von der IG Metall ? Wir verlangen Revision Eurer bisherigen Entscheidung.

In der Nachtschicht vom 11. auf den 12. Dezember 2014 informierten sich mehr als 1.300 Kolleginnen und Kollegen beim Betriebsrat über die geplante Fremdvergabe von Arbeit – zu wesentlich schlechteren Bedingungen natürlich. Während die Beschäftigten ihr Recht auf Information wahrnahmen, ruhte die Produktion. Mehr als 760 dieser Kolleginnen und Kollegen wurden abgemahnt, weil sie sich während der Arbeitszeit versammelt und danach die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten, so die Vorwürfe der Geschäftsleitung.

Mit Entsetzen müssen wir nun zur Kenntnis nehmen, dass die IG-Metall den Betroffenen den Rechtsschutz verweigert, weil ein Rechtsstreit *»keine Aussicht auf Erfolg«* hätte (»Kopfstütze«, Betriebszeitung der IG-Metall Bremen für die Beschäftigten der Daimler-AG, April 2015).
Der Beschluss des Ortsvorstandes vom 3. Juli sagt nun unter anderem: *»Rechtsschutzantrag muß durch das Mitglied persönlich gestellt werden ... Antrag persönlich und vollständig auszufüllen und zu unterschreiben ... satzungsgemäße Voraussetzungen sind zwingend ... von jedem Kollegen einzeln benannt werden, welchen Rechtsanwalt er wann mit seiner Vertretung beauftragt hat ... Der Rechtsschutz muss in jedem Fall – schon ab der 1. Instanz – vom Vorstand vor Beauftragung des Anwalts gewährt worden sein. Sonst scheidet grundsätzlich auch die Kostenübernahme durch die IG Metall aus«*
Erinnern wir uns: Mit derselben Begründung hätte der Kassiererin »Emmely« von ihrer Gewerkschaft ver.di der Rechtsbeistand verweigert werden können. Ebenso der Altenpflegerin und Whistleblowerin Brigitte Heinisch, die gegen ihren eigenen Chef Strafanzeige erstattete. Die ver.di-Rechtsabteilung beim Bundesvorstand verweigerte diesen Kolleginnen den Rechtsbeistand nicht und gewährte sogar weit über die satzungsgemäßen Pflichten hinaus Rechtsschutz. »Emmely« gewann vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt, Brigitte Heinsch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Mit dem Rechtsanwalt ihrer Wahl! (»Emmely und die Folgen«, 2012, VSA-Verlag). **Beide erstritten maßgebende Urteile im Sinne der gesamten Gewerkschaftsbewegung und im Interesse alle Lohnabhängigen.**

Unser betrieblicher Alltag sagt: Wir haben die größten Probleme, unseren eigenen Kolleginnen und Kollegen zu erklären, wofür sie monatlich einen Gewerkschaftsbeitrag zahlen sollen, wenn ihre Organisation sie in der Stunde der Gefahr im Stich lässt!
Mehr als 760 Abmahnungen sind in jedem Fall ein Politikum! Der Kampf der Kolleginnen und Kollegen bei Daimler/Bremen gegen Fremdvergabe, Leiharbeit und prekäre Arbeitsbedingungen ist mehr als berechtigt! Hier handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Problem ersten Ranges. Es geht auch um die Arbeitsbedingungen unserer Kinder und Enkel!

Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben jede finanzielle und vor allem politische Unterstützung von ihrer und allen anderen Gewerkschaften in Deutschland verdient.

Auf der Pressekonferenz am 04. Mai 20015 im Bremer Gewerkschaftshaus hatten die Anwälte Benedikt Hopmann (Berlin), Reinhold Niemerg (Berlin), Gabriele Heinecke (Hamburg) und Helmut Platow (Berlin) erklärt, dass es bei der Klage letztendlich auch um die Frage des Streikrechts in Deutschland geht, dessen restriktive Auslegung internationalem Recht widerspricht und die deshalb auch vom »Ministerkomitee des Europarats« gerügt worden ist. Sie erklärten ihre Entschlossenheit, diese Frage auch vor dem Europäischen Gerichtshof klären zu lassen, falls die Klage auf nationaler Ebene scheitern sollte.

Um die klagenden Kollegen mit den Gerichtskosten nicht allein im Regen stehen zu lassen,
wurde vorläufig ein Solidaritätsfond eingerichtet:
Anja Luers, Berliner Volksbank, IBAN DE67 1009 0000 5650 0040 02,
Stichwort/Verwendungszweck: STREIKRECHT.

An den Ortsvorstand Bremen und an den Hauptvorstand IG Metall stellen wir die Forderung: Versteckt Euch nicht hinter Formalien, die angesichts der bundespolitischen Bedeutung dieses Angriffes der Daimler-Geschäftsleitung kleinkariert wirken. Die IG Metall und alle anderen bundesdeutschen Gewerkschaften können – zumindest juristisch – nur an Ansehen gewinnen, wenn sie sich jetzt konsequent hinter die abgemahnten Bremer Kolleginnen und Kollegen stellen und die Abwehr der Abmahnungen zu ihrer Sache machen. Und deshalb Rechtsschutz gewähren.

*Folgen die Unterschriften von 21 Erstunterzeichnern und bisher ca. 3*5 *weiteren Unterzeichnern.*
Die Erstunterszeichner fordern alle Metaller, alle Gewerkschafter auf, unsere Forderung durch Weiterverbreitung und Unterzeichnung dieses Offenen Briefes zu unterstützen. Sendet Namen, Gewerkschaftszugehörigkeit und evtl. Funktion an die Mail-Adresse: **solidaritaet-daimler-bremen@t-online.de**

Über die weitere Entwicklung werden wir im labournet berichten unter:
Branchen/Automobilindustrie/Daimler/Bremen

Tarifkonflikt bei der Post endet mit krachender Niederlage von ver.di

Nach 29 Tagen Streik bei der Deutschen Post AG, dem längsten Arbeitskampf, den es je bei der Post gegeben hat, erzielte die Verhandlungskommission des Fachbereichs 10 von ver.di mit dem Unternehmen einen Abschluss. Seitdem fragen sich die 32.000 an dem Ausstand beteiligten KollegInnen, wofür sie denn die Arbeit niedergelegt haben. Denn das Ergebnis der Tarifverhandlungen hat mit den ursprünglichen Forderungen nur wenig zu tun.

Vorgeschichte

Bei der Post waren in diesem Jahr zwei Tarifrunden zu absolvieren[1]. Der Entgelttarifvertrag, der zum 31. Mai gekündigt werden konnte, musste verhandelt werden. Und Ende des Jahres stand die Fortschreibung des sog. »Beschäftigungspaktes«, der aus diversen Abmachungen und Tarifverträgen besteht, auf der Tagesordnung.

Ist es für eine Gewerkschaft schon schwierig, in einem Jahr zwei Tarifauseinandersetzungen zu führen, so verkomplizierte sich die Lage noch, als Anfang des Jahres die Post bekannt gab, sie werde in allen 49 Niederlassungen Delivery-Gesellschaften gründen. In diese wolle sie alle bisher befristet bei der Post beschäftigten Paketzusteller unbefristet übernehmen.

Damit machte das Unternehmen unmissverständlich klar, dass zukünftig das Paketgeschäft in der sog Muttergesellschaft ein Auslaufmodell sein würde und der Haustarifvertrag für neu eingestellte Paketzusteller nicht mehr gelten werde.

Die KollegInnen in den Delivery-Gesellschaften würden nach den jeweils regional gültigen Speditions- und Logistiktarifverträgen bezahlt werden. Diese Tarifverträge enthalten nicht die in den Entgelttabellen des Haustarifvertrages Post vorhandenen Dienstzeitstufen, die sechs- bis siebenmal im Berufsleben im Abstand von zwei Jahren eine tabellenwirksame Erhöhung des Lohnes vorsehen. Während etwa der SpedLog Tarifvertrag von Berlin[2] nur zwei Seiten umfasst, füllen allein die Regelungen zum Entgelt- und Manteltarifvertrag bei der Post eine Broschüre mit über 100 Seiten.

Ver.di wird vorgeführt

Die Entscheidung des Unternehmens zur Gründung neuer Paketzustellfirmen war eine wohl kalkulierte Provokation der Gewerkschaft. Denn mit dieser Entscheidung brach das Unternehmen den zuletzt 2013 mit ver.di geschlossenen Vertrag zur Beschränkung der Fremdvergabe von Zustellleistungen. Danach durfte die Post maximal 990 Paketzustellbezirke an Fremdfirmen[3] ausgliedern.

Dieser Vertrag, der auch den Verzicht auf Fremdvergabe im Zustellbereich Brief enthält, ist jedoch kein Tarifvertrag, sondern ein schuldrechtlicher. Er enthält keine Regelungen, wie im Fall eines Vertragsbruches zu verfahren ist. Ähnliche Verträge zwischen Post und ver.di gibt es zur Fremdvergabe im Fahrdienst und zum Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.

Um die Post zu solchen Zusagen zu bewegen, hatte ver.di bestimmte Regelungen des 2003 abgeschlossenen Entgelt- wie des Manteltarifvertrages befristet außer Kraft gesetzt. So sind z. B. zwei Arbeitszeitverkürzungstage weggefallen, die bezahlten Pausen verringert und die Überstundenzuschläge bei den Zustellern ausgesetzt worden. Ferner wurde 2011 eine Dienstzeitstufe 0 eingeführt, die eine Absenkung der Einstiegsgehälter um 4% vorsieht. Der Preis, den ver.di für die schuldrechtlichen Verträge zahlen musste, wurde von Tarifrunde zu Tarifrunde höher.

Die Zugeständnisse von ver.di waren in separaten Verträgen niedergelegt. Sie hatten den Charakter von Tarifverträgen. Sie waren bis zum Ende der vereinbarten Laufzeit nicht kündbar. Immerhin bestand bis Ende 2015 zwischen den schuldrechtlichen Verträgen und den Vereinbarungen über Einschnitte bei Entgelt- und Manteltarifvertrag die gleiche Laufzeit.

1 Vgl. dazu auch ‚ver.di vor schwierigen Tarifrunden bei der Post', Arpo 1-2' 2015

2 In Berlin-Brandenburg gibt es einen Tarifvertrag für Berlin West und einen für Berlin Ost sowie zusätzlich noch einen für Brandenburg. Für alle drei ist der Bezirk Berlin-Brandenburg von ver.di auf der Gewerkschaftsseite zuständig. Die Post hat gönnerhaft verkündet, sie wolle auch für Berlin Ost und für Brandenburg den etwas besseren Westtarif anwenden. Auch wenn die Tarife sich nicht gravierend voneinander unterscheiden, ist interessant, dass die Unternehmer wegen kleinerer Vorteile die Verhältnisse von vor 1989 zäh auf dem Feld der Tarifpolitik verteidigen.

3 Zu denen gehören auch Unternehmen des Konzerns

Die Post hatte bereits in den letzten Jahren den Vertrag zur Fremdvergabe strapaziert. So hielt sie sich zwar an die Vorgabe, nur 990 Zustellbezirke fremd zu vergeben, veränderte bei diesen aber die Bemessung für die Zustellleistung. Es wurden so schätzungsweise 20-25% mehr Zustellbezirke fremdvergeben als vertraglich zulässig war. Nach Bekanntwerden des Vertragsbruches beließ es ver.di bei verbalen Protesten.

Ebenso zurückhaltend reagierte ver.di, als die Post im Jahre 2014 begann, bei Neueinstellungen und Vertragsverlängerungen in den Betriebsbereichen nur noch befristete Arbeitsverträge anzubieten. Den Höhepunkt erreichten die Befristungen zum Jahresende 2014 als 14.000 KollegInnen davon betroffen waren. Die meisten arbeiteten im Paketbereich, weil der durch das schnell wachsende Geschäft besonders viele Neueinstellungen benötigte. Auch hier gab es außer Resolutionen und Presseerklärungen keine nach innen oder außen gerichteten gewerkschaftlichen Aktionen.

Der Angriff, den die Post mit der Gründung der Delivery-Gesellschaften auf den Haustarif startete, war allerdings nicht der erste. Mindestens zweimal hatte ver.di schon separaten Tarifverträgen für Unternehmensbereiche zugstimmt, die eigentlich in den Haustarifvertrag gehört hätten. Einmal betraf es den DHL HUB Leipzig[4], zum anderen die DHL Home Delivery[5]. Nun waren bei beiden die Ausgangsbedingungen schwierig. Immerhin konnte ver.di hier noch Haustarifverträge abschließen. Sie hat sich allerdings in den letzten Jahren nicht bemüht, beide Bereiche in die DHL zurückzuführen.

Ver.di reagiert endlich

Als die Post im Januar in ihren 49 Niederlassungen Delivery-Gesellschaften gründete, schrillten bei ver.di die Alarmglocken.

Sie kündigte Mitte März den Vertrag über die Wochenarbeitszeit. Bei diesem gab es nur eine einmonatige Kündigungsfrist. Von der Arbeitszeitfrage waren alle Tarifkräfte betroffen, so dass sich hierüber eine breite Mobilisierung erreichen ließ. Der Vertragsbruch sollte mit einer zweieinhalbstündigen Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen werden.

Erstaunlicherweise reagierte die Post sofort und bot ver.di Gesprächsrunden über die Forderung an. Sie machte einige Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung, behielt sich aber vor, diese erst zu präzisieren, wenn die Lohnforderung der Gewerkschaft bekannt sei.

Die Konzerntarifkommission beschloss dann im Mai, eine Erhöhung der Entgelte um 5,5% zu fordern. Doch auch jetzt konkretisierte die Post ihr Angebot nicht. Die Tarifgespräche plätscherten vor sich hin, ohne dass Fortschritte erzielt wurden. Offensichtlich wollte die Post die Verhandlungen hinauszögern und erst im Sommer zur Ferienzeit den Konflikt eskalieren lassen.

Da die Monate Juli und August für einen Streik bei der Post die denkbar schlechtesten sind, musste ver.di reagieren. Unmittelbar nach Ende der Friedenspflicht für den Entgelttarifvertrag ging sie in die Offensive. Sie schlug der Post einen komplexen Abschluss für alle im Jahre 2015 auslaufende Verträge vor, also auch für die Regelungen des »Beschäftigungspaktes«.

Erstmalig ließ sie öffentlich erkennen, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Arbeitszeitverkürzung und den Delivery-Gesellschaften gab. Nur wenn diese aufgelöst und alle bisher dort Beschäftigten in den Haustarifvertrag zurückgeführt würden, werde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung fallen gelassen. Als Ausgleich dafür bot sie der Post an, für 2015 auf eine Lohnerhöhung zu verzichten und zukünftig alle bei der Post neueingestellten Beschäftigten, also auch die im Briefsektor arbeitenden, nach einem verändertem Entgeltsystem zu bezahlen. Danach sollten die bisher auf zwei Jahre ausgelegten Dienstzeitstufen innerhalb einer Lohngruppe auf drei Jahre gestreckt werden und zudem in den unteren Lohngruppen die jeweils höchste Dienstzeitstufe wegfallen. Die Eingangsstufe 0 sollte nicht, wie derzeit, nur befristet gelten, sondern unbefristet in die Lohntabellen übernommen werden.

Die Post ließ das auf drei Tage befristete Ultimatum für die Annahme des Angebots kommentarlos verstreichen, so dass wenige Tage später die Konzerntarifkommission den unbefristeten Streik für Montag den 08.06.2015 ab 16.00 ausrief. Die beiden zentralen Forderungen lauteten: »Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich« und »lineare Erhöhung der Entgelttabellen um 5,5% bei einer Laufzeit von zwölf Monaten«. Die Regelungen zum »Beschäftigungspakt« waren nicht Teil des Forderungskatalogs. Sie konnten erst zum Jahresende neu verhandelt werden und schon allein deshalb keine streikfähigen Ziele. Da eine Urabstimmung den Streikbeginn um etwa zwei Wochen verzögert hätte und ver.di dann vor Beginn der Urlaubssaison den Streik kaum hätte zuspitzen können, verzichte der Fachbereich auf sie.

Streik ohne Konzept

Schon die bisherigen sechs Gesprächsrunden zwischen ver.di und der Post waren von Streiks begleitet. Der Schwerpunkt lag im Zustellsektor. In einigen Regionen wie in Berlin und Kiel gab es bis zu viertägige Ausstände. Bei diesen war schon erkennbar, dass die Bereitschaft der KollegInnen zur Unterstützung der Forderungen von ver.di recht hoch war. Die mehrtägigen Arbeitsniederlegungen beeinträchtigten den Betriebsablauf der Post erheblich. Die Aufarbeitung der Streikfolgen dauerte mehrere Tage.

Doch wer geglaubt hatte, mit der Erklärung zum unbefristeten Streik werde ver.di jetzt durchstarten und den Konflikt in wenigen Tagen eskalieren, sah mit Verwunderung, dass sich die zentrale Arbeitskampfleitung (ZAKL) dafür Zeit nahm. Erst nach über drei Wochen erreichte der Streik seinen Höhepunkt. Der Post blieb so viel Zeit, sich auf die nächsten Schritte von ver.di vorzubereiten, Erfahrungen zu sammeln und die Streikfolgen zu minimieren.

Weshalb ver.di den Streik im Schneckentempo hochfahren ließ, obwohl der Vorstand ja selbst an einer Entscheidung noch im Juni interessiert war, ist schwer nachvollziehbar. Ein Grund dürfte sicher gewesen sein, dass die Tarifabteilung, die eher aufs Tempo drückte und die ZAKL, die den Streik organisierte, personell getrennt waren. Bei letzterer schien die schlichte Auffassung vorzuherrschen, dass allein eine Arbeitsniederlegung schon den Arbeitgeber beeindrucken könne. Auch hatte die ZAKL wohl keine Vorstellung davon, wie die Post wirtschaftlich getroffen werden kann. So ist bekannt, das Amazon, der größte Paketkunde der Post, dem Unternehmen schon seit Jahren droht, eigene Zustelldienste aufzubauen, falls die Leistung zu wünschen übrig lasse. Die Post hat sich deshalb gegenüber Amazon verpflichtet, über 99% der Paketsendungen ‚Amazon Prio' bereits am Folgetag der Auflieferung zuzustellen. Ähnlich privilegierte Beziehungen mit vergleichbaren Verträgen gibt es auch mit anderen Unternehmen.

4 Vgl. *Kurzer Prozess*, Arpo 1-2 '2015

5 Die DHL Home Delivery ist aus dem Zusammenbruch des Quelle-Konzerns hervorgegangen. Sie ist vor allem im Bereich des Teleshoppings und Online-Handels tätig. Sie liefert u. a. konfektionierte Waren aus. Das Unternehmen bietet schon seit längerem Dienstleistungen im Bereich der Paketzustellung an.

Antworten von KollegInnen auf die Propaganda der Post

Auch bleibt im Dunkeln, warum die ZAKL mit den Briefzentren begann und nicht mit den Paketzentren. In den Briefzentren hat derzeit ein Streik die geringste Wirkung. Die meisten Tätigkeiten sind schnell ersetzbar, durch Vorgesetzte, Abrufkräfte oder befristete KollegInnen. Der Fahrdienst ist weitgehend privatisiert, so dass von dieser Seite wenig Druck auf die Post ausgeübt werden kann.

Die Paketzentren wurden erst nach zweieinhalb Wochen in den Streik einbezogen. Während bei Rückständen im Briefsektor die Lagerung von nicht zugestellten Sendungen noch einigermaßen einfach zu lösen ist, ist dies im Paketsektor schon deutlich schwieriger umzusetzen. Die Paketzentren sind auf Durchlauf konzipiert. Selbst eine halbe Stunde Unterbrechung in der Paketbearbeitung führt in den Kernbearbeitungszeiten schon zu schwer lösbaren Problemen. Lagerflächen vor Ort gibt es praktisch nicht. Und stockt die Bearbeitung über längere Zeit, müssen rückständige Sendungen in Containern, Zelten oder angemieteten Lagerflächen untergebracht werden. Dies ist teuer und führt zu einem erheblichen zusätzlichen logistischen Aufwand. Schon nach wenigen Tagen gerät die Post an den Rand des Kollapses. Doch gerade in dem Bereich, in dem ein Streik am effektivsten hätte geführt werden können, begannen die Streikaktivitäten sehr spät.

Die Möglichkeiten von ver.di zur Steigerung des Streiks waren nach etwa drei Wochen erschöpft. Mit 32.000 Kolleginnen hatte sie nur etwa 25% der Tarifbeschäftigten in die Auseinandersetzung einbeziehen können. Bei einem Organisationsgrad von 60% bei ca. 170.00 Beschäftigten dürfte dies, rechnet man die Beamten heraus, nur etwas mehr als ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder gewesen sein.

Klare Ziele der Post

Im Gegensatz zur Gewerkschaft war die Post gut auf die Auseinandersetzung vorbereitet. Teile der Unternehmensspitze unter Führung des Vorstandsmitgliedes für Brief und Paket, Gerdes, hatten nach dem letzten Tarifabschluss von 2013 die Marschrichtung vorgegeben. Es müsse der Haustarif geknackt und darüber die Löhne auf lange Sicht mindestens im Paketsektor abgesenkt werden.

Mit der Ausgliederung eines Teils der Paketzustellung sollten auch die als hinderlich empfundenen Regelungen zur Arbeitszeit flexibilisiert werden. Und schließlich hatte sich der Vorstand vorgenommen, den Einfluss der Gewerkschaft in der Mitbestimmung wie auch bei den Tarifverträgen einzuschränken.

Die Post wählte nicht die direkte Konfrontation mit ver.di, indem sie etwa den Haustarifvertrag frontal angriff. Sie setzte stattdessen auf eine bewährte Strategie. Bei allen strukturellen Verschlechterungen der letzten Jahre wurden die Beschäftigten, die bereits unter den Haustarif fielen, von den Veränderungen kaum berührt. So wurde bereits die drastische Lohnabsenkung bei den Tarifverträgen von 2003 nur für Neueinstellungen wirksam. Ähnlich verfuhr die Post beim Abbau der Fahrdienstleistungen. Hier wurden alle schon beim Unternehmen beschäftigten Fahrer ohne Einbußen im Entgelt weiter beschäftigt, frei werdende Arbeitsplätze dagegen outgesourct. Auch die komplette Aufgabe der Filialen regelte die Post ohne Kündigung und Gehaltseinbußen für die Beschäftigten. Lediglich Versetzungen in andere Bereiche mussten sie wie ein Teil der Fahrer hinnehmen. Auffällig ist, dass die Post die einzelnen Vorhaben nicht gleichzeitig umsetzte, sondern hintereinander abwickelte. Sie vermied so einen Großkonflikt.

Für ver.di entstanden so mehrere Probleme. Die nunmehr fremdvergebenen Dienstleistungen werden von Beschäftigten erbracht, die auch zum Organisationsbereich des Fachbereichs gehören, aber in der Regel nicht organisiert sind und kaum tarifvertragliche Leistungen bekommen. Ver.di erkaufte sich die »Stärke« im Bereich der Post durch Schwächung auf anderen Organisationsfeldern. Besonders haben darunter die jüngeren KollegInnen zu leiden, die immer schlechter abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse akzeptieren müssen.

Im Unternehmen schaffte ver.di mit den Entgelttarifverträgen 2003 zwei Lohnebenen, was ihre Glaubwürdigkeit bei den Mitgliedern nicht gerade förderte. Mit der Etablierung von zwei Lohnebenen in einem Tarifvertrag wurde für alle Postbeschäftigten sinnfällig, dass ver.di nicht einmal dort, wo sie nach eigener Einschätzung stark aufgestellt ist, den früher ehernen Grundsatz der Gewerkschaften »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« durchsetzen konnte.

Diese Schwachstellen von ver.di, den Verzicht auf eine auf den gesamten Fachbereich bezogene einheitliche Tarifpolitik und die Absage an eine kohärente an gewerkschaftlichen Grundsätzen ausgerichtete Politik im eigenen Unternehmen, nutzte die Post auch in diesem Konflikt aus. Sie rechnete damit, dass ver.di auf seine weitreichenden Ziele verzichten und die eigenen Forderungen über Bord werfen würde, wenn an den bestehenden Arbeitsverhältnissen und der Entlohnung nicht kräftig gerüttelt werde.

Auch in juristischer Hinsicht zeigte sich die Post gut vorbereitet. Ihre Unternehmensgründungen ließen sich

mit rechtlichen Mitteln nicht angreifen. Der Vertragsbruch wurde zeitlich so vollzogen, dass eine erfolgreiche Klage erst zu einem Zeitpunkt hätte rechtskräftig werden können, zu dem der Vertrag, dessen Bruch ver.di beklagte, keinen Bestand mehr hatte. Bei diesen Konstellationen sind selbst von der Klageberechtigung der Gewerkschaft überzeugte Richter nur selten bereit, ein Urteil zu fällen, weil eben kein öffentliches Interesse an einer Entscheidung mehr besteht und ein Ausgleich für den Schaden kaum mehr durchsetzbar ist.

Die Post gewann im Zuge der Auseinandersetzung fast alle Klagen der Gewerkschaft, sowohl bei den Fragen zum Beamteneinsatz wie auch bei der Frage der Arbeitsverpflichtung von Beschäftigten aus dem Streik heraus. Der gesetzwidrige Einsatz von Streikbrechern an Sonntagen blieb nahezu ohne Folgen.

Das Unternehmen schöpfte die nach 2002 neu geschaffenen Regelungen zum Einsatz befristeter Kräfte zu seinen Gunsten voll aus. In kritischen betrieblichen Situationen setzte sie sogar Leiharbeitnehmer aus osteuropäischen Ländern ein. Gewerkschaft und Betriebsräte standen diesem Vorgehen hilflos gegenüber. Sie hatten mit solch rücksichtslosen Machenschaften nicht gerechnet.

Schließlich organisierte das Unternehmen intern wie extern eine breit angelegte Kampagne zur Unterstützung ihrer Ziele. Sie bombardierte die Beschäftigten mit Flyern und großformatigen Plakaten. Ein unternehmensinterner Fernsehkanal (PeP-TV) wurde gegründet und mit ihm die Sicht des Unternehmens während der Arbeitszeit vermittelt. Anzeigen in Tageszeitungen wurden mit dem Ziel geschaltet, den Streik als unverhältnismäßig darzustellen Eine Vielzahl von persönlichen Ansprachen von Vorgesetzten kam hinzu, die manchmal an die Vernunft und Einsicht appellierten, z. T. aber auch mit Drohungen und Einschüchterungen arbeiteten. Der Propagandaschlacht des Unternehmens hatte die Gewerkschaft wenig entgegenzusetzen. Sie konnte allein auf die Fähigkeit der KollegInnen vertrauen, sich diesen Zugriffen durch Diskussion und Aufklärung untereinander zu entziehen.

Breite Basisaktivitäten

Als sich der Großkonflikt mit der Post anbahnte und ver.di mit der Kündigung der Tarifverträge zur Wochenarbeitszeit signalisierte, dass sie die Auseinandersetzung aufnehmen werde, bestand unter den Vertrauensleuten und den aktiven Mitgliedern Skepsis gegenüber dem Vorgehen der Gewerkschaft. Die anfängliche Zurückhaltung bezog sich vor allem auf die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung. Sie passte nicht so recht in das gesellschaftliche Umfeld. Ihre Durchsetzung schien mehr als schwierig zu sein. Viele fragten, was denn die Arbeitszeitverkürzung mit der Gründung der Delivery-Gesellschaften zu tun habe.

Es bedurfte einer längeren Überzeugungsarbeit durch die engagierten Vertrauensleute, um den Zusammenhang zwischen dem Vertragsbruch der Post und der Aufstellung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung deutlich zu machen.

Erst in diesen Diskussionen wurde vielen Beschäftigten klar, dass sich auch ihre Situation wenigstens perspektivisch dramatisch verschlechtern könnte, falls sich der Arbeitgeber durchsetzen werde. Der Haustarifvertrag hätte dann nur noch für einen deutlich kleineren Teil der Postler Gültigkeit. Und schließlich sahen alle, dass der Vertragsbruch auch eine Kampfansage an die Gewerkschaft war. Bei aller Kritik, die sie sonst immer bereit waren an der Politik der Gewerkschaft zu äußern, wollten sie nicht, dass ver.di im Verhältnis zur Post geschwächt werde.

Als diese Zusammenhänge sich nach vielleicht einer Woche in den Köpfen festgesetzt hatten, stand die Streikfront unerschütterlich: Die KollegInnen waren bereit, Opfer zu bringen, damit der Arbeitgeber in die Schranken gewiesen werde.

Die Lohnfrage spielte in den Diskussionen vor den Toren der Zustellbasen, der Brief- und Paketzentren nahezu keine Rolle. Fast alle hätten eine Verschiebung der Lohn-erhöhung oder eine geringe Lohnsteigerung akzeptiert, wenn der Konflikt mit der Post zu einem vertretbaren Ergebnis geführt hätte. Zwar waren auch die Regelungen zum »Beschäftigungspakt« für die KollegInnen wichtig. Doch erst einmal galt es, die Auseinandersetzung um die Hauptforderungen zu gewinnen. Und wenn man hier erfolgreich sein würde, so werde sich eine Lösung der anderen Fragen schon ergeben.

Die Teilnahme am Streik war recht unterschiedlich. Während die Bereitschaft, den Aufruf von ver.di zu unterstützen in den Zustellbasen Paket und den Mech ZB recht groß war, war sie im Zustellbereich Brief schon etwas geringer. Hier spielte eine Rolle, dass im Bundesgebiet noch sehr viele Beamte in diesem Bereich arbeiten. Auch ist die Arbeitshaltung aus der Zeit der Bundespost, „seinen" Bezirk rückstandsfrei zu halten und so das Verhältnis zu »seinen« Kunden nicht zu strapazieren, noch verbreitet. So wissen wir von Streikbrechern, die ihren Vorgesetzten drohten, falls sie Sendungen für einen anderen Kollegen mitnehmen müssten oder gar einen anderen Bezirk komplett übernehmen sollten, würden auch sie in den Streik treten. So kam die manchmal für Außenstehende merkwürdige Situation zustande, dass einzelne Haushalte täglich Post bekamen, andere aber über mehrere Wochen nahezu keine Sendung.

In den Briefzentren hatten die Streiks unterschiedliche Auswirkungen. Während in kleineren BZ wie Cottbus, Suhl oder Siegen kaum Streikfolgen spürbar waren, gab es andere, bei denen die Rückstände hoch waren. Große Wirkungen gab es z. B im Norden der Republik, in Hamburg, Bremen und vor allem in Kiel. Aber auch in Hannover, Düsseldorf

Die Kollegin Patti Schmitz, die als Zustellerin arbeitet, schildert aus ihrer persönlichen Sicht, wie sich das Bewusstsein der KollegInnen, im Verlauf des Konfliktes entwickelt hat:

»Vor allem aber war ich skeptisch, ob die KollegInnen zu einem reinen Solidaritätsstreik bereit wären, für die Rückkehr der Ausgelagerten ins ›Mutterschiff‹. Da habe ich meine KollegInnen gründlich unterschätzt. Bei den Gesprächen während des Streiks betonen Streikende immer wieder, dass sie stolz sind, bei diesem wichtigen Kampf dabei zu sein. Gegen einen solchen Angriff ist Solidarität wichtig, und wenn wir heute nicht betroffen sind, können wir doch morgen die nächsten sein. Wir müssen es schaffen, die Delivery wegzustreiken. Damit würden wir ein Zeichen gegen einen allgegenwärtigen Trend setzen. Wir würden Geschichte schreiben … diejenigen, die in den Streik gegangen sind, wurden im Laufe der Zeit entschlossener. Dazu trug auch die harte Haltung der Post bei, die kein Mittel des Streikbruchs scheute: Einschüchterung und Drohung, Leiharbeit, Werkverträge, WanderarbeiterInnen aus Osteuropa, illegale Sonntagsarbeit, die mit 100 Euro zusätzlich cash auf die Hand belohnt wurde, und so weiter. Es wurde immer klarer, dass es bei diesem Konflikt um Grundsätzliches ging: Wenn Delivery durchgeht, dann werden sie immer mehr von uns in Billigfirmen abschieben, dann ist das für ›die Post‹ das Ende.«

Ausschnitt aus einem im Labournet erschienenen Vorabdruck der zeitung ak - analyse & kritik - 607

KollegInnen der Post und der Charité bilden am 02.07.2015 im Regierungsviertel Band der Solidarität

und Nürnberg stauten sich große Mengen unbearbeiteter Briefe in den Hallen.

Die Gewerkschaft hatte auf allen Ebenen, also zentral, regional wie auf der Ebene der Niederlassungen Arbeitskampfleitungen gebildet. Die ZAKL, die nur aus wenigen KollegInnen bestand, war darauf angewiesen, dass die regionalen und betrieblichen Funktionäre ihr Kampf- und Einsatzbereitschaft signalisierten. Sie besaß keine Autorität, einzelne Betriebsbereiche von sich aus zum Arbeitskampf aufzufordern.

Die regionalen Leitungen koordinierten die bezirklichen Aktivitäten. Hier kam es in vielen Orten wöchentlich zu gemeinsamen Aktionen, Demonstrationen oder Kundgebungen. In Berlin etwa zogen die Postler mit über 3.000 KollegInnen zum Bundesfinanzministerium, um Druck auf dem Bund auszuüben. Der besitzt noch etwa 20% der Aktien über die KfW und ist so im Aufsichtsrat mit zwei Vertreten präsent. In der folgenden Woche wurde vor der Bundesverwaltung von ver.di eine Kundgebung mit der Bundesministerin Schwesig (SPD) organisiert und eine Woche danach gab es eine gemeinsame Aktion der Beschäftigten von Post und Charité. Vom Hauptbahnhof zog sich ein geschlossenes Band von Gewerkschaftern zum Haus der Bundespressekonferenz. Sicher die eindrucksvollste Veranstaltung.

Die betrieblichen Arbeitskampfleitungen (BAKL) waren häufig den Aufgaben, die auf sie zukamen, nicht gewachsen. Sie setzen sich aus Mitgliedern der Betriebsräte und der Vorstände der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, die in der Regel personenidentisch sind, wie aktiven Vertrauensleuten zusammen. Da es in der Regel keine Vorbereitung auf die Auseinandersetzung gab, die Mitglieder der BAKL streikunerfahren waren und bei ihnen die in der Gewerkschaft vorherrschende Einstellung bestand, dass alle wichtigen Entscheidungen sowie auf den obersten Stufen der Gewerkschaft gefällt werden, gingen von ihnen nur selten Initiativen zur Streikmobilisierung aus. Freigestellte Betriebsräte wurde in die BAKL gewählt, obwohl sie nicht einen Tag streikten, sondern Büroarbeit leisteten[6]. Häufig vertraten sie auch die zu Hunderten streikenden KollegInnen ihrer Niederlassung in der Landesarbeitskampfleitung (LAKL)[7].

So entstand ein Vakuum, das mit Fortgang des Streiks zunehmend von aktiven KollegInnen gefüllt wurde. Sie organisierten selbst, z.T. über WhatsApp-Gruppen, Aktivitäten. Wenn es etwa einen problematischen ZSP gab, verabredeten sie sich über dieses Medium und fanden sich am nächsten Tag vor den Toren ein. Statt der bisher üblichen zwei oder drei KollegInnen standen mit einem Mal fünfzehn vor dem Eingang eines Zustellstützpunktes. Sie erreichten, dass eine ganze Reihe von KollegInnen, die aufgrund der bisher schwachen Präsenz an den Eingängen der Betriebsstätten sonst arbeiten gegangen wären, am Streik teilnahm. Ideen für Transparente wurden auch über die neuen Medien verbreitet, Fotos von betrieblichen Situationen weiter gereicht, kleine Videos von Aktionen produziert. Einige Kolleginnen schnitten am häuslichen PC recht ambitionierte kleine Filme mit musikalischer Untermalung, zumeist im Stil der früheren Agitprop-Kultur. So konnte mit bescheidenen Mitteln über den Stand der Auseinandersetzungen berichtet und das breite Spektrum von Aktivitäten kommuniziert werden. Dies stärkte die Moral und erwies sich als gutes Mittel gegen die Propaganda der Post, sie habe alles im Griff.

Die breiten Aktivitäten haben sicher den Durchhaltewillen an der Basis gestärkt und die Grundlage für den Streik verbreitert. Auf die Entscheidungen der höheren Instanzen hatten sie aber keinen Einfluss.

Verhandlungen und Streikende

Als nach dreieinhalb Wochen keine Anzeichen zu erkennen waren, dass die Post in irgendeiner Weise den Forderungen der Gewerkschaft entgegen kommen würde, wurde der Vorstand des Fachbereiches nervös und machte der Post das Angebot, am folgenden Wochenende Verhandlungen über einen Tarifabschluss aufzunehmen.

Da die Gewerkschaft den Streik nicht aussetzte, gingen die meisten KollegInnen davon aus, dass an dem Wochenende keine Einigung erfolgen werde. Entweder würden sich die Verhandlungen noch um einige Tage hinziehen oder zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt. Möglich schien auch angesichts der Unüberwindbarkeit der Standpunkte die Vereinbarung zu einer Schlichtung, ähnlich wie bei der Bahn. Doch es kam anders. Ver.di warf in den Verhandlungen die beiden zentralen Forderungen ihres Streikaufrufs über Bord und einigte sich bereits nach zweieinhalb Tagen mit der Post.

Von der Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit blieb im Ergebnis nichts übrig. Der Vertragsbruch des Arbeitsgebers wurde nicht bestraft, die Gründung der De-

6 Ihnen wurde deshalb auch nichts vom Lohn abgezogen.

7 Es wäre einmal interessant zu untersuchen, wie groß der Anteil der nicht streikenden KollegInnen in den LAKL war. Wenn dabei herauskäme, dass in vielen Arbeitskampfleitungen KollegInnen, die nicht am Arbeitskampf, sprich Streik teilgenommen haben, die Mehrheit gebildet haben und formal für die Streikführung verantwortlich gewesen sind, würde uns dies nicht wundern.

livery-Gesellschaften nicht zurückgenommen. Verdi sagte sogar zu, die beim Arbeitsgericht in Bonn anhängige Klage zu diesem Punkt zurückzuziehen. Und die Gewerkschaft ließ sich noch das Instrument, mit dem sie in den letzten Jahren schon mehrfach die schnelle Mobilisierung der Beschäftigten bei zentralen Konflikten mit der Post erreicht hatte, die kurzfristige Kündigung der Arbeitszeitregelungen, aus der Hand schlagen. Die Arbeitszeitregelungen sind erst wieder zum 31.12.2019 kündbar. Bis dahin kann der Fachbereich selbst bei einem erneuten Vertragsbruch nicht mehr mit tariflichen Mitteln reagieren, sondern nur noch mit einer Klage vor den Gerichten.

Verdi hatte eine Lohnerhöhung um 5,5% ab 01.06.2015 auf zwölf Monate gefordert. Im Jahr 2015 wird es keine tabellenwirksame Erhöhung geben, sondern nur eine Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro. Die kommt nicht, wie gefordert im Juni, sondern erst im Oktober 2015. Wenn ver.di trotz guter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, exzellenter betriebswirtschaftlicher Ergebnisse der Post, einer extremen Steigerung der Vorstandsgehälter und einer Dividendenerhöhung von 6% für die Aktionäre für das Jahr 2015 nicht die Lohntabellen erhöhen kann, macht dies das Desaster der Tarifrunde auch in diesem Bereich deutlich. Die Post hat es nicht nur geschafft, ver.di in der Frage der Ausgründung des Paketgeschäftes vor die Wand fahren zulassen, sie hat zusätzlich noch erreicht, dass die Beschäftigten praktisch allein die Streikkosten bezahlen müssen.

Erst im Oktober 2016 gibt es wieder eine Erhöhung um 2% der Entgelttabellen und dann erneut eine im Oktober 2017 in Höhe von 1,7%. Die Regelungen zum Lohn wie auch die Vereinbarung zur Zahlung einer Postzulage für die Beamten sind aber bereits zum 31.01.2018 kündbar, eine auf den ersten Blick merkwürdige Regelung. Normalerweise haben Lohnerhöhungen eine Laufzeit von mindestens einem Jahr. Eine Kündigung im Oktober 2018 würde die Lohnverhandlungen aber in die Nähe der bis Ende 2018 laufenden Verträge zur Fremdvergabe bringen und so eine Bündelung beider Forderungen ermöglichen. Die Post hat versucht, mit der frühen Möglichkeit der Kündigung beide Tarifkomplexe zu entzerren. Wir werden mit Spannung verfolgen wie sich ver.di Anfang 2018 verhält.

Auch bei dem sog »Beschäftigungspakt« musste die Gewerkschaft Federn lassen. Eine Beschränkung der Fremdvergabe im Zustellbereich Paket enthält das Vertragswerk nicht mehr. Stattdessen gibt es eine personalisierte Zusage nach der alle Paketzusteller, die derzeit unter den Haustarifvertrag fallen, bei der Post bleiben können. Die »individualrechtliche« Zusage ist bisher in den uns vorliegenden Unterlagen noch nicht präzisiert, so dass wir noch nicht wissen, ob die Erwartungen vieler KollegInnen auch erfüllt werden. Und selbst, wenn sie so kommt, wie erhofft, ist nicht gesagt, dass die Zusteller ihren Bezirk behalten werden oder an ihrem bisherigen Einsatzort bleiben können. Die KollegInnen werden sich auf ständig wechselnde Bezirke und erhöhte Leistungsanforderungen einstellen müssen. Mit dem Wachsen der Delivery-Gesellschaften wird deren Zustellleistung der Maßstab für die Arbeitsintensität der Kollegen von DHL sein.

Das Zugeständnis der Post, den Paketbereich nicht komplett auszugliedern, hat sicher damit etwas zu tun, dass es vor allem in ländlichen Regionen die sog. Verbundzustellung gibt. Dort werden Pakete und Briefe von einem Zusteller ausgetragen. Da aber der Briefsektor teilweise noch der staatlichen Regulierung unterliegt, kann die Zustellleistung Brief vom Unternehmen nicht ohne weiteres fremd vergeben werden. Der Staat und nicht die Post bestimmt in einem geordneten Verfahren, wer für einen definierten Zeitraum Briefe bundesweit zustellen darf.

Der „Beschäftigungspakt“ enthält deshalb auch die Regelung, dass die Zustellbereiche Brief und Verbund bis 31.12.2018 nicht fremdvergeben werden dürfen. Ebenso sind die Regelungen zum Fahrdienst, die die wenigen noch in diesem Bereich arbeitenden KollegInnen vor Fremdvergabe schützen, bis Ende 2018 verlängert worden. Der Tarifvertrag Rationalisierungsschutz und der Vertrag zum Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen und Änderungskündigungen haben dagegen eine Laufzeit bis zum 31.12.2019.

Als Preis für diese Zusagen setzte ver.di die diversen bereits in früheren Jahren befristetet ausgesetzten Bestandteile des Tarifvertrages weiter bis Ende 2019 aus: Zwei Tage Arbeitsbefreiung entfallen bis dahin jährlich, die bezahlten Pausen bleiben um eine Minute pro Stunde gekürzt, die Überstundenzuschläge im Zustellbereich können nicht eingefordert werden und die Stücklohnvergütung für abzuholende Pakete existiert fort. Auch bleibt die Dienstzeitstufe Null, also die Absenkung der Einstiegslöhne für neu eigestellte KollegInnen um 4%, weiter bestehen, aber nur bis zum 31.12.2018.

Die einzige positive Neuerung in dem Tarifwerk ist die Zusage, dass alle bis zum 01.07.2015 bereits seit mindestens zwei Jahren ununterbrochen im Unternehmen beschäftigten KollegInnen unbefristet übernommen werden. Allerdings hat sich die Post vorbehalten, nur den nach ihrer Meinung geeigneten Beschäftigten einen Vertrag anzubieten und die Zusage auf den Stichtag 01.07.2015 bezogen. Sie gilt nicht für die KollegInnen, die kurze Unterbrechungen in ihrem Beschäftigungsverhältnis haben.

Ver.di hat also für den gleichen Preis, den es bei den letzten Tarifverhandlungen 2013 beim ❍eschäftigungspakt❍ gezahlt hat, 2015 deutlich weniger bekommen. Der Fachbereich hat sich wieder auf das Vertragskonstrukt von 2013 eingelassen, also schuldrechtliche Zusagen des Unternehmens mit der befristeten Außerkraftsetzung einzelner tarifvertraglicher Regelungen bezahlt. Soweit wir bis jetzt wissen, gibt es in den Abmachungen keine Absprache darüber, wie ver.di im Fall eines erneuten Vertragsbruchs reagieren kann. Mit einer breiten Mobilisierung dagegen durch die Kündigung der Arbeitszeitregelungen kann sie, wie oben schon erwähnt, nicht mehr gegensteuern.

Und schließlich hat sie durch die jetzigen Absprachen den ❍eschäftigungspakt❍ aufgespalten in zwei Teile mit unterschiedlicher Laufzeiten. Während die Verträge zum Kündigungs- und Rationalisierungsschutz bis zum 31.12.2019 gelten, enden die Abmachungen zur Fremdvergabe bereits am 31.12.2018. Ver.di muss zukünftig zweimal hintereinander die von ihr so gelobten „Schutzregelungen“ verhandeln. Gerade die Verträge zur Fremdvergabe treffen nur einen Teil der KollegInnen. Ob für deren Fortschreibung die gesamte Belegschaft mobilisiert werden kann, muss abgewartet werden. Gerade hier wird die Post, so sie denn zu einer Verlängerung dieser Verträge bereit sein wird, den Preis deutlich nach oben schrauben.

Bewertung des Tarifergebnisses

Die Post hat nahezu alle ihre Ziele erreicht. Sie hat die Delivery-Gesellschaften gegründet und kann so langfristig die Kosten im Paketsektor senken. Sie hat sanktionsfrei Vertragsbruch begangen und die Gewerkschaft vorgeführt. Sie hat den jedenfalls von Gerdes und seinem Vorstandsbereich als zu hoch angesehenen Tarifabschluss von 2013 durch eine Nullrunde bei den tabellenwirksamen Löhnen korrigiert. Ihr ist es gelungen, keine Zusagen zur Fremdvergabe im Paketsektor mehr zu machen und den verbliebenden Teil des Beschäftigungspaktes aufzuspalten in zwei Teile. So hat sie auch in diesem Bereich zukünftig die

Eine der viele Regionaldemos von Postlern

Verhandlungsposition von ver.di deutlich geschwächt. Die Mobilisierungsfähigkeit von ver.di hat die Post durch die Verschiebung der Kündigungsfrist für die Arbeitszeitfrage wirksam eingeschränkt. Darüber hinaus hat das Unternehmen gezeigt, dass sie zur Durchsetzung ihrer Positionen Gesetze straflos in Frage stellen oder gar brechen kann, ohne dass ver.di in der Lage ist, dies zu verhindern.

In dieser Zeitung ist in den letzten Jahren bereits in mehreren Analysen aufgezeigt worden, dass sich ver.di bei der Post auf einer absteigenden Linie befindet. Sie kann immer weniger die tariflichen Standards früherer Jahre halten. Dies liegt zum einen an der zentralistischen Struktur des Fachbereichs, der für eine Mitgliedermobilisierung zu den gewerkschaftlichen Alltagsfragen keinen Platz lässt. Zum anderen ist dies auch darin begründet, dass er sich fast vollständig zu einer Betriebsrätegewerkschaft entwickelt hat. Gewerkschaftliche Themen werden nicht mehr von der Organisation angeschnitten und durch Aktivitäten der Mitglieder in der Öffentlichkeit getragen. Gewerkschaftliche Arbeit findet fast ausschließlich in den Gremien der Organisation statt. Themenschwerpunkte sind dort Mitgliederverwaltung und Besetzung von Funktionärsposten im Fachbereich wie auch in den sonstigen ver.di-Gremien.

Der Fachbereich 10 hat nicht nur in den Tarifrunden erhebliche Probleme, Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Er bekommt auch die Arbeitszeitregelungen in der Zustellung nicht in den Griff. Dort werden mithilfe von Betriebsvereinbarungen die tarifvertraglichen Regelungen zur Arbeitszeit relativiert. Die Betriebsvereinbarungen enthalten, von BZ zu BZ verschieden, Abmachungen zu mitbestimmungsfreien Überzeiten. In vielen dieser Vereinbarungen sind sogar noch die aus der Zeit der Bundespost stammenden Rahmendienstpläne enthalten, nach denen alle oder wenigstens ein Teil der Zusteller sanktions- und entgeltfrei Mehrarbeit bis zur Höchstarbeitszeit des Arbeitszeitgesetzes von zehn Stunden leisten muss, wenn die betriebliche Situation es erfordert.

Nahezu ungeregelt sind die Arbeitsbeziehungen und die Entgeltregelungen bei den privaten Brief- und Paketunternehmen. Den einzigen Erfolg, den der Fachbereich hier bisher erzielt hat, den bei der Berliner PIN AG, hat sie dem ver.di Landesverband Berlin-Brandenburg zu verdanken. Der musste aushelfen, weil die regionalen Funktionäre den ersten Versuch, einen Tarifvertrag bei der PIN AG abzuschließen, kläglich in den Sand gesetzt hatten. Im Paketbereich ist lediglich UPS tarifgebunden.

Auch im sonstigen Speditions- und Logistikbereich sieht es nicht besser aus. Die regionalen Tarifverträge werden nur selten in den Betrieben umgesetzt und bei den jeweiligen Tarifverhandlungen ist ver.di kaum mobilisierungsfähig. Ein wenig besser sieht es lediglich bei einigen Großspeditionen aus, bei denen ver.di Haustarife abschließen konnte.

Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit

Während die überwiegende Mehrheit der bezahlten Funktionäre, der freigestellten Betriebsräte und der Mitglieder von Betriebsgruppenvorständen das Ergebnis als großen Erfolg sehen, befinden sich viele Vertrauensleute und der größte Teil der am Streik beteiligten Mitglieder noch in einer Art Schockstarre. Sie können bis heute nicht begreifen, weshalb die Organisation ihre Bereitschaft, ver.di in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zu unterstützen, nicht angenommen hat. Und sie sind verärgert darüber, dass der Streikabbruch ohne Rücksprache mit ihnen zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem die Streikfront noch nicht bröckelte.

Ver.di hat mit der kurzfristigen Entscheidung zum Streikabbruch der innergewerkschaftlichen Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Auf dem Höhepunkt einer Streikwelle von 32.000 KollegInnen hat innerhalb weniger Stunden eine kleine Gruppe von Funktionären, die Konzerntarifkommission, über Annahme oder Ablehnung eines komplexen Paketes von Verträgen entschieden, das für alle Mitglieder eine weitreichende Bedeutung hat. Und die, die über vier Wochen bei Wind und Wetter den Streik getragen haben, wurden nicht einmal im Ansatz nach ihrer Meinung gefragt.

Die aktiven KollegInnen müssen derzeit darauf achten, dass Wut und Enttäuschung über den Tarifabschluss nicht in Resignation, Passivität oder Gewerkschaftsaustritt umschlägt. Gerade die praktizierte Solidarität in den Streiktagen und die vielfältigen Aktivitäten an der Basis bieten eine gute Grundlage, um eine kritische Diskussion über die zukünftige gewerkschaftliche Arbeit zu beginnen. Auch wenn Ergebnisse einer solchen Debatte erst nach einiger Zeit vorliegen werden, gibt es keinen anderen Weg, als diese Auseinandersetzung in der Gewerkschaft zu führen, eine gemeinsame Plattform zu entwickeln und sie im Zusammenhang mit der Entwicklung einer politischen Alternative durchzusetzen. *10.08.2015* ■

Die Weltkriege als Epochenscheide – eine Einordnung

2014 war für Historiker ein Jahr der Aufarbeitung ihrer Sicht auf den Ersten Weltkrieg. Auch wir haben uns in zwei Ausgaben der Arbeiterpolitik dazu Gedanken gemacht. In Heft 2/2014 kritisierten wir mit der Rezension zu »Der Große Krieg« von Herfried Münkler stellvertretend eine bestimmte, nationalkonservative Richtung der bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik und verbanden dies mit der Nachbetrachtung der sogenannten Fischer-Kontroverse aus den sechziger Jahren, die mit der Diskussion der Kriegsverantwortung speziell des deutschen Imperialismus seinerzeit für viele Fachwissenschaftler und historisch Interessierte eine völlig neue Perspektive eröffnete. In einem zweiten Artikel in Heft 4/2014 legten wir unsere eigene Sicht der innen-, sozial- und außenpolitischen Hintergründe der Entstehung des Ersten Weltkriegs dar. Im folgenden – dritten – Beitrag wollen wir nun Resümee über ein Katastrophenzeitalter ziehen, das die Welt gründlich veränderte, und hierin auch den Zweiten Weltkrieg einbeziehen (ohne ihn zu einem eigenen Thema zu machen), in dem offen gebliebene Fragen des Ersten erneut ausgekämpft und zu einer gewissen Zäsur verdichtet wurden.

Drei pauschale Resultate springen hier sofort ins Auge. Das erste ist die endgültige Ablösung der zeitweiligen europäischen, insbesondere britischen Welthegemonie durch die USA, verbunden mit neuen Formen der internationalen Staatenhierarchie und der kapitalistischen Ausbeutung im transnationalen und einzelstaatlichen Rahmen. Das zweite, mit dem ersten eng zusammenhängend, ist das Ende der Kolonialreiche. Das dritte schließlich wurde im Laufe des »Kalten Krieges« wieder revidiert und wird in diesem Artikel nicht zum Thema gemacht: die russische Oktoberrevolution und das zeitweilige Bestehen eines »sozialistischen Lagers« in Europa und Asien.

Das Staatensystem der kapitalistischen Welt

Hier können wir zunächst auf unsere eigene Tradition zurückgreifen, auf August Thalheimers Analyse der Nachkriegssituation 1945, niedergelegt in einer kleinen Broschüre[1]. Er beschäftigt sich hierin mit der Aufteilung der Welt in geostrategische Lager vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, der Verschmelzung von Außen- und Innenpolitik, der wirtschaftlichen Übermacht der USA, der Friedensfrage, der Rolle der Sowjetunion und ihrer Verbündeten (gibt es Sowjetimperialismus oder worum handelt es sich wirklich bei der »sozialistischen Expansion«?), schließlich mit dem Verhältnis von nationaler Selbstbestimmung und sozialistischer Revolution. Der Wert dieser Broschüre liegt in der Auseinandersetzung mit zentralen theoretischen Fragen.

Wir müssen jedoch auch berücksichtigen, dass dem Erkenntniswert dieser Darstellung Grenzen gesetzt sind, die in den Zeitumständen ihrer Entstehung liegen. Thalheimer schrieb den Text vor nunmehr siebzig Jahren als von den Nazis verfolgter und von den Besatzungsmächten an der Rückkehr gehinderter Mann in seinem kubanischen Exil. Dass sich seitdem vieles verändert hat, insbesondere im Zusammenhang mit dem Verschwinden der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, bedarf hier keiner weiteren Ausführung. Es ist daher notwendig, Ausarbeitungen und Forschungsergebnisse aus den letzten Jahrzehnten heranzuziehen. Um das Zeitalter der Weltkriege als historischen Einschnitt genauer einzuordnen, ist es zudem angebracht, etwas weiter auszuholen.

1 A. Thalheimer, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, 1946, 27 Seiten, zu beziehen durch Download von unserer Internetseite oder als Print über unsere Redaktionsadresse.

Der amerikanische Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein (der als Vertreter einer Richtung marxistischer Geschichtsschreibung anzusehen ist, auch wenn gewisse Unterschiede zu der Geschichtsauffassung von Marx nicht zu übersehen sind) hat die Entwicklung zur heutigen kapitalistischen Weltordnung und Staatenhierarchie in einem bislang vierbändigen Werk[2] verarbeitet. Beginnend mit der Entfaltung ihrer Produktions- und Handelsstrukturen im 16. Jahrhundert besteht die kapitalistische Weltwirtschaft seitdem bei fortlaufender Dynamik ihrer Erscheinungsformen prinzipiell in drei Stufen: dem Zentrum (das heute grob mit USA, Westeuropa und Japan zu umreißen ist), einer »Semiperipherie« und einer Peripherie (dieser 2. und 3. Stufe entsprechen die heutigen Begriffe »Schwellenländer« und Entwicklungsländer nur sehr grob und oberflächlich). Hinzu kommt – jedenfalls historisch – ein »externer Bereich«, solange es Länder und Regionen gibt, die in die kapitalistische Weltwirtschaft (noch) nicht einbezogen sind. Das so differenziert gezeichnete Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnis strukturiert alle Ebenen und Teile dieses »Weltsystems« (wonach die von Wallerstein sowie Andre G. Frank, Giovanni Arrighi, Beverly Silver u. a. vertretene Richtung als »Weltsystemtheorie« bezeichnet wird).

In dieser Sichtweise werden Staaten nicht als »souveräne«, voneinander getrennte Einheiten betrachtet. Das klassische Basis-Überbau-Modell von Marx bezieht Wallerstein in »The Modern World System« offenkundig nicht auf die einzelnen nationalen Volkswirtschaften und Staaten, sondern auf die Weltwirtschaft als Basis insgesamt, soweit sie kapitalistisch ist. Darüber erhebt sich als politischer, ideologischer etc. Überbau das internationale Staatensystem, als dessen aufeinander bezogene und voneinander abhängige Teileinheiten die Nationalstaaten zu verstehen sind[3].

Im »kapitalistischen Zentrum« selbst steht in der Regel (nicht immer, weil es Zeiten gibt, in denen diese Stellung umkämpft ist) eine Hegemonialmacht im Mittelpunkt. Im 17. Jahrhundert waren dies die Niederlande (die allerdings militärisch vergleichsweise schwach waren), danach Großbritannien (vor allem nach seinem endgültigen Sieg über Frankreich 1815), heute die USA. Aus traditioneller Sicht etwas eigenwillig, aber gut begründet erscheint seine Auffassung zur Französischen Revolution: Sie ist für ihn nicht die Scheidelinie zwischen Feudalismus und Kapitalismus, nicht der Durchbruch des letzteren, weil dieser nach Auffassung Wallersteins im 18. Jahrhundert längst in Frankreich ökonomisch herrschend war. In erster Linie sei sie aus dem weltpolitischen Konkurrenzverhältnis zwischen London und Paris zu erklären, ein letzter Versuch der französischen Bourgeoisie, durch revolutionäre Neuordnung des Staatswesens alle Kräfte zu mobilisieren, um die strukturelle Überlegenheit Englands doch noch abwenden zu können. Wallerstein ist wegen dieser und anderer Auffassungen und Darstellungen eine gewisse Einseitigkeit – «Ökonomismus« und Überbetonung außenpolitischer Aspekte – vorgeworfen worden. Manchen gilt er daher als geschichtswissenschaftlicher Einzelgänger, anderen dagegen als »graue Eminenz« der Globalisierungskritik.

Das vierbändige Werk reicht leider nur bis 1914. Im Vorwort des vierten Bandes wird die Notwendigkeit eines fünften eingeräumt (aber kein Zeitpunkt eines möglichen Erscheinens genannt – Wallerstein ist immerhin Jahrgang 1930). Eine ähnlich monumentale Überblicksdarstellung in vier Bänden, allerdings erst ab der Französischen Revolution 1789, dafür aber bis ca. 1990, bietet der britische marxistische Historiker Eric Hobsbawm[4]. Er folgt hierbei nicht einer so stringenten Analyse wie die Weltsystemtheoretiker, sondern betrachtet die Weltgeschichte dieses Zeitraums zumeist aus der Perspektive des britischen Weltreichs, das 1945 an sein Ende gelangte. Die Zeitenwende, um die es uns hier geht, heißt bei ihm: »Das Ende der Imperien«, siebentes Kapitel in: Das Zeitalter der Extreme, München/Wien 1995. Es erscheint also sinnvoll, diesen Text für eine Auseinandersetzung darüber zu nutzen, welche Bedeutung das »Zeitalter der Weltkriege« als historische Zäsur hatte.

Das Ende der (Kolonial-) Imperien und die Neuaufteilung der Welt

Beide Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise von 1929-33, die antikolonialen Befreiungsbewegungen, insbesondere die in Indien, die Verselbständigung der britischen Dominien in Übersee, der irische Aufstand trafen die europäischen Zentralmächte ins Mark. Sie waren nicht mehr in der Lage, ihre Kolonien zu halten. An ihre Stelle traten die USA. Diese bevorzugten eine Form der Hegemonie, die sie schon seit eineinhalb Jahrhunderten in Lateinamerika ausübten: ökonomische Vorherrschaft, gepanzert mit militärischer Gewalt. Zwar gab es noch weiter Kämpfe der Briten, Niederländer und Franzosen auf dem indischen Subkontinent, in Indochina, Indonesien, Algerien, weiteren Teilen Afrikas, doch bis zum Jahre 1960 hatte der größte Teil der bisherigen Kolonien die Unabhängigkeit mehr oder weniger erreicht. In Vietnam dauerte das bis in die Mitte der siebziger Jahre.

Das daraus entstandene Staatensystem ist jedoch weiterhin von seiner kolonialen Vergangenheit geprägt. Die Kolonien wurden als Rohstoff-, Energie- und Nahrungsmittellieferanten sowie als Absatzmärkte für Fertigwaren genutzt, Industrialisierung war kein Ziel. Die im Laufe der Zeit aufgebauten Verkehrs-, Kommunikations- und Verwaltungsstrukturen orientierten sich in erster Linie an diesen Bedürfnissen der Kolonialmächte. Der Analphabetismus, der häufig überhaupt erst dadurch entstand, dass den Menschen die fremden europäischen Sprachen aufgezwungen wurden, verharrte bis zum Ende der Kolonialzeit meist bei 90%. Die Grenzen der neuen Staaten folgten weitgehend denen der früheren Kolonien. Staatliche Traditionen waren wenig verbreitet, erst durch die Kolonialzeit künstlich aufgepfropft. Ausnahmen bestanden hier in wenigen traditionellen Großreichen wie China, Iran, der Türkei, dem in-

2 Immanuel Wallerstein, The Modern World System, New York/San Francisco/London 1974/1980/1989/2011, deutsch: Das moderne Weltsystem, Frankfurt/Wien 1986/1998/2004/2012, derzeit als vierbändige Gesamtauflage für 99 Euro, aber auch jeweils einzeln erhältlich:
Bd. I: Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert
Bd. II: Der Merkantilismus – Europa zwischen 1600 und 1750
Bd. III: Die große Expansion – Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert
Bd. IV: Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914)

3 Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt: Historisch-begrifflich grenzt er von dieser kapitalistischen, nach ökonomischen Lenkungsmechanismen funktionierenden "Weltwirtschaft" die administrativ organisierten "Weltreiche" ab; Beispiele letzterer sind das Römische Reich, das chinesische Reich der Mitte, das indische Mogulreich. Das kapitalistische System ist, auch in Übereinstimmung mit Marx, offenkundig dasjenige, das sich historisch durchsetzte und erfolgreich immer weitere Regionen der Welt inkorporierte.

4 Es handelt sich hier um folgende Bände:
The Age of Revolution: 1789–1848 (Europäische Revolutionen: 1789–1848), dt. Ausgabe Zürich 1962
The Age of Capital: 1848–1875 (Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848–1875), dt. Ausgabe Frankfurt 1980
The Age of Empire 1875–1914 (Das imperiale Zeitalter 1875–1914), dt. Ausgabe Frankfurt 1989
The Age of Extremes: A History of the World 1914–1991 (Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts 1914–1991), dt. Ausgabe München/Wien 1995

dischen Mogulreich. Auch sie waren jedoch in den Status von Halb- oder – im Falle Indiens- von Vollkolonien geraten.

Die antikolonialen Befreiungsbewegungen repräsentierten häufig nicht viel mehr als die lokalen traditionellen Eliten und neue Mittelschichten, die durch die kapitalistische Durchdringung und den kolonialen Verwaltungsaufbau geschaffen worden waren. Gerade für sie lieferten die europäischen Gesellschaften die Vorbilder, denen sie nacheiferten in der Hoffnung, auf diesem Wege, durch nachholende Modernisierung, die staatliche Selbständigkeit zu erreichen. Das galt allzu häufig auch für solche, die sich mehr oder weniger deutlich auf Sozialismus beriefen in der Erwartung, die Unterstützung der Sowjetunion gegen die USA und die früheren Kolonialmächte in der Blockkonfrontation zu gewinnen. Sonderwege beschritten die kommunistischen Parteien Chinas, Vietnams und Koreas sowie später Kubas.

Ein Erbe der Kolonialzeit ist der Konflikt zwischen westlich orientierten »Modernisierern« und »Traditionalisten«, der in vielfältigen Spielarten durchgefochten wird. Im wesentlichen handelt es sich in den meisten Fällen um unterschiedliche Konzepte der Massenmobilisierung, die im einzelnen auch davon abhängig sind, welche sozialen Gruppen dahinter stehen. Die eine Richtung orientiert vordergründig auf durchgreifende Verbesserung der Lebensverhältnisse durch Sozialreformen, die andere auf den Appell an religiöse Frömmigkeit und traditionelle Lebensformen der Massen. Der Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in beiden Richtungen letztlich die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, ohne dass bei vorhandenem Spielraum Unterschiede etwa in der Bildungs- und Gesundheitspolitik übersehen werden sollten. Ein markantes Beispiel hierfür ist Indien, wo sich seit der Zeit Mahatma Gandhis die »Modernisierer« in der politischen Strömung sammelten, aus der die Kongresspartei hervorging, die »Traditionalisten« dagegen bei den sogenannten »Hindu-Nationalisten«, die derzeit die Regierung stellen; eine Sonderrolle spielen die regional unterschiedlich starken Kommunisten. Ein weiteres Beispiel liefert die arabische Welt: Nachdem die seit den fünfziger und sechziger Jahren stark gewordenen Regimes des »Arabischen Sozialismus« (Nasser, Gaddafi, Saddam Hussein u. a.) ihre historischen Chancen verspielt hatten, war es die religiöse Bewegung der Moslembruderschaft u. a., die aus ihrer immer schon gegebenen Präsenz heraus immer bestimmender wurde und die entscheidende Opposition gegen »den Westen« stellte. Ihre extremen Ausformungen sind Gruppen wie Al Qaida und IS.

Die Welthegemonie der USA und die Weiterentwicklung bürgerlicher Herrschaftsform

Der Hegemoniebegriff so unterschiedlicher Theoretiker wie Gramsci und Wallerstein läuft auf eine allgemein anerkannte Führungsposition hinaus, deren Grundlage ökonomische und deren Hintergrund militärische Macht bilden. Im Zeitalter der Weltkriege ging die Hegemonie im kapitalistischen Staatensystem von Großbritannien auf die USA über. Thalheimer (Grundlinien und Grundbegriffe, S. 3) nennt die »wirtschaftliche Übermacht der Vereinigten Staaten« das entscheidende Ergebnis des Zweiten Weltkriegs. Die USA sind seitdem die Garantiemacht für den Fortbestand des Kapitalismus auf der Welt (wenn auch zunächst eingeschränkt durch den sozialistischen Aufbau in Osteuropa und Ostasien) in ökonomischer und militärischer Hinsicht, und sie gaben damit auch letztlich das Vorbild ab für die Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie als Herrschaftsform. Ausdruck ihrer wirtschaftlichen Dominanz dieser Zeit waren z. B. die Schaffung des Währungssystems von Bretton Woods und die Übernahme fordistisch-tayloristischer Produktionsmethoden in Europa. Auf politischem Gebiet stehen dafür die NATO unter amerikanischem Kommando (früher als Bündnis zur Eindämmung der Sowjetunion, heute als potenziell weltweite Interventionsmacht) und die Gründung der UNO als zwischenstaatliche Instanz der internationalen Konfliktregelung, die – anders als der Völkerbund der Zwischenkriegszeit – ihren Sitz in New York, also in den USA hat.

Diese Situation formulierte Thalheimer (S. 9) für die Zeit von 1945 so: *»Der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Gesamtwirtschaft zwischen dem Umfang ihrer Produktivkräfte und ihren Verwertungsmöglichkeiten geht aus dem zweiten Weltkrieg also verschärft hervor, damit aber auch der imperialistische Ausdehnungsdrang dieser Welt im ganzen. Aber im Gegensatz zum Ergebnis des ersten Weltkrieges ist jetzt den innerimperialistischen Gegensätzen die Spitze abgebrochen.«* Die Voraussetzung für dieses »die Spitze abgebrochen« war die Selbstbehauptung der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und die Ausdehnung ihres Einflusses in Europa und in der Weltpolitik, wogegen sich »der Westen« unter US-Hegemonie zusammengeschlossen hatte. Bekanntlich hatte dies für die nächsten 45 Jahre Bestand.

Durch die Weltkriege setzte sich die bürgerliche Demokratie als Regierungsform im Westen Europas weitgehend durch. Schon nach dem Ersten wurde in vielen europäischen Staaten das allgemeine Wahlrecht eingeführt – auch für Frauen, in Frankreich ab 1944, in den letzten Kantonen der Schweiz und in Liechtenstein ab den siebziger Jahren. Vor 1914 gab es in Europa nur drei Republiken – Frankreich, Portugal und die Schweiz. In den mittel- und osteuropäischen Monarchien hatten die feudalen Großgrundbesitzerklassen immer noch großen Einfluss. Seit dem Ende der 1940er Jahre ist die monarchische Staatsform auf nordwest-europäische Länder beschränkt (ab 1975 kam Spanien dazu), in denen sie materiell aufwendige und symbolische Repräsentationsfunktionen wahrnimmt – die Regierung wird allein durch das Parlament bestimmt.

Die parlamentarische Regierungsform wurde auch in Deutschland fest verankert – abgesichert durch eine Wirtschaftsentwicklung, die der Weimarer Republik nicht vergönnt gewesen war, und die Einbindung in die europäische Integration sowie die NATO unter amerikanischer Hegemonie. Nur noch zwei, drei rechte Diktaturen – Spanien und Portugal, ab 1967 kam zeitweilig Griechenland dazu – verblieben nach dem Zweiten Weltkrieg vorläufig in Westeuropa; ab Mitte der siebziger Jahre war auch dieser Sonderfaktor beseitigt. Die Entwicklung zur Europäischen Union lag noch in weiter Ferne; was schon vorhanden war, war die Stimmung unter den Menschen, dass mit den Kriegen Schluss gemacht werden müsse, und bei den Politikern der kapitalistischen Restauration die Einsicht in die Realitäten, dass der alte Kontinent seine verbliebenen Kräfte bündeln müsse, um mit den neuen Kraftzentren der Weltpolitik mithalten bzw. – das galt als die nächstliegende Aufgabe – zusammen mit den USA die sowjetische und kommunistische »Bedrohung« abwehren zu können.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Blockkonfrontation

Die Arbeiterbewegung spaltete sich im Ersten Weltkrieg in die Sozialdemokratie, die den Anspruch erhob, den Sozialismus auf parlamentarisch-reformistischem Wege zu erreichen, und die kommunistische Partei, die diese Möglichkeit verneinte und auf dem revolutionären Weg bestand. Durch die Erfahrungen der faschistischen Verfolgung und

Ehrenmal der Roten Armee in Berlin Tiergarten

des zweiten großen Krieges in Europa binnen nur dreißig Jahren gewannen die Vereinigungsbestrebungen wieder stark an Boden, doch die internationale Lage und die Teilung des besetzten Deutschlands vertieften die Spaltung der Bewegung erneut. Diesmal führte das auf sozialdemokratischer Seite zur endgültigen Abwendung von der Perspektive der sozialistischen Umwälzung, auch wenn die SPD in ihr Godesberger Programm 1959 den Begriff »demokratischer Sozialismus« noch hineinschrieb. Am Aufbau des Sozialstaates als »Markenzeichen« sozialdemokratischer Politik und den tiefgreifenden Veränderungen, die dadurch in nahezu allen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft (von sozialpartnerschaftlichen Arbeitsbeziehungen über Bildungspolitik bis hin zur Gleichstellung der Geschlechter) bewirkt wurden, war jedoch nicht nur die SPD, sondern zunächst einmal die CDU/CSU (s. z. B. Rentenreform von 1957) beteiligt.

Eine Folge des Ersten Weltkriegs war die russische Oktoberrevolution, ein Ergebnis des Zweiten die Selbstbehauptung der Sowjetunion gegen den faschistischen Angriff und den anfänglichen Versuch der Westmächte, das Naziregime gegen den isolierten sozialistischen Staat vorgehen zu lassen (Münchener Abkommen, Weigerung Polens, sowjetische Waffenhilfe anzunehmen, u. a.). Den nach Weltkriegsende folgenden »Kalten Krieg«, die Konfrontation des kapitalistischen gegen das sowjetisch dominierte sozialistische System in Osteuropa verlor Moskau. Letztlich ist die Sowjetunion gescheitert, was auch die antikapitalistische Linke hier noch weiter zurückgeworfen hat, als sie im Lande des tief verinnerlichten Antikommunismus ohnehin war.

Einige Stichworte müssen hier genügen[5]: 1917 stand die kommunistische Partei in Russland nicht vor der Chance, den Sozialismus in einer dafür reifen, entwickelten kapitalistischen Gesellschaft aufzubauen, sondern vor dem Zwang, erst einmal vorkapitalistische Verhältnisse (Adelsherrschaft, Großgrundbesitz) zu überwinden, Hunger und andere Kriegsfolgen zu beseitigen, verheerende Interventions- und Bürgerkriege zu überstehen. Industrie war nur an wenigen Standorten (Petersburg, Moskau, Donezbecken) entwickelt, über 80% der Bevölkerung lebten auf dem Land. Die Arbeiterklasse, die den Sozialismus aufbauen muss, wenn er gelingen soll, war daher ursprünglich sehr klein und wurde durch Kriegsereignisse und die Notwendigkeit, politische Aufgaben zu übernehmen, zusätzlich dezimiert. Der Zweite Weltkrieg war nicht nur ein Krieg zwischen Imperialisten, sondern auch zur Vernichtung der Sowjetunion, die um ihr Überleben kämpfen musste; im Gegenzug vollzog sie die Ausdehnung ihres Einflussbereichs in Osteuropa weitgehend als Besatzungsmacht. Dazu kamen die (Rüstungs-) Belastungen in der Zeit der Blockkonfrontation. Unter diesem permanenten Druck gelang es nicht, den Sozialismus mit politischer Demokratie zu verbinden, es kam frühzeitig zur Parteidiktatur und blieb dabei. Auch die effektive Lenkung von Produktion und Verteilung, schließlich der Anschluss an die mikroelektronische Produktivitätssteigerung im kapitalistischen Westen misslangen langfristig. Die Überspannung der Kräfte im Afghanistankrieg der achtziger Jahre und der Atomunfall in Tschernobyl leiteten das Ende ein.

Die durch den Aufbau eines mit schwierigen Bedingungen und gravierenden Mängeln belasteten Sozialismus immerhin noch erreichten Verbesserungen der Lebenslagen der breiten Massen sind durch die historische Niederlage seit Anfang der neunziger Jahre wieder teilweise verloren gegangen. Soziale Unsicherheit und Kriegsgefahr in Europa sind wieder zurückgekehrt, wie die Bürgerkriege in Jugoslawien und aktuell in der Ukraine zeigen. Erstmals erstreckt sich das kapitalistische System tatsächlich über den ganzen Erdball.

6.1.2015 ■

5 Ausführlich hierzu unsere Broschüre Weiße Flecken. Über die Geschichte der Sowjetunion, 76 Seiten, 1991, zu beziehen durch Download von unserer Internetseite oder als Print über unsere Redaktionsadresse.

■ KRITIK ZUM ARTIKEL »NACHHOLENDE INDUSTRIALISIERUNG« IN ARBEITERPOLITIK NR. 1/2 2015

»Die Wahrheit in den Tatsachen suchen«

»*Die Wahrheit in den Tatsachen suchen*« ist ein uraltes chinesisches Sprichwort, dass auf Konfuzius (551-479 v. u. Z.) zurückgehen soll und auch Deng Xiao Ping zugeschrieben wird. Dieser soll es – neben anderen Sprüchen – verwendet haben, um seine Politik zu begründen, die darauf abzielte, kapitalistische Produktionsmethoden im – damals noch-sozialistischen China einzuführen und damit Produktivität der Wirtschaft und allgemeinen Lebensstandard zu heben. Gemeint war mit diesem Vorgehen, nicht aus den Schriften von Marx, Engels, Lenin, Mao vorwegzunehmen, was eigentlich passieren müsste, und dann die tatsächlichen Ereignisse danach zu sortieren und gelten zu lassen, sondern gerade umgekehrt: ohne angemaßtes Vorauswissen zu schauen, was vorliegt, um dies dann nachträglich im Lichte der Theorie zu überprüfen. Damit war er freilich auch nahe bei diesen Klassikern: Es gehörte schließlich zu den Grundforderungen von Marx, »*Hegel vom Kopf auf die Füße zu stellen*« und so die materialistische Denkweise in die sozialistischen Strömungen seiner Zeit einzubringen, sicherzustellen, dass die Theorie zwar die Praxis anleite, aber sich in dieser auch bewähren müsse. Hieran sollten sich auch die Betrachtungen messen lassen, die in dem Artikel »*Nachholende Industrialisierung*« in Arbeiterpolitik Nr. 1/2 2015, S. 23f. über die dort erwähnten »*Staaten mit sozialrevolutionärer Ausgangslage*« (China, Vietnam, Kuba) angestellt wurden.

Zu den Absichten des Verfassers

Der Verfasser dieses Artikels verfolgt offenbar die Absicht, der gegenwärtigen politischen Desorientierung über Theorie, Praxis und Perspektiven des Sozialismus ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Vor allem durch die historische Rückschau auf die Revolutionen und Umwälzungsprozesse seit 1917 und nach dem Zweiten Weltkrieg und durch die Beschreibung all der Schwierigkeiten und Hindernisse soll, gerade mit Blick auf Jüngere, klargemacht werden, dass nicht »der Sozialismus«, sondern die unter schwierigen Bedingungen gestarteten Aufbauprozesse, die keine hinreichend schon im Kapitalismus entwickelten materiellen und kulturellen Voraussetzungen hatten, einen sozialistischen Gesellschaftsentwurf umzusetzen, gescheitert sind. Soweit sind wir uns einig, dies bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Ausführungen (vgl. Kästen).

M. E. führte dieses Vorhaben im genannten Artikel jedoch zu falschen Schlussfolgerungen für unsere eigene Gegenwart von 2015, die mit völlig anderen Problemen zu kämpfen hat. Das muss unterschiedlich bewertet werden, weil es sich um unterschiedliche Situationen handelt. Es gibt keinen Block sozialistisch orientierter Staaten mehr, auch keinen Rest davon (die Vereinzelung von China, Vietnam, Kuba stellt der Verfasser selbst fest, die gravierenden Unterschiede zwischen den Situationen dieser Länder findet er jedoch nicht erwähnenswert). China, Vietnam, Kuba sind kapitalistische Staaten mit breiten öffentlichen Wirtschaftssektoren, vergleichsweise umfangreicher staatlicher Lenkung und Staatskonzernen, die im Falle Chinas auf dem Weltmarkt eine derart große Rolle spielen, dass das Land als zweitgrößte Wirtschaftsmacht gilt. In diesen ökonomischen Grundannahmen sind wir uns auch noch weitgehend einig. Doch da ist dieses merkwürdige Konstrukt einer »kapitalistischen Wirtschaft unter kommunistischer Führung«, das den Artikel durchzieht. Dies soll im folgenden im Mittelpunkt der Kritik stehen. Auch die globale Rolle Chinas wird hier anders bewertet.

Ist das eine kommunistische Partei?

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die KP Chinas eine revolutionäre und eine kommunistische Partei war,

auch wenn die chinesischen Verhältnisse des zwanzigsten Jahrhunderts den gleichzeitigen in Deutschland, Frankreich oder England nicht entsprachen und deshalb andere Strategien erforderten. Schon früh war die KP darauf angewiesen, die Lösung der Bauernfrage in den Mittelpunkt ihrer Strategie zu stellen und sich selbst mehrheitlich als eine Bauernpartei und Landguerilla auf dem Langen Marsch zu formieren. Damit waren bereits Meinungsverschiedenheiten mit der Komintern gegeben, die die Losung der Diktatur des (industriellen) Proletariats ausgab. Nach der revolutionären Machteroberung in Peking 1949 und den gesellschaftlichen Umwälzungen der fünfziger Jahre noch unter sowjetischem Vorbild brach der Konflikt mit der Sowjetunion um die chinesische Eigenständigkeit offen aus und führte zur Spaltung des sozialistischen Lagers. Ab Mitte/Ende der 1970er Jahre vollzog die KP Chinas erneut eine grundsätzliche Wende und beschritt den heutigen Weg der Einführung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden, während sie gleichzeitig ihre unbedingte Herrschaft im Lande zu einem Hauptprinzip erklärte.

Im Gegensatz zu den regierenden KPen der Sowjetunion und Osteuropas gelang es der chinesischen KP, die Machtpositionen im Staat in der Hand zu behalten. Dazu trugen folgende Gründe entscheidend bei:

In China begann die KP bereits Ende der 1970er Jahre mit Wirtschaftsreformen in Richtung Marktwirtschaft und Kapitalismus, als ihre politische Macht noch ohne Alternative und daher nicht in Frage gestellt war. Sie musste daher ihr politisches Schicksal nicht mit diesem Übergang verknüpfen (Ausnahme: der Aufstand am Tiananmen 1989, den sie überstand, indem sie ihn gewaltsam niederschlug).

Es gab ideologisch keine Totalrevision und keine Abrechnung mit dem »Kommunismus« und der Person Mao Tsetungs (70 % seines Handelns seien für China gut und 30 % nachteilig gewesen). Der Marxismus wurde als formal verbindliche Tradition weiter gepflegt. Alle späteren Partei-

Zum Begriff »sozialistische Staaten«

In den bürgerlichen Medien (Zeitungen, Fernsehen) werden China, Vietnam und Kuba kaum noch als sozialistisch verstanden, jedenfalls nicht im Sinne eines den Kapitalismus überwindenden Gesellschaftsentwurfs oder gar als ein dem westlichen kapitalistischen Block gegenüberstehenden Lager. Diese Zeiten sind vorbei. Wenn Begriffe wie »sozialistisch« oder »kommunistisch« auftauchen, so ist damit in der Regel die regierende Partei gemeint, deren Herrschaftsform als diktatorisch und die Menschenrechte missachtend dargestellt wird.

In den Zeitungen und Zeitschriften der linken Szene ergibt sich oft kein differenzierteres Bild. Anders sieht es bei denen aus, die sich dem vergangenen sozialistischen Lager unter Führung der Sowjetunion, dem maoistischen China, dem aus dem antiimperialistischen Kampf gegen die USA hervorgegangenen Vietnam, ebenso Kuba verpflichtet fühlen. Hier werden oft Thesen vertreten, die darauf hinauslaufen, dass der Sozialismus trotz der Zerstörungen in der Sowjetunion und Osteuropa als sogenannte »sozialistische Marktwirtschaft« z. B. in China und Vietnam weiter existiere.

Was sind nun »Sozialismus« und »Kommunismus«, woran erkennt man eine Umsetzung solcher Gesellschaftsentwürfe? Eine berühmte Formulierung von Marx und Engels lautet: »*Der Kommunismus ist nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung* (Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 35)«. Man muss also die Wahrheit in den Tatsachen suchen. Dazu aber benötigt man Kriterien und Maßstäbe, an die man sich halten kann, um die Realität zu beurteilen.

Solche Kriterien wurden in der kommunistischen Bewegung formuliert und diskutiert. Thalheimer nannte in seiner in den späten 1940er Jahren verfassten Analyse der Sowjetunion (August Thalheimer, Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion, Bremen 1952, S. 32-33) folgende vier Punkte:

1. *Sozialistische Wirtschaft ist im ganzen Planwirtschaft* (Anm.: So etwas wie »sozialistische Marktwirtschaft« ist also ein Widerspruch in sich).
2. *Sie ist Produktion unmittelbar für den Bedarf.*
3. *Die Tendenz des Kapitalismus zur Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der unmittelbaren Produzenten, fällt weg; an ihre Stelle tritt die entgegengesetzte Tendenz als Motiv und Ziel der Produktion. …*
4. *Durch die Enteignung werden die Kapitalisten als Klasse aufgehoben, denn es war gerade das ausschließliche Eigentum an den Produktionsmitteln, das sie zur Klasse machte* (Anm.: Die Eigentumsfrage ist also als Kriterium klar benannt). *… Indem aber die Klassenteilung der kapitalistischen Gesellschaft aufgehoben wird, werden die Klassen überhaupt aufgehoben, denn die Klassen sind eine geschichtliche Form der Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft. … ».*

Dies alles besteht, wie Thalheimer betont, in der Tendenz. Es ist also kein schlichtes Raster, das den Gesellschaften aufgelegt werden kann, um ihren Status einfach abzulesen wie den Stand eines Stromverbrauchszählers. Aus unserer heutigen Erfahrung des Untergangs der Sowjetunion, die Thalheimer nicht hatte, sollten wir einen weiteren Punkt hinzufügen: die bewusste Auseinandersetzung mit dem Klassengegner innerhalb des jeweiligen sozialistischen Staates, also den Resten der entmachteten herrschenden Klasse bzw. einer sich neu formierenden Bourgeoisie, und auf internationaler Ebene mit den kapitalistischen Zentren in der globalen Konfrontation, die historisch der »Kalte Krieg« heißt. Die Sowjetunion hat ihren Konflikt mit dem Kapitalismus bewusst geführt (dass vieles trotzdem negativ war, steht auf einem anderen Blatt) und ist daran zerbrochen, weil sie sich objektiv in einer Situation der Isolierung und Unterlegenheit befand. China weicht dieser Form der Konfrontation aus, lässt sie ins Leere laufen, trat z. B. der WTO bei. Das kann man aus Sicht der herrschenden Partei eine kluge, umsichtige Politik nennen, aber ist sie damit »kommunistisch«, weil sie sich zu behaupten weiß und sich immer noch »kommunistisch« nennt? Wir müssen also feststellen: Die Existenz einer sich kommunistisch nennenden Partei, die die Führung beansprucht und tatsächlich hat, reicht nicht aus zu der zuversichtlichen Annahme, dass das Land sich auf einem sozialistischen Entwicklungspfad befindet.

führer von Deng Xiao Ping über Jiang Zemin bis Xi Jinping legten Wert darauf, sich als »große marxistische Theoretiker« in diese Ahnenreihe einzuschreiben, so unzulänglich und auf die Legitimierung ihrer jeweiligen Praxis bezogen ihre Thesen auch sind (dieses Problem hatte die SU seit Stalins Zeiten freilich auch).

Die KP bekundet damit ihren Anspruch, dass sie an der Strategie, zum Sozialismus bzw. zum Kommunismus fortzuschreiten, festhält. Dies gelingt ihr, indem sie den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft auf mindestens hundert Jahre veranschlagt. Für die gegenwärtig lebenden Menschen ist das im Alltag und in ihrem Bewusstsein bedeutungslos, etwa wie hierzulande die Staatsräson der Marktwirtschaft und der bürgerlichen Demokratie trotz ihrer offensichtlichen Mängel.

Haben wir damit im heutigen China eine kapitalistische Wirtschaft unter kommunistischer Führung? Eine solche Doppelherrschaft des bourgeoisen Prinzips der Kapitalverwertung und der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft nebeneinander kann nicht über Jahrzehnte, über den Wechsel ganzer Generationen bestehen, ohne dass nicht beide Seiten die jeweils andere vernichten oder bis zur Unkenntlichkeit verändern müssen. In der Sowjetunion wurde Ende der 1920er Jahre die NEP beseitigt. Die Perestroika der 1980er Jahre dagegen führte dort und in Osteuropa zum raschen Abtreten der kommunistischen Parteien von der Bühne der Geschichte. In China blieb die KP an der Macht, aber sie blieb nicht sie selbst.

Seit Maos Zeiten ist die Mitgliederzahl enorm gewachsen: von 1977 = 35 Millionen auf 2013 = 86,69 Millionen, also als absolute Zahl gesehen größer als die Einwohnerschaft der BRD. Besonders markant änderte sich dabei die Sozialstruktur der Partei: Der Anteil der »revolutionären Klassen«, also Arbeiter und Bauern, lag 1956 bei 13 % (Arbeiter) und 70 % (Bauern), 2002 bei zusammen 45 %, 2013 bei nur noch 8,4 % (Arbeiter) und 29,6 % (Bauern), zusammen 38 %. In der Bevölkerung liegt der Anteil der Arbeiter jedoch deutlich höher bei 30,3 %, der der Bauern bei 33,6 %. Über die Jahrzehnte hinweg drückt sich darin natürlich die gesellschaftliche Entwicklung zur verstärkten Industrialisierung aus. Aber andere Gruppen – Freiberufler, Hochschulabsolventen, Manager, Unternehmer – nahmen zahlenmäßig überproportional zu – ein Trend, der sich historisch auch im kapitalistischen Westen bei sozialdemokratischen Parteien vollzog.

Heute sind in der KP ganz selbstverständlich auch UnternehmerInnen Mitglieder, denn die Partei vertritt den Anspruch, ganz China und alle Volksschichten zu umfassen. Im Nationalen Volkskongress saßen im März 2013 unter rund 3000 Abgeordneten 31 Dollarmilliardäre, zu denen noch einmal 52 Personen dieser Vermögensklasse in der gleichzeitig tagenden, etwas mehr als 2000 Mitglieder umfassenden »Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes« kamen (Spiegel-online vom 8.3.2013). Im letzten Jahr soll es, beruhend auf Aktienhandel, einen Milliardärs-Boom in China gegeben haben, so dass sich aktuell, März 2015, unter diesen insgesamt 5.224 Parlamentariern sogar 203 Dollarmilliardäre befinden. Dazu kommen Hunderte von Dollarmillionären. Dies ist Ausdruck der Zunahme des Reichtums im Land und seines Einflusses in der herrschenden Politik. Eine zweite Revolution bzw. Kehrtwende zum sozialistischen Entwicklungspfad ist nicht mit, sondern nur gegen diese Kreise vorstellbar.

Dass die KP eine Staatspartei ist, entspricht ihrer politischen Stellung. Damit ist sie zugleich aber auch eine »Volkspartei«, deren Aufgabe darin besteht, möglichst alle Schichten der Bevölkerung zu integrieren und politisch – in freilich unterschiedlichem Maße – an der Macht zu beteiligen. Eine Klassenpartei der Arbeiter ist sie damit längst nicht mehr. Während es in »westlichen« Ländern gesonderte Parteien gibt, müssen sich die entsprechenden Interessen in China als Fraktionen/Strömungen in der KP organisieren. Im Zuge der Öffnung zu Privateigentum und Marktwirtschaft hat sich die KP die konfuzianische Lehre der Harmonie zu eigen gemacht. Der Rückgriff auf die historische Tradition des vorsozialistischen Chinas stellt eine nationalistische Komponente in ihrer Politik dar. Sie richtet sich gegen die Übernahme von Vorbildern aus den USA und anderen westlichen Ländern und ist ein Standbein der politischen Herrschaft der KP-Führung. Die »chinesischen Werte« sollen dazu dienen, eine Bedrohung des politischen Systems (Beispiel Hongkong) auszuschließen.

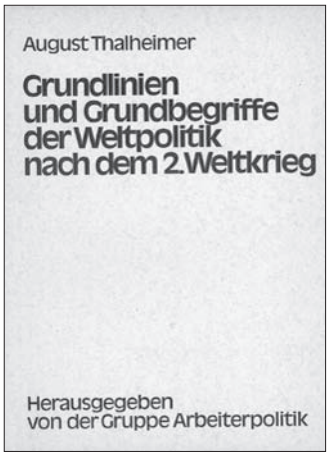
Marxismus wird formalisiert. Unter Jiang Zemin wurde 2001 die Ideologie der »drei Vertretungen« entwickelt: Hiernach vertritt die KP die »fortschrittlichsten Produktionskräfte«, die »fortschrittliche Kultur« und die »Interes-

Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR

August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

sen der großen Mehrheit«. Das ist nun jedoch genau jener »Fortschritt«, den man in China seit 1978 erleben kann: immer weitere Modernisierung der Produktion und des sonstigen Lebens, immer mehr Reichtum – wobei die Mehrheit der Chinesen hoffen darf, irgendwann auch einmal reich zu werden. Das ist der bürgerliche Weg. Klassenkampf, Bekämpfung von Ausbeutung, Sozialisierung von Produktionsmitteln und Umverteilung eines Reichtums, der auf dem Rücken der Arbeiter entstanden ist, kommen in dieser Weltsicht nicht mehr vor.

Die heutige Führungsgeneration um Xi Jinping wird als »fünfte Generation« bezeichnet. Ihre Mitglieder haben alle ihre politische Sozialisation in der »Reform-Ära« der letzten vier Jahrzehnte erfahren. Auch wenn sie Kinder und Enkel von Kadern des Langen Marsches und der sozialistischen Aufbaujahre sind, wird ihr Denken doch wesentlich von den heutigen Zeitumständen bestimmt. Dies drückt sich auch darin aus, dass sie ihre Kinder gern im kapitalistischen Ausland studieren und ausbilden lassen. Wenn sie dabei gleichzeitig im Inland Kampagnen fahren, um chinesische Traditionen und Marxismus, wie sie ihn heute verstehen, gegen »westliche Werte« hochzuhalten, so predigen sie gewissermaßen Wasser, während sie selbst Wein trinken – das nicht einmal heimlich. Bereits Deng Xiao Ping hatte propagiert, dass zunächst einmal ein Teil der Bevölkerung reich werden solle. Vor den ökonomischen,

»Sozialrevolutionäre Ausgangslage« = NEP-Periode?

Dass China und Vietnam heute kapitalistisch sind, wird im Artikel »Nachholende Industrialisierung« nicht bestritten. Aber es wird beschönigt. Der Verweis auf die ungünstige Ausgangslage, weil diese Länder Agrargesellschaften mit »*noch weniger Industrie und einer noch kleineren Arbeiterklasse als im vorrevolutionären Russland*« waren und nach dem Bruch Chinas mit der Sowjetunion bzw. mit deren Ende alleine standen, gilt zwar zu Recht. Die notwendige Entwicklung der Produktivkräfte solle durch das »*Hereinholen der kapitalistischen Produktionsweise*« ermöglicht werden, so die Argumentation. Doch der hiermit nahegelegte Vergleich mit der historischen NEP-Periode (NEP bzw. deutsch NÖP = Neue Ökonomische Politik 1921-1928 im revolutionären Russland) erscheint zweifelhaft.

Thalheimer zufolge (August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, München 2008, S. 42) konnte der »*Sieg der Arbeiterklasse im allgemeinen nicht sofort die klassenlose sozialistische Gemeinschaft bringen*«. Klassen und Klassenkampf bestehen vielmehr weiter. Dauer und Form einer Übergangsgesellschaft hängen demnach davon ab, in welchem Entwicklungsstand das gegebene Land sich befindet und in welcher internationaler Umgebung sich der revolutionäre Prozess vollzieht.

In der Übergangsgesellschaft werden Merkmale der kapitalistischen Wirtschaftsform beibehalten, »*als da sind: Beibehaltung eines privatkapitalistischen Sektors des Marktes, Beibehaltung von Teilen der landwirtschaftlichen Fläche in privatwirtschaftlichem Einzelbetrieb, Beibehaltung des Geldlohnes in der ganzen Industrie und teilweise in der Landwirtschaft, Leistungslohn, große Differenzierung der Löhne usw. Die wesentlichen Züge dabei sind erstens, dass in beträchtlichem Umfang die Warenform des gesellschaftlichen Produkts festgehalten wird, und zweitens, dass die individualistischen Antriebe für die Arbeitsleistung noch überwiegen. Diese Formen sind nicht willkürlich, sie sind durch die vorhandenen materiellen Voraussetzungen bedingt*« (August Thalheimer, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg, Bremen o. J., S. 18).

Brandler führte Lenin an: »*Lenin erläutert die Lage folgendermaßen*: ‹(...) *Diese Freiheit des Austausches bedeutet Freiheit des Kapitalismus. (...) Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus, es bedeutet aber eine neue Form des Kapitalismus, es bedeutet, dass wir den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade neu schaffen. Wir tun dies ganz offen, es ist Staatskapitalismus. Aber Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus die Staatsgewalt hat, und der Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat sind zwei verschiedene Begriffe. Im kapitalistischen Staat bedeutet der Staatskapitalismus, dass der Kapitalismus vom Staat anerkannt, vom Staat kontrolliert würde, zugunsten der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Im Proletarierstaat geschieht dasselbe zum Nutzen der Arbeiterschaft, um gegen die immer noch allzu starke Bourgeoisie bestehen und kämpfen zu können*›« (Heinrich Brandler, Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution, Bremen 1982, S. 15).

Dies ist also als bewusste Strategie zu verstehen. Allerdings muss die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus kurz sein, und es muss darauf geachtet werden, dass zentrale ökonomische Bereiche vergesellschaftet bleiben. Anderenfalls verlieren die revolutionäre Klasse bzw. die kommunistische Führung die Kontrolle über die gesellschaftliche Entwicklung, und die Gefahr der Entstehung einer neuen Bourgeoisie wird Realität.

In der Sowjetunion wurde damals »*nur bis zu einem gewissen Grade, soweit diese Entwicklung nämlich imstande ist, den sofortigen Aufschwung der Landwirtschaft zu beschleunigen*« (Heinrich Brandler, Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution, Bremen 1982, S. 15), der Kapitalismus eingeführt: eben in der Landwirtschaft sowie Handel und Kleingewerbe. All das jedoch, was als »Kommandohöhen der Wirtschaft« begriffen, also für den Aufbau des Sozialismus als unabdingbar notwendig erachtet wurde, wurde von der Reprivatisierung ausgenommen: Außenhandel, Banken und Industrie. Hier sieht es bei China eindeutig anders aus: Der Markt wurde inzwischen sehr weitgehend eingeführt, er betrifft nicht nur Randbereiche. Der Abbau des Anteils der Staatsunternehmen auf deutlich unter ein Drittel von Produktion und Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft und die weitgehende Freigabe des Finanzsektors seit Mitte der neunziger Jahre bedeuten den Verzicht auf »Kommandohöhen der Wirtschaft« und damit auf staatliche Planungskompetenz. Politische Lenkung scheint es nur noch in der Festlegung des Yüan-Dollar-Kurses durch die Zentralbank zu geben, um darauf zu achten, dass der Export nicht zu teuer wird.

Die NEP-Periode in Russland dauerte nur wenige Jahre: 1921-1928. In China begann die Politik des »*Hereinholens der kapitalistischen Produktionsweise*« je nach Zählweise Mitte der siebziger bis achtziger Jahre und gilt noch heute. Das sind 30 bis 40 Jahre – etwa das, was man üblicherweise unter einer Generation versteht.

kulturellen und mentalen Folgen einer solchen Strategie – unternehmerisches Denken, Karrierismus, Korruption etc.- sollte man nicht die Augen verschließen.

Sinngemäß steht die Darstellung der Verhältnisse in der KP Chinas auch für die in den KPen Vietnams und Kubas unter Berücksichtigung der Geschichte und Gegenwart dieser Länder. Es kommt darauf an, die Entwicklungen in der jeweiligen KP im Wechselverhältnis mit den Veränderungen in der Reproduktionsbasis dieser Gesellschaften zu verstehen.

Zur globalen Rolle Chinas, Vietnams, Kubas

Der Begriff »Staaten mit sozialrevolutionärer Ausgangslage« unterstellt eine Kontinuität. Diese ist zwar noch vorhanden, aber sie ist hinter den Bruch zurückgetreten, der durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers global bewirkt wurde (zuvor – frühe sechziger Jahre – Bruch Chinas mit der SU). Die seinerzeitigen sozialistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion haben, solange sie bestanden, dem Zugriff des Kapitals Schranken gesetzt, sowohl im eigenen Bereich als auch global (bspw. direkt und indirekt Raum geschaffen zugunsten von antikolonialen Befreiungsbewegungen, Klassenkämpfen und systemverändernden Vorstellungen in den hochkapitalistischen Staaten). Die Zeiten haben sich geändert, die sogenannten »Staaten mit sozialrevolutionärer Ausgangslage« – China, Vietnam, Kuba – haben diese Rolle nicht, stellen weder im eigenen Bereich noch global eine Schranke gegen den Kapitalismus dar. Die Vorgänge und Verhältnisse, die im Artikel »Nachholende Industrialisierung« beschrieben werden, sind ganz schlicht solche, die unter Begriffen wie »kapitalistische Konkurrenz« und »staatlicher Protektionismus« zu fassen sind. Staaten wie China, Vietnam, Kuba haben eine Bauernrevolution unter sozialistischem Vorzeichen durchgemacht, streben nun aber die Integration in den Weltmarkt an.

Die jeweilige Ausgangslage der drei Länder ist freilich sehr unterschiedlich. China spielt inzwischen ökonomisch in einer Klasse mit USA, EU, Japan, jedenfalls nach dem Bruttoinlandsprodukt, der Investitionskraft seiner großen Unternehmen u. ä. Kriterien, die eine machtpolitische Rolle spielen. Anders sieht es aus mit dem Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung: Damit steht das Land immer noch an achtzigster Stelle, während die Schere zwischen Arm und Reich wächst. Vietnam ist in jeder Hinsicht ein sogenanntes Entwicklungsland. Kuba hat bisher unter größten Schwierigkeiten Widerstand gegen die USA geleistet. Früher stand ihm die Sowjetunion zur Seite, später Venezuela. Was aus der Insel wird, wenn der Ölreichtum Venezuelas nicht mehr zur Verfügung steht (der Hintergrund der derzeitigen Krise) und die »Verständigung« mit den USA vorankommt, wird man sehen.

Dass wir uns mit China beschäftigen müssen, liegt auf der Hand. Das Gewicht dieses Landes und seiner Ökonomie in der Welt erzwingen das. Zuletzt taten wir dies in unseren Artikeln zu TTIP in Arbeiterpolitik Nr. 1/2 2015. Hier kamen insbesondere die Konkurrenz mit den USA und die Streitigkeiten rund um den Pazifik zum Ausdruck. In solchen geostrategischen Rivalitäten sind auch wir betroffen, weil die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten auf die eine oder andere Weise mitmischen, wenn sie nicht zu kurz kommen wollen. Sie versuchen, die Klasseninteressen des Kapitals zu vertreten, speziell natürlich die der europäischen Kapitale. Im Normalfall mag das weit weg liegen. Konkret kann es uns aber sehr rasch und unvermutet treffen. Hierfür sind eben die TTIP-Verhandlungen ein Beispiel, weil diese zwar allgemein vom Verwertungsinteresse des Kapitals, aber auch von geostrategischen Rivalitäten zu China beeinflusst sind. In solchen Fällen brauchen wir eine zutreffende Einschätzung der streitenden Parteien, um in unserem eigenen Interesse Stellung nehmen zu können.

Es fehlt im Artikel »Nachholende Industrialisierung« eine stichhaltige Definition, was »Staaten mit sozialrevolutionärer Ausgangslage« eigentlich sind. Welche sind die Kriterien, die diese Staaten – China, Vietnam, Kuba – von anderen unterscheiden und sie miteinander verbinden? Warum sind es gerade diese drei und nicht z. B. Russland, das ja die erste sozialistische Revolution schaffte und über 70 Jahre eine Gesellschaftsform gestaltete, die auf den Aufbau von Sozialismus gerichtet war? Warum wird Peking, Hanoi, Havanna zugetraut, eine Fortentwicklung hin bzw. Wende zurück zum Sozialismus zu schaffen, Moskau aber nicht? Die willkürliche Hervorhebung dieser drei Staaten deutet auf ein oberflächliches und fragwürdiges Kriterium hin, nämlich das der Regierung durch eine Partei, die sich als kommunistisch begreift, was immer sie darunter versteht.

Natürlich können wir nicht definitiv ausschließen, dass und ggf. auf welchem Wege China in einer ferneren Zukunft »zum Sozialismus zurückkehrt«, aber dies erscheint gegenwärtig so wenig begründet, dass wir davon nicht ausgehen können. Wir müssen uns an das halten, was ist. Das gilt für die internationale Ebene, die Situation im Lande selbst und die politische Einschätzung der regierenden KP. So werden wir es vermeiden, manche Vorgänge zu antiimperialistischen Aktionen hochzustilisieren, die sich bei näherer Betrachtung als kapitalistische Konkurrenzkämpfe zwischen Zentralmächten wie China und USA entpuppen.

Fazit

In einer Zeit, in der sich rings um uns herum Krisenzeichen der kapitalistischen Produktionsweise bemerkbar machen, in den kapitalistischen Zentren die Lohnabhängigen aber noch überwiegend Arbeit haben, wirkt das Scheitern der sozialistischen Staaten wie eine Blockade ihrem Denken: Solch ein Sozialismus ist kein Ausweg. Man muss es festhalten: Wirklich gescheitert ist nicht die sozialistische Gesellschaft, sondern die unter schwierigen Bedingungen gestarteten Versuche, die keine hinreichend schon im Kapitalismus entwickelten materiellen und kulturellen Voraussetzungen hatten, einen sozialistischen Gesellschaftsentwurf umzusetzen. Aber es reicht nicht, diese Blockade im Denken durch abstrakt richtige Analyse vergangener Zeiten auflösen zu wollen. Die Aufgabe, Klassenbewusstsein in heutiger Zeit und in Zukunft zu entwickeln, werden wir in erster Linie durch das richtige Verständnis der gegenwärtigen und fortdauernden Probleme bewältigen müssen.

Das Scheitern eines sozialistischen Aufbaus in unserer Periode gilt eben auch für China, Vietnam und Kuba, ungeachtet der Ungewissheit, wie es weitergeht. Wenn selbst die chinesische Regierung ihr Land als »sozialistische Marktwirtschaft« bezeichnet (und darauf drängt, dass die WTO das endlich international anerkennt), sollte man ihr das glauben. Marktwirtschaft aber ist Privatwirtschaft. Unter den geltenden globalen Rahmenbedingungen ist sie kapitalistisch. Es gibt Klassen und damit auch Klassenkämpfe. Einigen abschließenden Fragen im Artikel »Nachholende Industrialisierung« kann man sich daher vorbehaltlos anschließen: Gewinnen die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten dauerhaft die Oberhand? Zu welcher Kraft entwickeln sich die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter? Sie stellen sich auch bei uns und überall auf der Welt.

16.6.2015 ■